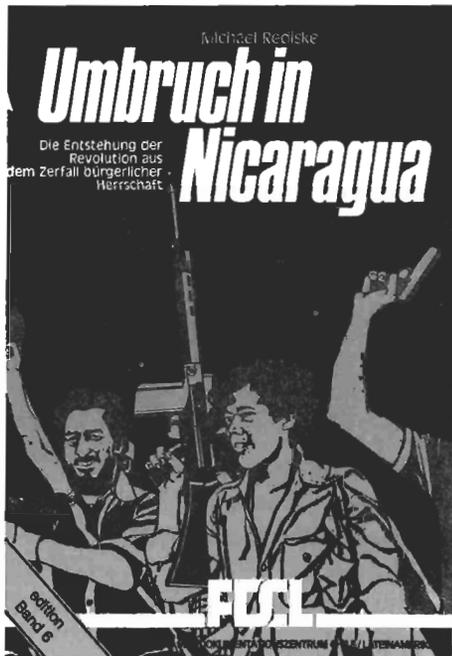


Michael Rediske

# Umbruch in Nicaragua

Die Entstehung der  
Revolution aus  
dem Zerfall bürgerlicher  
Herrschaft

Mit einem Vorwort von Peter von Oertzen



Die gegenwärtigen Schwierigkeiten in Nicaragua sind zweifellos vor allem durch die Destabilisierungs- und Kriegspolitik der US-Regierung bedingt. Erfolge und Fehlschläge dieser Intervention werden jedoch nur verständlich durch die Vorgeschichte der sandinistischen Revolution.

Der Autor beschreibt Aufstieg und Konsolidierung der Somoza-Diktatur (1933-1972), den Weg in die Regimekrise (1973-1977) und den mit ungeheurer Schnelligkeit ablaufenden Prozeß der Jahre 1978 und 1979. Der Volksaufstand konnte zwar den Gewaltapparat der Nationalgarde überwinden, nicht aber alle ideologischen Elemente bürgerlicher Herrschaft in Nicaragua. In der Geschichte des Kampfes gegen die Diktatur finden sich gleichzeitig die Wurzeln für heutige Konflikte.

Diese Analyse wendet sich gegen idealisierende Interpretationen der Revolution in Nicaragua, um der Gefahr entgegenzuwirken, "daß die für dieses Land existenznotwendige Solidarität zerrieben würde zwischen der Hochstilisierung und Vereinnahmung als revolutionäres 'sozialistisches' Vorbild und der Enttäuschung darüber, daß die nicaraguanische Wirklichkeit der blinden Hoffnung jener nicht gerecht wird, die an dieses Vorbild geglaubt hatten." (P. v. Oertzen im Vorwort)

256 Seiten

DM 19,80

ISBN 3-923020-04-X

Sie erhalten das Buch in Ihrer Buchhandlung oder bei:

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN - Vertrieb, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

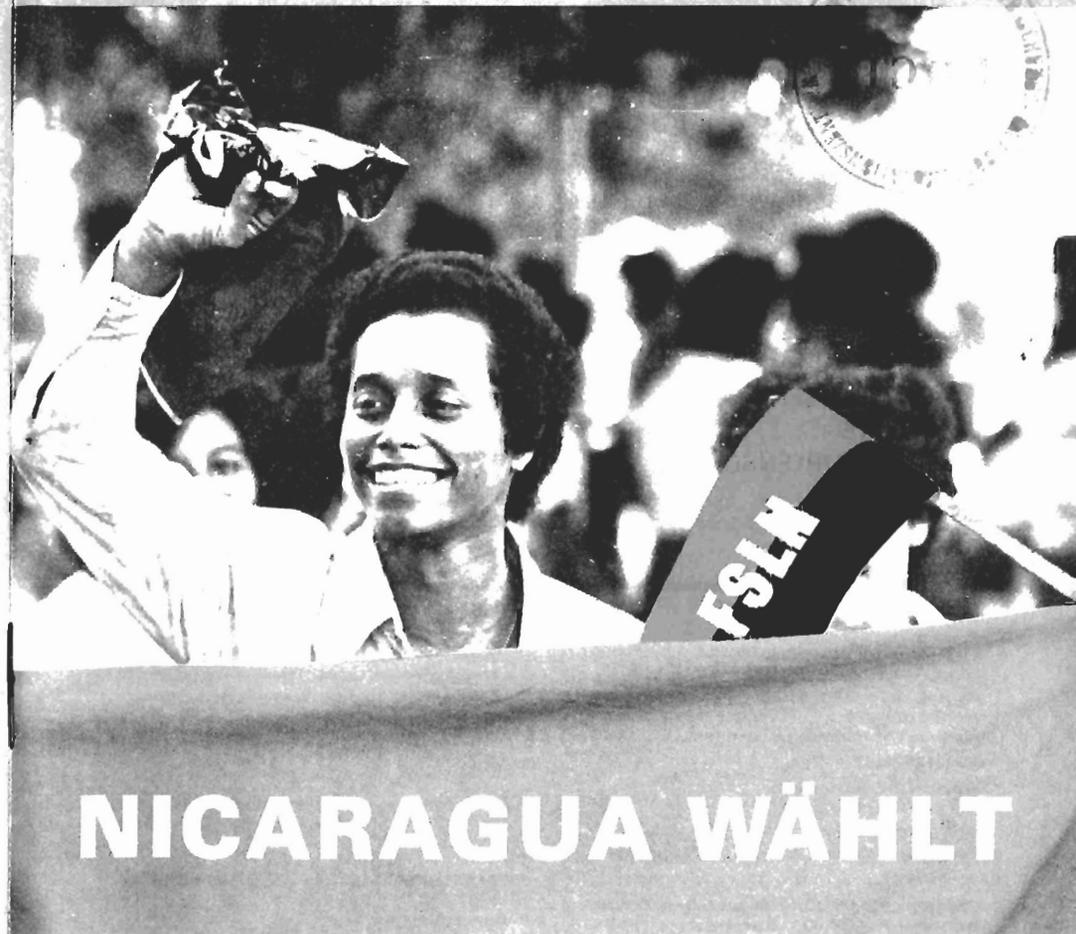
# LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 131

12. JAHRGANG DER CHILE-NACHRICHTEN

Berlin (West)

November 1984

Solidaritätspreis DM 4,-



## NICARAGUA WÄHLT

**Aus dem Inhalt dieser Nummer:**

**NICARAGUA:** Solidarität mit den sandinistischen Gewerkschaften  
— **BRD:** "Wende" im DED — **ARGENTINIEN:** Bericht der Sabato-Kommission — **BRASILien:** Präsidentennachfolge — **KOLUMBIEN:** Waffenstillstand mit der Guerilla

## INHALTSVERZEICHNIS

<b>Zu diesem Heft:</b> .....	3
– NICARAGUA: Wahlen – kein Schritt vorwärts .....	4
Der Krieg im Norden .....	11
Solidarität mit den sandinistischen Gewerkschaften ....	14
– BRD: Der Herbst des Deutschen Entwicklungsdienstes .....	21
– ARGENTINIEN: Bericht der Sábado-Kommission .....	27
Politische Gefangene im Hungerstreik .....	33
– BRASILIEN: Präsidentennachfolge: Die Kandidaten sind gekürt .....	34
– CHILE: Wer spaltet wen? .....	39
...am Grab Allendes .....	41
– KOLUMBIEN: Waffenstillstand mit der Guerilla .....	43
– BOLIVIEN-DEUTSCHLAND: Coca und Nazis .....	49
– MEXICO: Zwischenbilanz nach dem Pyrrhussieg .....	54
Bevölkerungswachstum und Wirtschaftskrise .....	58
Gegen die Zwangsumsiedlung .....	60
Letzte Gedanken .....	64
– REZENSION: Soja .....	65
– SOLIDARITÄT: ASA-Ausschreibung für Nicaragua .....	66
– FILM: "Das Autogramm" .....	67
– EINGEGANGENE BÜCHER .....	69
– TERMINE .....	70
– ZEITSCHRIFTENSCHAU .....	71

### Impressum

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN  
Jahrgang 12 der CHILE-NACHRICHTEN  
erscheint monatlich  
(mindestens 11 Nummern pro Jahr)

ISSN 0174-6342

Redaktion: Redaktionskollektiv  
V.i.S.d.P.: Christian Klemke  
Druck: Movimento, Berlin-West

Redaktionsschluß dieser Nummer: 18. Oktober 1984

### Abo-Preise:

Individuelles Abo DM 45,- / Übersee-Luftpost DM 70,-  
Institutionen-Abo DM 60,- / Übersee-Luftpost DM 85,-

Das Abonnement verlängert sich jeweils automatisch, bis es gekündigt wird. Kündigungsfrist 1 Monat. Das Abonnement wird kalenderjährweises berechnet, angefangene Jahre anteilmäßig. Zahlung erst nach Erhalt der Rechnung, dann aber bitte gleich auf Postscheckkonto Berlin-West 662 83-103

Zahlungen ohne Angabe der Rechnungsnummer können wir nur als Spende verbuchen.

### Adresse:

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN  
Im Mehringhof  
Gneisenaustr. 2  
1000 Berlin 61  
Tel. 030/6934029

Der Nachdruck von Artikeln aus den LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN ist nur nach vorheriger Rücksprache gestattet.

Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1.6.1983

### EIGENTUMSVORBEHALT

Die Zeitschrift bleibt Eigentum der LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN GbR, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. 'Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Eigentumsvorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe der Gründe der Nichtaushändigung umgehend zurückzusenden.

## Zu diesem Heft

Am 25. Oktober 1983 sind die USA in Grenada einmarschiert. Viele hielten diese Invasion für eine Generalprobe, erwarteten in nächster Zukunft den zweiten Akt in Mittelamerika. Obwohl er bis heute ausgeblieben ist, haben wir keinen Grund zum Optimismus. Das Gezeter um die Wahlen in Nicaragua zeigt, daß die Sandinisten ziemlich isoliert sind und Reagan entschlossener ist denn je, sie zu stürzen.

Weder die Contadorstaaten noch die Sozialistische Internationale sind bereit, in der FSLN mehr zu sehen als eine Kraft im Lande, die im pluralistischen Kampf um die Macht ihrem Gegner volle Gleichberechtigung gewähren soll. Alles, was die bürgerlichen Parteien und die Contraorganisationen fordern, wird somit als berechtigt gesehen und aufgewertet.

Trotzdem haben die Friedensbewegung und die Solidaritätsbewegung Willy Brandt aufgefordert, auf der Mittelamerikademonstration am 3. November in Bonn zu reden. Und dies geschah nicht in der Absicht, ihn hinterher bloßzustellen und die Dinge beim Namen zu nennen, nein, er soll der Friedenskämpfer sein.

Außer auf die Wahlen in Nicaragua richtet sich unsere Aufmerksamkeit auf das Gespräch, das Präsident Duarte mit der Opposition in El Salvador geführt hat. Es ist uns bei Redaktionsschluß noch nicht möglich, zu diesem unerwarteten Ereignis anderes als Fragen zu formulieren.

Ist Duartes Schritt lediglich taktisch bestimmt, eine Geste im Auftrag Washingtons als Teil des US-Wahlkampfes – mit der festen Absicht, weitere Verhandlungen baldmöglichst an "unerfüllbaren Forderungen" der Opposition scheitern zu lassen?

Oder handelt Duarte aus eigener Initiative, wobei er dem Druck aus der einheimischen Bevölkerung nachgibt, der sich über die katholische Kirche artikuliert?

Es ist der plötzliche Schwenk in Duartes Politik, der Verhandlungen mit der Guerilla entschieden abgelehnt hatte, der die Redaktion zu so extrem gegensätzlichen Vermutungen kommen läßt.

Aber selbst wenn man den ehrlichen Willen Duartes unterstellt, eine politische Lösung des Bürgerkriegs zu suchen – welcher Handlungsspielraum bleibt ihm gegenüber dem Militär El Salvadors? Welchen würde ihm die ja unvermeidlich scheinende nächste Regierung Reagan lassen?

Wir können nur hoffen, daß Wahl- und Verhandlungsmanöver in Mittelamerika bei uns die Diskussion wieder zum Laufen bringen, daß wir etwas ins Detail gehen, stärker differenzieren.

... In eigener Sache: Die schwierige finanzielle Lage der LN dürfte den meisten unserer Leser inzwischen bekannt sein. Mit dem Dezember-Heft werden wir die Abo-Rechnungen für 1985 verschicken. Um unsere Liquiditätsprobleme zu überbrücken, wurde uns von Netzwerk Berlin ein kurzfristiges Darlehen über DM 10.000,- eingeräumt. Also: eine frühzeitige Abo-Bezahlung sichert den Ruf der LN als "guter Schuldner".

# NICARAGUA

## Wahlen — kein Schritt vorwärts

*Aus Anlaß des fünfzigsten Todestages von Augusto César Sandino wird am 21. Februar 1984 in Managua der Termin für "die ersten freien Wahlen des Jahrhunderts" bekanntgegeben. In Anwesenheit zahlreicher Gäste aus dem "demokratischen" Ausland, unter ihnen Herr Wischniewski, gibt Juntachef Daniel Ortega bekannt, die Wahlen fänden am 4. November statt, das Wahlalter werde auf 16 Jahre herabgesetzt und die Amnestie für Angehörige antisandinistischer bewaffneter Verbände auf den 4. Mai verlängert.*

Er bezeichnete die Wahlen dann als einen Meilenstein im Prozeß der Institutionalisierung der Revolution. Sie trügen dazu bei, das sandinistische Verständnis von Demokratie erheblich zu erweitern, welches bis dahin in erster Linie Agrarreform, Alfabetisierung, öffentliches Gesundheitswesen, Souveränität und Selbstbestimmung beinhaltet habe (Barricada, 22.2.1984)

Ortega ließ an der provokatorischen Absicht der ersten beiden Beschlüsse keinen Zweifel. Er polemisierte gegen die "Demokratie des Ku Klux Klan, in der nur dreißig Prozent der Wähler an die Urnen gehen" und die trotzdem den Nicaraguanern beibringen wolle, was sie unter Demokratie zu verstehen hätten. Er bestand auf dem Recht der Jugend, über die politische Zukunft des Landes mitzuentcheiden, für das sie täglich große Opfer bringe.

Der 21. Februar war ohne Zweifel ein Schritt in die Offensive. Demokratische Wahlen zwei Tage vor dem Urnengang in den USA sollen es Reagan schwer werden lassen, nach seiner Wiederwahl dort einzumarschieren, um die Demokratie herzustellen. Das Wahlrecht für die Jugend soll der Opposition vor Augen halten, wie wenig Chancen sie beim Nachwuchs hat, denn niemand bezweifelt, daß diese Maßnahme hauptsächlich der FSLN Stimmen bringt.

### Kritik von Freund und Feind

In seiner Rede war Ortega mit keinem Wort auf die Forderungen der bürgerlichen Opposition vom Dezember 1983 eingegangen. In einem acht Punkte umfassenden Katalog hatten damals die Mitglieder der in der Coordinadora Democrática Nicaragüense - CDN - vereinigten Parteien und Gewerkschaften unter anderem die Aufhebung des Notstands, d.h. Pressefreiheit, Streikrecht, parlamentarische Gesetzgebung, Habeas-Corpus-Akte (Recht eines Verhafteten, dem Richter vorgeführt zu werden), Versammlungs- und Demonstrationsrecht sowie Freizügigkeit (das alles gibt es seit März 1982 nicht) und einen nationalen Dialog aller Parteien gefordert, der auch die im Ausland operierenden Contra-Verbände einschließen sollte. Für die Vertreter der Coordinadora war der 21. Februar nur ein erneuter Beweis dafür, daß die FSLN keine demokratischen Wahlen wünsche. Sie gab bekannt, sie werde die Wahlen boykottieren, wenn ihre Forderungen nicht erfüllt würden. Auch mit dem Wahlgesetz, das Ende März verabschiedet wurde, war man nicht zufrieden. Die Coordinadora hatte aus Protest dagegen den Wahlrat verlassen, daß ein Präsident erst dann gewählt werden könne, wenn es eine Verfassung gebe, die seine Aufgaben und Kompetenzen festlege.

Während die Reaktion der rechten Opposition auf die Wahlvorbereitungen wohl niemanden überraschen konnte, kam es unter den Verbündeten der FSLN zu

einer nicht so leicht vorhersehbaren Entwicklung. Unmittelbar nach der Verkündung des Wahltermins trat die Unabhängige Liberale Partei (PLI) aus dem Bündnis der Revolutionären Patriotischen Front (FPR) aus, das sie nach dem Sieg mit der FSLN und zwei weiteren Parteien geschlossen hatte. Sie begründete diesen Schritt mit der Absicht, einen eigenen Präsidentschaftskandidaten aufstellen zu wollen und zwar Virgilio Godoy, den damaligen Arbeitsminister, der dann am 12. März sein Amt niederlegte, um sich ganz dem Wahlkampf widmen zu können. Von Stund an trat die PLI als "echte demokratische Alternative" zu den Sandinisten auf.

Ihre politische Orientierung wird in einem Interview deutlich, das Godoy der sandinistisch gesonnenen Zeitschrift "Pensamiento Propio" gegeben hat. Er beklagt den Hegemonieanspruch der FSLN, fordert mehr Garantien für die Privatwirtschaft, moniert den polemischen Ton der Frente gegenüber den Gegnern, auch den USA, und meint, daß ein nationaler Dialog nötig sei, weil die fanatische Polemik der FSLN viel zur Polarisierung im Lande beitrage. Godoy kritisiert, daß in Nicaragua zwischen Staat bzw. Regierung und FSLN nicht unterschieden werde, und stellt sich und seine Partei als Alternative dar, als den dritten Weg, der nicht notwendigerweise eine Kollaboration mit der Frente bedeute. (Pensamiento Propio Nr. 13) Godoy bezeichnet sich als linksliberal. Wenn man bedenkt, daß die PLI Gelder von der FDP-nahen Friedrich Naumann-Stiftung erhält, ist einsichtig, daß sie versucht, diejenigen "Sandinisten" zu gewinnen, die den bürgerlichen Parteien der Opposition mißtrauen, weil diese offensichtlich mit den Somozisten paktieren, denen die FSLN jedoch zu undemokratisch, zu nahe an Kuba und der UdSSR ist.

Die übrigen Verbündeten der Patriotischen Front, die Christlich-Soziale Volkspartei (PPSC) und die Sozialistische Partei (PSN, moskauorientiert) traten zwar nicht aus der FPR aus, begannen jedoch auf vorsichtige Art und Weise, sich ein eigenes Profil zuzulegen und dies der Öffentlichkeit so weit als möglich kundzutun. Sie beschlossen, ebenfalls getrennt zu kandidieren. Auch ihre Führer sind von "Pensamiento Propio" interviewt worden und beklagen dort den Hegemonieanspruch der FSLN. Die PPSC fordert zudem mehr Garantien für die Privatwirtschaft und einen sehr viel schonenderen Umgang mit der Katholischen Kirche. Die PSN hat insgesamt wenig Kritisches vorzutragen, verlangt aber entschieden die baldige Aufhebung des Notstandes. (Pensamiento Propio Nr. 14)

Inwiefern der Austritt der PLI die Entwicklung förderte, daß letztlich alle Parteien der FPR getrennt kandidieren und ob dies im Sinne der FSLN gewesen ist, läßt sich aus den Informationen, die uns in der BRD zur Verfügung stehen, schlecht beurteilen. Die Korrespondenten der mittelamerikanischen Presseagentur apia meinen, eine Fraktion der FSLN um Innenminister Tomás Borge habe Bündnisverhandlungen gewünscht, sich jedoch nicht durchsetzen können. Die Mehrheit sei nicht gewillt gewesen, den Hegemonieanspruch ihrer Partei aufzugeben. (taz, 25.7.84)

Niemand außer der kleinen linken MAP/ML (Bewegung der Volksaktion) hat öffentlich bedauert, daß durch die Wahlen die Gewerkschaften und Massenorganisationen aus der Gesetzgebung ausgeschlossen würden. Bekanntlich sind Vertreter dieser Organisationen bisher im Staatsrat, was zum festen Bestandteil der basisdemokratischen Errungenschaften gehört, denen die Sandinisten stets große Bedeutung zugemessen haben.

### Der Notstand bleibt

In den ersten Wochen nach dem 21. Februar haben Mitglieder der FSLN und ihnen nahestehende Freunde öffentlich die Meinung vertreten, daß der Notstand in Kürze aufgehoben werde. Man rechnete allgemein mit dem 4. Mai, dem Tag der Eröffnung der neuen Sitzungsperiode des Staatsrats.

Im Mai jedoch hielt die Junta eine solche Maßnahme aufgrund der zunehmenden Überfälle der Contra für undurchführbar. Im Gegenteil: die FPR brachte

im Staatsrat einen Gesetzesentwurf ein, der ein äußerst restriktives Mediengesetz zum Inhalt hatte. Darin sollte u.a. jeder Journalist verpflichtet werden, seine Quellen aufzudecken. Für mehrere liberale Publikationen wie "Pensamiento Propio" waren strengere Kontrollen vorgesehen und etliches mehr. Der Widerstand gegen diese Vorlage ging durch alle Parteien, sie wurde einen Monat später wieder zurückgezogen.

Nachdem der 4. Mai die Aufhebung des Notstandes nicht gebracht hatte, richteten sich die Erwartungen auf den 19. Juli, den fünften Jahrestag der Revolution. Ende Juni hatte Sergio Ramirez in einer Pressekonferenz erklärt, zu diesem Termin werde der Notstand abgeschafft. (taz, 30.6.84)

Doch dann gab Daniel Ortega lediglich einige Maßnahmen zur Lockerung des Notstands bekannt, die eine ungehinderte Durchführung der Wahlen ermöglichen sollten. Danach bestand ab sofort für alle Parteien, die sich an den Wahlen beteiligen würden, Versammlungs- und Demonstrationsrecht, und wurde die Pressezensur bis auf militärische Angelegenheiten aufgehoben. Der Notstand wurde um drei Monate verlängert.

Ortega machte "den Staatsterrorismus der USA" für diese Maßnahme verantwortlich, der Nicaragua dazu zwinge, unter Ausnahmegesetzen zu regieren. (FR, 21.7.1984) Zu diesem Zeitpunkt befanden sich bereits 7 000 Contrasoldaten auf dem Boden Nicaraguas. (taz, 16.6.84)



Schmerz angesichts eines getöteten Soldaten

Die bürgerliche Opposition hatte für derlei Begründungen natürlich kein Verständnis und beharrte umso fester auf dem Beschluß, die Wahlen zu boykottieren. Das geschah mit viel Lärm und Getöse. Am 23. Juli stellte die Coordinadora das ehemalige Mitglied der Regierungsjunta Arturo Cruz als Bewerber für das Amt des Präsidenten für den Fall vor, daß die Wahlen doch noch unter den von ihr gewünschten Bedingungen abgehalten würden.

Ihr Kandidat war bis dahin ein Politiker gewesen, der Anfang der 80er Jahre versucht hatte, die USA und Nicaragua miteinander zu versöhnen. Er hatte bei der FSLN in hohem Ansehen gestanden und war nach seinem Austritt aus der Junta als Botschafter nach Washington geschickt worden. Er hatte dieses Amt sechs Monate inne. Zweifellos ist er ein Kandidat der USA, wo er viele Jahrzehnte lang als Bankmensch gearbeitet hat. Aber seine Kandidatur bedeutet in erster Linie, daß die Opposition einen Mann präsentieren konnte, der aktiv gegen Somoza gekämpft hat und dem zuvor keinerlei Verbindungen zur bewaffneten Contra nachgesagt werden konnten. Das Argument der FSLN, die bürgerlichen Parteien seien Verbündete der Somozisten, wird durch das Auftauchen von Arturo Cruz nicht eben erhärtet, gibt der internationalen Presse noch mehr antisandinistische Nahrung.

Trotz Verlängerung des Einschreibetermins trug sich die Coordinadora dann endgültig nicht ins Wahlregister ein. Es blieb am 5. August bei der Kandidatur der vier Parteien der Patriotischen Front, der beiden linksoppositionellen MAP/ML und PCdeN (Kommunistische Partei) und der konservativen PCD. Doch niemand - bis auf die FSLN - war mit den Umständen einverstanden, unter denen die Wahlen nun endgültig ablaufen sollten.

Die PLI erarbeitete einen Vorschlag zur Verbesserung des Wahlgesetzes, der von der Kommunistischen Partei (PCdeN) und der PSN unterstützt und am 27. Juni dem Präsidenten des Staatsrats Carlos Nuñez zugeschickt wurde. Darin werden "eine Reihe demokratischer Verbesserungen" gefordert, u.a. eine gerechtere Verteilung der Mandate durch eine andere Aufteilung der Wahlbezirke sowie mehr Sendezeit in Fernsehen und Radio.

Was diese Forderungen im einzelnen bedeuten, ist aus dem uns zugänglichen Quellenmaterial nicht ersichtlich; die Eingabe scheint uns aber als Hinweis darauf wichtig, daß sie als klarer Einwand gegen den Hegemonieanspruch der FSLN und undemokratische Tendenzen im Wahlgesetz verstanden werden wollte. Über ihr weiteres Schicksal ist uns leider nichts bekannt.

Zusammen mit der PPSC und der PCD legten die eben genannten Parteien dann einen 5-Punkte-Katalog vor, in dem sie forderten, den Notstand auf die direkt von den Kampfhandlungen betroffenen Gebiete zu beschränken. Die FSLN antwortete mit einem Kompromiß, indem sie das Streikrecht und die Habeas-Corpus-Akte wieder inkraft setzte, den Notstand als solchen jedoch beließ (d.h. Gesetzgebung durch die Regierungsjunta, Einschränkung der Berichterstattung u.a.m.).

#### Der Wahlkampf beginnt

Der Wahlkampf hatte jetzt begonnen und wurde im wahrsten Sinne des Wortes als ein solcher eingeläutet. In Matagalpa und Chinandega wo Arturo Cruz vor seinen Anhängern reden wollte, kam es zu heftigen Auseinandersetzungen vor allem mit der Sandinistischen Jugend, wobei Steine flogen und Autos demoliert wurden. Am 6. August wurden der rechtsoppositionellen Tageszeitung "La Prensa" alle Artikel gestrichen, so daß sie nicht erscheinen konnte. Die Zensur hatte die gesamte Berichterstattung um die oben genannten Vorgänge verboten. Gleichzeitig erklärte die Regierung, diejenigen Parteien, die nicht an den Wahlen teilnehmen würden, seien illegal, besäßen von nun an nicht mehr den Status einer Partei.

Die erneute Beschneidung der Propagandamöglichkeiten der Rechten sollte die Entschlossenheit der FSLN demonstrieren, sich unter keinen Umständen

erpressen zu lassen. Gleichzeitig sah sie, wie problematisch es war, den Wahlkampf ohne die Opposition zu führen, die ihren Boykott vor aller Welt als Reaktion auf die totalitären Verhältnisse in Nicaragua verkaufte. Aus diesem Grund und wahrscheinlich auf Anraten "gutmeinender Freunde aus dem Ausland" beschloß die Regierung am 21. September, die Coordinadora erneut zur Beteiligung an den Wahlen aufzufordern. Sie verlängerte die Einschreibefrist auf den 30. September und ließ die illegal erklärten Parteien wieder zu.

Dieses Einlenken muß allerdings auf dem Hintergrund der wirtschaftlichen und kriegerischen Auseinandersetzungen der Monate August und September verstanden werden. Kurze Zeit nach Aufhebung des Streikverbots war es in der staatlichen Brauerei "Victoria" zu einem viertägigen Lohnstreik gekommen, der von Arbeitern geführt wurde, die alle Mitglieder der sandinistischen Gewerkschaftszentrale CST waren. Mitte September streikte die größte metallverarbeitende Firma METASA, ebenfalls von Sandinisten dominiert. Es kam außerdem zu Streiks in zahlreichen kleineren Betrieben, die von der Opposition erwartete landesweite Streikwelle blieb jedoch aus. In keinem Fall konnte die Regierung den Streikenden auch nur einigermaßen befriedigende Zusagen machen. Die wirtschaftliche Lage, vor allem die Inflation, hat sich in den letzten Monaten so dramatisch verschlechtert, daß an einen Ausgleich der Preissteigerungen durch entsprechende Lohnerhöhungen weniger denn je zu denken ist.

Nicaraguas Bereitschaft, der Opposition ein erneutes Angebot zu machen, steht jedoch in erster Linie im Zusammenhang mit einer Reihe von internationalen Begebenheiten, bei denen es um Mittelamerika ging. Sie läuteten sozusagen die zweite Phase im Kampf um die Wahlen ein.



Arturo Cruz

#### Zwischenrunde auf internationalem Parkett

In der letzten Septemberwoche fand in San José (Costa Rica) eine Konferenz von 21 Außenministern Westeuropas, Zentralamerikas und der Contadoragruppe statt. Neben wirtschaftlichen Fragen ging es auch um den Friedensvertrag für Mittelamerika, den die Contadorstaaten den Ländern Zentralamerikas zur Unterschrift vorgelegt hatten. Er war am 21. September von Nicaragua unterzeichnet worden, deutlich sichtbar in der Absicht, vor Beginn der Konferenz seinen Friedenswillen zu demonstrieren. Bekanntlich sieht dieser Vertrag einige für Nicaragua schier unannehmbare Bedingungen vor. Als ersten Schritt die Abrüstung auf eine für alle Länder gleiche Höchstgrenze innerhalb von dreißig Tagen nach Unterzeichnung des Vertrags. Danach müßte Nicaragua seine Armee auf ein Maß reduzieren, das es unmöglich machen würde, den Contraüberfällen wirksam zu begegnen.

Da der Vertrag außerdem den Abzug ausländischer Militärberater und die Auflösung ihrer Basen vorsieht, ist er auch für Honduras und El Salvador nicht annehmbar; beide Länder haben ihn auch nicht unterschrieben. Nicaraguas Zustimmung wurde entsprechend interpretiert. Seine Gegner, an ihrer Spitze die USA, äußerten in aller Öffentlichkeit, die Unterschrift sei pure Heuchelei, die niemals das Ziel verfolge, den Friedensplan auch wirklich einzuhalten.

Eine weitere Niederlage - angesichts einer Konzessionsbereitschaft, die ihresgleichen sucht - erlitt dann die sandinistische Regierung auf der Sitzung der Sozialistischen Internationale in Rio de Janeiro Anfang Oktober. Im Mittelpunkt dieses Treffens standen die Wahlen in Nicaragua. Die Sozialdemokraten schienen sich plötzlich ihrer Mission als Demokratiestifter wieder zu erinnern, die sie in Mittelamerika in den letzten Jahren immer sträflicher vernachlässigt haben. Sie wollten nicht die Sandinisten stärken und sie schon gar nicht zur legitimen Vertretung des Volkes erklären. Sie wollten sie um jeden Preis zum Ausgleich, zur Versöhnung mit dem Gegner zwingen. So erfuhr Bayardo Arce, der als Vertreter der FSLN geladen war, bei seiner Ankunft in Rio de Janeiro zuerst einmal, daß Arturo Cruz und zwei weitere Mitglieder der Coordinadora ebenfalls als Gäste der SI anwesend waren.

In den anschließenden Verhandlungen ging es um den Wahltermin, der auf Wunsch der CDN verschoben werden sollte. Die FSLN hat in diesem Punkt von vornherein einen schweren Stand, weil auch alle übrigen Parteien, diejenigen, die sich für die Wahlen eingeschrieben haben, eine solche Verschiebung wünschen. Bayardo Arce machte dann auch ein Zugeständnis nach dem anderen (Rückkehr der Contras nach einem Waffenstillstand, internationale Wahlbeobachter, Verschiebung der Wahlen, mehr Sendezeit für die Opposition) und ging auf alle Forderungen, die Cruz am 1. Oktober in einem Artikel in der Washington Post erhoben hatte, positiv ein. Sein Kontrahent hörte zu und meinte dann, einen Waffenstillstand der Contra nicht bewerkstelligen zu können. Die SI-ler gaben sich zufrieden, sie hatten ihre Pflicht erfüllt - als Wahltermin blieb der 4. November.

Am 2. Oktober hielt Juntachef Daniel Ortega eine Rede vor der UNO. Darin warf er den USA vor, zusammen mit anderen Ländern Mittelamerikas am 15. Oktober eine militärische Offensive gegen Nicaragua zu planen. Zuvor hatte er vor Journalisten geäußert, die rechte Opposition in Nicaragua wolle gar keine Wahlen sondern warte auf eine Intervention der USA, die sie wieder an die Macht bringen solle. Nach wochenlangem diplomatischen Gerangel waren damit die Dinge wieder einmal bei ihrem Namen genannt.

Das Spiel wird so oder ähnlich weitergehen. Auf der einen Seite wird die FSLN weiter versuchen, ihre Bereitschaft zum Kompromiß deutlich zu machen, auf der anderen Seite wird sie die wahren Absichten ihrer Feinde in die Welt schreien, immer noch in der Hoffnung, daß einige sich dagegen empören und zu Bündnispartnern werden.

### Fragen und wenig Antworten

Die FSLN handelt nach einer zwingenden Logik. Sie versucht außenpolitisch durch ein fleckenloses demokratisches Gewand bei Contadora und SI möglichst viele Punkte zu sammeln. Sie versucht nach Innen den Daumen auf den aufbrechenden Widersprüchen und Unzulänglichkeiten, auf der wachsenden Unzufriedenheit zu halten. Beides gleichzeitig geht nicht.

Die Bedrohung von außen, die den Sieg der Sandinisten vom ersten Tag an überschattet hat, die Entschlossenheit der USA, kein zweites Cuba zuzulassen, haben die FSLN von Anfang an zum reaktiven Handeln gezwungen. Sie hatte nie den Spielraum, den eigenen sandinistischen Weg zu einer Gesellschaft zu erproben, die sie dem Volk versprochen hatte. Niemand kann im Moment eindeutig beurteilen, welche Möglichkeiten der Demokratie und Basisbeteiligung die Sandinisten verwirklicht hätten, wenn der Spielraum hierzu gegeben gewesen wäre. Alle Versprechungen, die nicht erfüllt worden sind, können mit der Bedrohung von außen schlüssig erklärt werden.

Bei Redaktionsschluß sieht es so aus, als ob die Wahlen am 4. November stattfinden würden, obwohl bereits auch von Seiten derjenigen Parteien auf Verschiebung gedrängt wird, die sich für die Wahlen eingeschrieben haben. Die PLI will sich auf einem Parteitag erst noch überlegen, ob sie teilnehmen wird.

Am 12. und 13. Oktober ist Willy Brandt in Managua gewesen und hat dort weder die Verschiebung noch einen sonstigen Kompromiß erreicht. Er hat sich auch nicht dazu geäußert, daß die Sandinisten die Wahlen durchführen wollen, er hat dazu einfach nichts gesagt. Das heißt im Klartext, daß er gerade noch soviel Solidarität aufbringen konnte, um wenigstens zu schweigen. Ein nötiges Wort zu den unannehmbaren Bedingungen der Opposition - das in diesem Moment von unschätzbarem Gewicht für die Sandinisten gewesen wäre - hat sich der Sozialdemokrat verkniffen.

Indem Brandt und die SI Arturo Cruz zum gleichberechtigten Partner der FSLN erklärten, haben sie die vom CIA finanzierte Contra, für die Cruz spricht, diplomatisch anerkannt und bestätigt, daß es ihrer Ansicht nach in Nicaragua nur die "Versöhnung" beider Kräfte geben kann. Sie haben damit der Welt wieder einmal überdeutlich gezeigt, daß der uralte Spruch von den Verrätern aktueller ist als je zuvor.

### Wen wundert da das folgende Zitat?

Aus einem Brief des BMZ an eine westdeutsche Hilfsorganisation vom 5. Oktober: "Die Wahlvorbereitung in Nicaragua hat besonders deutlich gemacht, daß sich dort ein totalitäres Regime immer rücksichtsloser zu etablieren und jede demokratische Opposition zu unterdrücken versucht?"

## Der Krieg im Norden

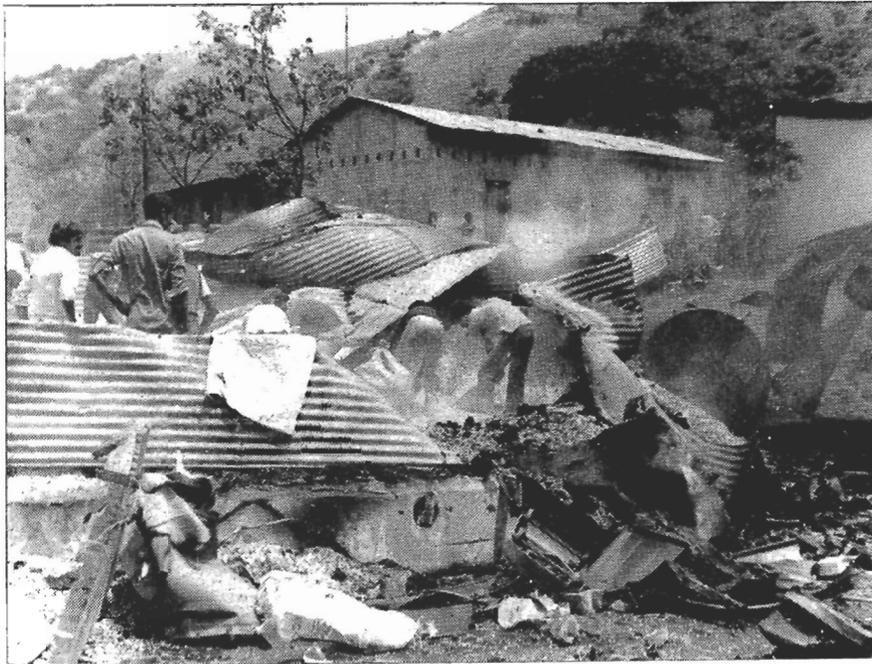
Am 4. November soll in Nicaragua gewählt werden - im Norden des Landes haben die Menschen bereits gewählt. Der folgende Bericht soll die Situation in den Kriegsgebieten im Norden kurz vor der Wahl darstellen.

... Im Frühjahr 1982 besuchte ich auf meiner Reise auch Ocotol im Norden Nicaraguas, ungefähr 15 km von der hondurenischen Grenze entfernt. Die Contra war gerade dabei, sich auch auf der Pazifikseite zu konstituieren und erste Angriffe auf nicaraguanischem Gebiet durchzuführen. Zu den Zielen der Contra zählten damals in erster Linie sandinistische Funktionäre. So wurde auf den ATC-(Landarbeitergewerkschaft)-beauftragten ein Anschlag verübt, als er auf dem Weg in ein Dorf in der Nähe der Grenze war. Das er heute noch lebt, verdankt er einzig der Tatsache, daß das Überfallkommando der Contra den schwer verwundeten ATC-beauftragten für tot hielt und sich auf den Rückweg machte. Als mich dann eines Tages der in dieser Region für die Erwachsenenbildung zuständige Compa abholte, um mit mir in ein in der Nähe von Ocotol gelgenes Dorf Santa Ana zu fahren, verabredete er sich mit mir am Ortseingang und bat mich, getrennt von ihm mit dem Kleinbus zu fahren. Er hatte mir von dem Angriff auf den ATC-beauftragten erzählt.

Die ganze Grenzregion machte auf mich einen gespenstischen Eindruck. Viele an der Grenze gelegene Gehöfte waren bereits verlassen. Die Felder wurden nur noch zum Teil bebaut. Niemand wußte, wo die Campesinos abgeblieben waren, jedenfalls ließ man es mich nicht wissen. Während ein Teil über die Grenze nach Honduras gegangen war, marschierten die anderen mit der Zeit ab ins Landesinnere zu Verwandten. Die Räumung eines ca 15 - 20 km breiten Genzstreifens ging schleichend vorstatten. Die mühevoll aufgebauten Kurse der Erwachsenenbildung schlieften ein, da die Bewohner es vorzogen, sich absolut neutral zu verhalten. Die Teilnahme an diesen Kursen konnte die Contra bei einem ihrer nächsten Angriffe zum Anlaß einer Agression nehmen. Wer sich zu den Sandinisten bekannte, hatte in dieser Region als einzeln auf dem Land wohnender Campesino schon lange nichts mehr verloren. Daß sich auf der anderen Seite viele entschieden, nach Honduras zu gehen, hat in den meisten Fällen gar nicht mal politische Gründe. Durch die gezielten Angriffe auf Transporte von Lebensmitteln, strategisch wichtige Punkte, wie z.B. die Brücke über den Rio Coco und auf die Organisatoren aus den sandinistischen Massenorganisationen ließen eine geordnete Versorgung der Region schnell zusammenbrechen. Die Revolution war noch zu jung, um in ihren Strukturen bereits so gefestigt zu sein, daß man hier geeignete Gegenmaßnahmen hätte ergreifen können. Außerdem zahlte die Contra gut, ein nicht zu unterschätzender Faktor, wenn sich der Hunger breit macht. 2 Jahre später war aus dem Kleinkrieg bereits ein großer Krieg geworden, der Angriff einzelner Transporte, einzelner bekannter Sandinisten war längs den Übergriffen auf ganze Dörfer, ja Städte gewichen. Am 1. Juni 1984 wurde die Stadt Ocotol mit einer Streitmacht von nicht weniger als 700 - 800 Mann angegriffen.

Um halb vier in der Nacht wurden an 4 Stellen der Stadt gleichzeitig die strategisch wichtigen Punkte überfallen: die Radiostation, das Sägewerk, der Getreidespeicher und die kleine Kaserne der sandinistischen Polizei mitten in Ocotol. Gleichzeitig griff eine Gruppe von ca. 600 Contras die Stadt von außen an. Die Anlage dieses Angriffes läßt nur den Schluß zu, daß bereits seit Tagen ca. 100 Contras in der Stadt waren, dort untergetaucht lebten und die für den Angriff nötigen Waffen in die Stadt geschafft haben. Wenn das in diesem Ausmaß möglich ist, läßt das die großangelegte Infrastruktur der Contra nur erahnen. Daß bei diesem Angriff die Stadt Ocotol nicht dem Erdboden gleich gemacht worden ist, ist dem Umstand zu verdanken, daß in dieser Nacht zufällig ein Batallion des sandinistischen Heeres auf der Durchreise nach Jalapa in Ocotol geblieben war.

Die Contra verlor in diesem Angriff ungefähr 50 Mann, der Rest entkam unbehelligt nach Honduras.



Die Bewohner Ocotals beim Bergen der nochbrauchbaren Lebensmittel aus dem zerstörten Getreidelager

(Foto: J. Steenbook)

Die sandinistischen Milizen sind im Zusammenhang mit den dort stationierten Einheiten des Heeres trotz zahlenmäßiger Überlegenheit nicht in der Lage, die Region von der Contra zu säubern. Wer unter dem Verdacht steht, mit der Contra in Verbindung zu stehen, wird in speziell dafür eingerichteten Lagern in Vorbeugehaft genommen, wenn es überhaupt so weit kommt. Diese und ähnliche Maßnahmen sind einfach zu einer Überlebensfrage geworden. Die Contra kennt hier nur eines: Mord! Ein Großgrundbesitzer, der für den Aufbau einer Siedlung in der Nähe der Grenze Land zur Verfügung stellte, wurde eine Woche später ermordet aufgefunden.

Die Campesinos, die jetzt dort in der Grenzregion noch leben, haben sich in einer Art Wehrdörfern angesiedelt und zusammengeschlossen. Alle über 14 tragen Waffen und man lebt hier sozusagen mit ständiger Feindberührung. Die Contra hat in der ersten Zeit, als diese Siedlungen aufgebaut wurden, ihre Angriffe darauf konzentriert. So wurde eine Siedlung, die wir in der Nähe von Somoto, ca. 6 km von der Grenze entfernt, besuchten, bisher drei mal angegriffen. Alle Hütten werden niedergebrannt, das Vieh wird über die Grenze getrieben oder an Ort und Stelle abgeschlachtet.

Bei dem letzten Angriff, der gerade drei Wochen bei unserem Besuch zurücklag, griff die Contra mit 200 Leuten an, und das gegen eine Zahl von 50 Dorfbewohnern. Es gelang den Campesinos, sich vollständig mit Kindern und den Älteren zurückzuziehen in die Berge und so die Angreifer ins Leere laufen zu lassen. Da die Verluste der Contra bei dieser Art von Überfällen in der letzten Zeit ganz erheblich waren, kehrt allmählich etwas Ruhe ein. Diese Angriffe auf Ziele in Grenznähe werden oft von den frisch Rekrutierten durchgeführt. Sie müssen ihre Feuertaufe überstehen. So ist es nicht ver-

wunderlich, daß nach dem ersten Schußwechsel die Hälfte der angreifenden Gruppe Kehrt machte, wie uns die Milizianos erzählten. Der Mut und die Entschlossenheit der Milizen machen allmählich ein Leben hier wieder möglich, aber unter welchen Bedingungen?

Woher nehmen die Menschen die ungeheuren Kräfte und den Mut, auch nach dem 3. Angriff dieser Art wieder von vorne anzufangen? Trotzdem oder gerade deswegen stehen diese Siedlungen wie Felsen in den Brandungen des in der ganzen Region seit Jahren tobenden Krieges. Die Sandinisten haben diesen Siedlungen bei der gesamten sozialen Versorgung erste Priorität eingeräumt. Noch bevor die Hütten stehen, ist bereits das Schulgebäude, besser, ein einfacher Unterstand gebaut und die Kinder werden täglich beschult.

Das gesamte Gebiet in der Nähe der Häuser ist von tief in die Erde gegrabenen Tunneln durchzogen. Diese unterirdischen kleinen Bunker geben Schutz vor den immer häufiger auftretenden Luftangriffen.

Als auf einer Sitzung der zu konstituierenden Wahlausschüsse die Wahlleiter die Regeln für den Ablauf der Wahlen, vor allem die Neutralität der Wahlausschüsse erläuterte, wunderten sich die Leute nur. Da soll es nun plötzlich nicht erlaubt sein, in den Wahllokalen Propaganda zu machen. Dort sollen nun keine Parolen gerufen werden. Da existieren plötzlich mehrere Parteien, wo doch früher alle mit dem Frente waren? Wenn nun in der Lehrgewerkschaft jemand ist, der sich zu den Ideen der liberalen Partei PLI bekennt, was dann? Früher waren doch alle Frente und werden es auch weiterhin sein, wenn es um den täglichen Kampf geht. Was das nun soll, das der Frente plötzlich eine Partei ist?

Der Frente ist die Front und die läuft zwischen den hier lebenden und der Contra auf der anderen Seite der Grenze.

Der ganze Wahlrummel erntet in den Siedlungen hier im Grenzgebiet nur ein müdes Kopfschütteln. Was das nun eigentlich soll, fragt man sich dort. Die Wahlen haben doch bereits stattgefunden: Wer nicht für die Sandinisten ist, ist auf der anderen Seite in Honduras. Wer noch als Neutraler inmitten der Kriegswirren um ein Überleben kämpft, wird von beiden Seiten mißtrauisch beäugt. Seine Wahl ist nur noch eine Frage der Zeit, allerdings findet sie nicht am 4. November statt.....

## Gesundheitsbrigaden für Nicaragua

Wir suchen dringend

**AB SOFORT**

evtl. auch später für einen

mindestens 6 monatigen

Einsatz im Rahmen

unserer Projekte in  
Nicaragua

– **ÄRZTE/INNEN**  
– **KRANKENSCHWESTERN**  
/ **-PFLEGER**

(möglichst m. Fachausbildung)

Kontakt: Gesundheitsladen Berlin, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61 - Tel. 030/693 20 90

## Solidarität mit den sandinistischen Gewerkschaften — Gewerkschaftliche Solidarität?

Selten zuvor sind Gewerkschaften in einem Befreiungsprozeß in der sog. 3. Welt so massiv und so mannigfaltig unterstützt worden wie die sandinistischen Gewerkschaften, selten - oder besser - nie zuvor hat sich eine Solidaritätsbewegung so tief in den Gewerkschaften hier in der BRD verankern können, wie eben diese Nicaragua-Solidarität; wo liegt da eigentlich ein Problem?

Die sicherlich bedeutendste Solidaritätsaktion im Bereich der Gewerkschaften war und ist die Kampagne "Werkzeug für Nicaragua", die die DGB-Jugend durchführt. Bisher sind ca. 700 000 DM zusammengekommen für die Schule auf Solentiname, in der die Landarbeitergewerkschaft ATC die 'campesinos' aus- und weiterbilden will. - Träger des Projekts für die DGB-Jugend ist das Kluturministerium.

Die DGB-Jugend tut gut daran, nicht mit der ATC direkt kooperieren zu wollen, denn dafür hätten sie bestimmt im DGB-Vorstand keine Mehrheit bekommen. In Dietzenbach gar gründen Gewerkschafter einen eigenen Verein "Monimbó" für ihre vielfältigen Unterstützungsaktionen für Nicaragua. Der Instinkt dieser Kollegen, ihre Anliegen nicht in langwierigen bürokratischen Diskussionen innerhalb der Gewerkschaften mühevoll durchsetzen zu wollen, hat berechtigte Gründe: Die DGB-Gewerkschaften tun sich schwer in der Kooperation mit sandinistischen Gewerkschaften. Alle Anliegen dieser Art von seiten der Basis werden von der Abteilung "Internationales" beim DGB in Düsseldorf zunächst mit einem dicken Aktenordner belegt: besser es passiert gar nichts als was Falsches.

Die Ursachen liegen in der Herausbildung zweier internationaler Gewerkschaftsorganisationen in Ost und West nach dem 2. Weltkrieg. Dem WELTGEWERKSCHAFTSBUND der kommunistischen Gewerkschaften steht der - straff anti-kommunistische - INTERNATIONALE BUND FREIER GEWERKSCHAFTEN (IBFG) gegenüber. Wer hier Mitglied ist, kann dort kein Mitglied sein. Und umgekehrt. Beziehungen existieren nur - Ausnahmen lassen sich an einer Hand abzählen - zu den eigenen Mitgliedorganisationen. In Nicaragua ist die CUS (Confederación de Unidad Sindical) Mitglied im IBFG.

Die CUS wurde 1962 mit Unterstützung des CIA von einigen dem Unternehmerverein Robelos (Robelo - früher Mitglied der ersten Regierungsjunta - kämpft heute mit der ARDE von Costa Rica aus gegen die Sandinisten) nahestehenden Betriebsgewerkschaften gegründet. Sie verfolgte das Ziel sogenannter unabhängiger Gewerkschaften. Philipp Agee führt dazu in seinem Buch "CIA gegen El Salvador" aus, daß diese Art von Gewerkschaften vornehmlich über CIA-Tarnorganisationen zur Spaltung regionaler Arbeiterbewegungen in Lateinamerika gegründet wurden. Die nicaraguanische Tageszeitung "Barricada" (Organ der FSLN) hat im Mai '81 Dokumente vorgelegt, wonach auch die nicaraguanische CUS teilweise vom CIA finanziert wird. Man mag sich nun darüber streiten, ob die CUS eine "gelbe" Gewerkschaft ist oder nicht, viel wichtiger erscheint uns die Frage des Einflusses: Die CUS ist vornehmlich im Dienstleistungssektor verankert. Da sind im wesentlichen die großen Hotels, die Post und die alte (früher somozistische) Fluglinie zu nennen. Heute hat die CUS 19 Betriebsgewerkschaften und kontrolliert 1,8% der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten. Zum Vergleich: Die sandinistische CST vertritt ca. 82% der Arbeiter

und Angestellten, und ihr sind 394 Betriebsgewerkschaften angeschlossen. Auf dem Land ist die Situation noch eindeutiger: Die sandinistische ATC ist als die Einheitsgewerkschaft der Landarbeiter anzusehen, während die CUS nur über einige verstreute Mitglieder verfügt.

Es wäre sicher falsch, diese Zahlen direkt in den "prozentualen Einfluß" umzusetzen, aber eines kann man mit Sicherheit sagen: Die CUS ist in der nicaraguanischen Gewerkschaftsbewegung nahezu bedeutungslos. Vor allem hat sie ihre Basis in Bereichen, die vom Somozismus durch Korruption kräftig profitierten, dort hat man von Repression wenig gespürt.

Daß die Beziehungen mit der CUS eher das völlige Versagen internationaler gewerkschaftlicher Zusammenarbeit des DGB offenbaren, hat sich auch in der DGB-Zentrale rumgesprochen, also tut man auf offizieller Ebene lieber gar nichts. Bilaterale Beziehungen des DGB zur CUS gibt es so gut wie gar nicht, was einer alten Übereinkunft mit dem AFL-CIO in den USA entspricht, wonach sich der DGB hier im "amerikanischen Einflußgebiet" zurückhält - Amerika den Amerikanern ...!

So ist es auch nur konsequent, wenn sich die CUS zu den Wahlen - besser: zum Wahlboykott - der rechten Coordinadora des Arturo Cruz angeschlossen hat, was allerdings zu Spaltungstendenzen innerhalb der CUS führte.



Vorstand der CUS, links im Bild der Generalsekretär Espinoza

Im Zusammenhang mit diesen internen Auseinandersetzungen wurde das Büro der CUS besetzt, was die sandinistische Polizei zum Eingreifen veranlaßte. Dies hat der IBFG zum Anlaß genommen, beim Internationalen Arbeitsamt (ILO) in Genf Klage gegen Nicaragua wegen des auch von Nicaragua unterzeichneten Abkommens über Gewerkschaftsfreiheit einzureichen.

Das ist nicht der erste Fall dieser Art. Bereits am 3. Mai 1982 reichte der IBFG wegen des mit dem wirtschaftlichen Notstand verkündeten Streikverbots Klage gegen die nicaraguanische Regierung beim Internationalen Arbeitsamt ein. In der Erklärung des IBFG heißt es u.a.: "Trotz der Tatsache, daß die nicaraguanische Regierung in ihrem 1979 verabschiedeten Programm erklärte, sie wolle die Vereinigungsfreiheit einhalten und gewährleisten, laufen einige gesetzliche Bestimmungen dieser Erklärung zuwider und erschweren die Lage der Arbeitnehmer und der Gewerkschaftsorganisationen in diesem Land. Ein Beispiel dafür ist das Gesetz 812, das ein- bis dreijährige Gefängnisstrafen für diejenigen vorschreibt, die an der Auslösung oder Weiterführung eines Streiks, einer Arbeitsunterbrechung oder einer Betriebsbesetzung mithelfen oder teilnehmen." Außerdem setze das Gesetz 911 weitere Bestimmungen des Arbeitsrechtes, das Streikrecht betreffend, außer Kraft. Diese und andere Verletzungen seien Gegenstand der Klage, die der IBFG beim IAA eingereicht hat.

In einem Interview im Juni 1982 äußerte sich der Vorsitzende der sandinistischen Lehrergewerkschaft ANDEN, Nathan Sevilla, wie folgt dazu:  
Frage: Wie lautet die Stellungnahme der ANDEN zum Streikverbot und zur IBFG-Klage?  
ANTWORT: Dieser Notstand, der in unserem Land ausgerufen wurde, muß erklärt werden, damit ihn unsere Freunde in anderen Ländern verstehen können. Wir werden ständig be-lagert von Kräften, die vom nordamerikanischen Imperialismus gelenkt werden und das politische Ziel haben, die Revolution zu destabilisieren, wie sie es schon in anderen Teilen der Welt getan haben; dazu haben sie zweifellos viele Methoden gefunden, zu denen auch gehört, gewerkschaftliche Organisationen der Arbeiter in einer wirtschaftlich schwierigen Situation wie der, in der unser Land gegenwärtig steht, zu benutzen. Da ist es leicht, Arbeiter, die das Hauptproblem des Landes nicht verstehen, nämlich, daß es eine Revolution gibt, die gegen den Imperialismus verteidigt werden muß, zu einem Streik zu bewegen. Sie werden, ohne die realen Möglichkeiten der nationalen Wirtschaft zu berücksichtigen, daran interessiert sein, daß einer Gruppe von Arbeitern die Löhne erhöht werden. Natürlich sind Lohnerhöhungen eine gerechte und notwendige Sache, aber sie können nicht notwendig und gerecht sein, wenn sie sich gegen die Stabilität der Revolution richten, die sich festigen muß und ein Klima des Friedens, der Arbeit, der bewußten Organisation unserer Arbeiter und Gewerkschafter braucht, um der Krise zu begegnen und Stück für Stück aus den ständigen Aggressionen und Bedrohungen gegenüber unserer Revolution herauszukommen. (...) Im Falle Nicaragua sind sich die Arbeiter und die revolutionäre Regierung gleichermaßen bewußt in der Überlegung, daß es keinen Streik geben darf. Und diejenigen, die einen Streik wollen, die Destabilisierung planen, versuchen, das mit den Sektoren der Arbeiter, die nicht viel von nationaler und internationaler Politik wissen oder kulturell zurückgeblieben sind. Diese werden von einigen Gewerkschaften beeinflusst, die wir 'gelbe' Gewerkschaften nennen, d.h. Unternehmerrgewerkschaften oder solche, die in der Vergangenheit direkt von der somozistischen Regierung geführt wurden, eingesetzt durch einige Vereinigungen, die hier in Zentralamerika Gewerkschaften organisierten." (Gemeint ist das "Amerikanische Institut für die Entwicklung Freier Gewerkschaften - AIFLD-, das nach Agee eine CIA-Gründung ist.)

Die Gewerkschaftsproblematik in Nicaragua wird vom IBFG schlicht dem Ost-West-Konflikt subsumiert: Ausgehend von der pauschalierten Leninschen Aussage, wonach die Gewerkschaften Transmissionsriemen zwischen Kaderpartei und den breiten Massen sind, sieht der IBFG in den sandinistischen Gewerkschaften "Staatsgewerkschaften", die ihre Unabhängigkeit preisgegeben haben. In guter eurozentristischer Manier dient als Meßlatte das hiesige Gewerkschaftsverständnis.

Die Untätigkeit des DGB im IBFG in dieser Frage läßt es zu, daß der IBFG hier indirekt zum verlängerten Arm der Reaganadministration in ihrer Destabilisierungsstrategie gegenüber Nicaragua funktionalisiert wird. Ein harter Vorwurf an die Adresse des DGB, doch bei aller berechtigten Kritik am Streikverbot in Nicaragua sollten DGB und IBFG es der nicaraguanischen Revolution doch selbst überlassen, mit welchen Maßnahmen sie ihrer Erdrosselung durch die USA zu entgehen sucht.

In diesem Punkt ist dem Vorsitzenden der ANDEN nur zuzustimmen. Eine Kriegswirtschaft, die als Aderlaß 1/3 der arbeitenden Bevölkerung im Heer und in den Milizen miternähren muß, schafft sich ihre eigenen politischen Restriktionen. Dies ist aber nur eine Seite des Problems.

Wenn Nathan Sevilla das Problem der inneren politischen Instabilität auf die kulturell zurückgebliebenen Arbeiter, die durch rechte Infiltration zur Destabilisierung gedrängt werden, zurückführt, greift das zu kurz, wie die letzten Streiks nach Aufhebung des Streikverbots zeigen.

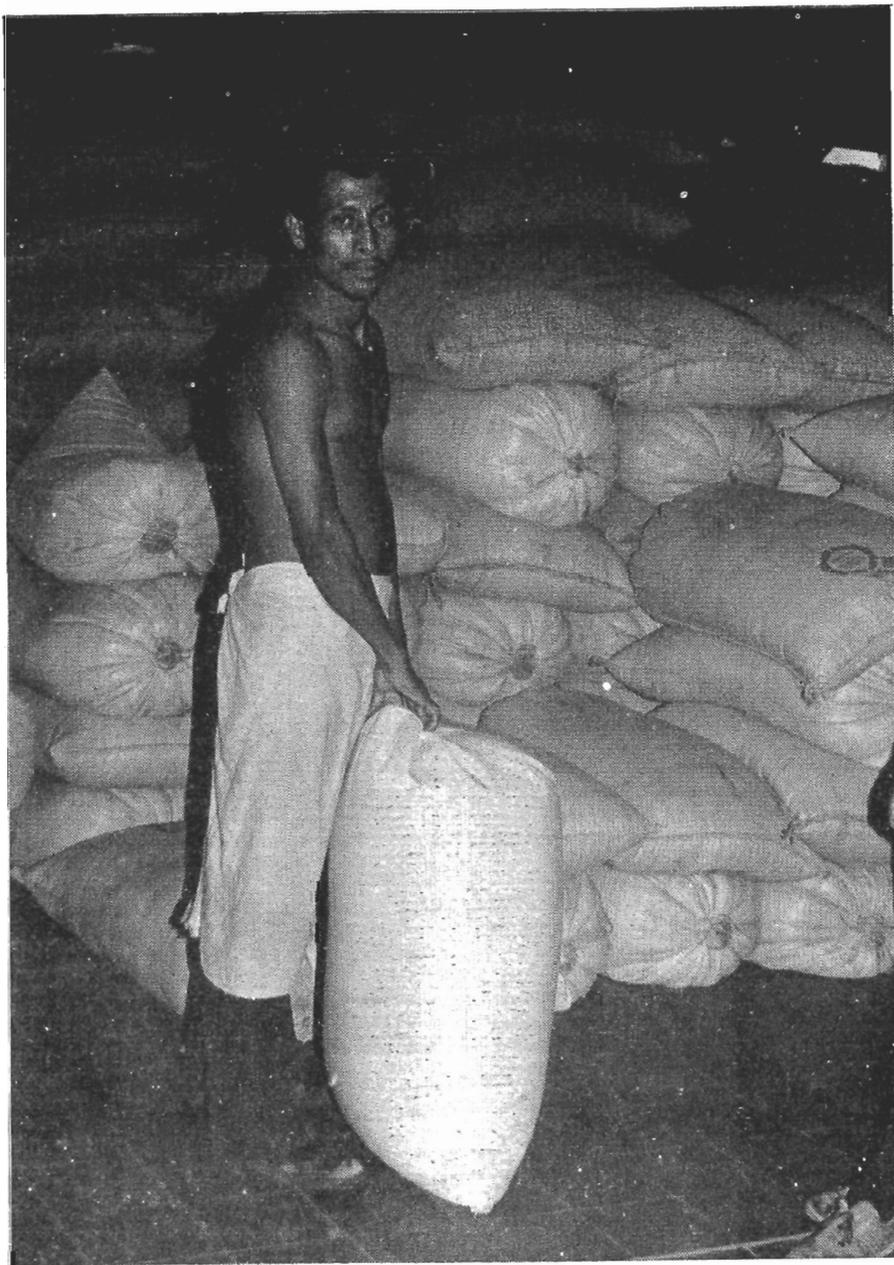
Bereits vor Aufhebung des Verbots ist es im März 1984 zu einer Welle kleinerer Streiks vor Nicaragua gekommen, deren Ursache zumeist Lohnforderungen waren. Am Montag, den 20.8. legten dann die Arbeiter der Brauerei Victoria die Arbeit nieder: Sie forderten, nach Lohngruppen gestaffelt, 100% (untere Lohngruppe) bis 50% (obere Lohngruppe) mehr Lohn. Der Konflikt weitete sich in der Getränkebranche schnell aus, Solidaritätsstreiks und -aktionen folgten. Das Arbeitsministerium verhandelte fieberhaft mit der Betriebsleitung und der CST: Der Grund war, daß ein Eingehen auf diese Forderung der Arbeiter das gesamte, in der Vorbereitung befindliche 28-stufige Lohnsystem auch in anderen Betrieben vor dessen endgültiger Einführung zu Fall bringen würde. Die Arbeiter erklärten gegenüber der Presse, daß sie zu der Revolution und der FSLN stehen, jedoch bei derartig rasant steigenden Preisen (geschätzte Inflationsrate 80 - 100%/Jahr) mit den seit vier Jahren konstanten Löhnen nicht auskämen. Es handele sich um einen reinen Lohnstreik. Das Recht dieser Lohnforderungen leiteten sie aus den in die Millionen gehenden Gewinnen der Brauerei ab. Diese Gewinne der staatlichen Brauerei finanzieren die chronisch leeren Kassen des Staats. Das Arbeitsministerium forderte die Einstellung des Streiks, vorher könne kein Kompromiß ausgehandelt werden. Der Streik ging weiter. Die sandinistische CST fürchtete eine Ausweitung des Streiks und rief eilig 80 Vertreter der Betriebsgewerkschaften Managuas zusammen: Eine Solidarisierung mit den Forderungen war un- ausweichlich, jedoch forderten die Versammelten die Victoria-Arbeiter auf, angesichts der äußeren Aggression nicht von ihrem Streikrecht Gebrauch zu machen. Das erwungene Ende des Ausstandes wurde durch die Anündigung des Arbeitsministeriums, den Streik mit allen Konsequenzen für illegal zu erklären, herbeigeführt. Das Ultimatum lief am Freitag, den 25. 8. ab, am darauffolgenden Montag begann die Arbeit zögernd. Die Erklärung der CST erntete bei den Arbeitern nur Hohn und Gelächter - die CST-Führung des Betriebes hatte voll versagt -; auf der anderen Seite ließ sich der Streik nicht als spontaner Streik "ohne Kopf" angesichts der massiven Drohungen weiterführen.

Diese Auseinandersetzung zeigt in aller Deutlichkeit das Dilemma, in dem die CST steht: Dem "ökonomistischen" Bewußtsein der Arbeiter, die angesichts des Ausverkaufs der Versorgungslage die Lasten des Krieges nicht weiter tragen können, steht das politische Interesse des revolutionären Staates gegenüber, nämlich die Verteidigung der Revolution gegen die US-Aggression um jeden Preis. In dieser dialektischen Beziehung eine ausbalancierte Gewerkschaftspolitik umzusetzen, ist die CST nicht in der Lage. Propagandaschlachten, wie die um 1. Mai 1982: "Verteidigen wir die Revolution, um den Sozialismus aufzubauen", schüren eher anti-kommunistische Vorurteile, als daß sie im Bewußtsein der Arbeiter größere Bereitschaft erzeugen, die Lasten des Krieges zu tragen.

Die Grenzen, an die die CST hier stößt, liegen einmal in ihrer Entstehung: Der durch Kurzschulungen aufgebaute Funktionärskörper verfügt über keinerlei Erfahrungen in Arbeitskämpfen.

Die Gewerkschaften, die diese Tradition haben, wie z.B. die CGTi der Sozialistischen Partei ließen sich bis heute nicht in die CST integrieren.

Die Diktatur Somozas ließ mit ihrer Politik zwischen Gewerkschaftsverbot und "erlaubten" legalistischen Gewerkschaften keinerlei Möglichkeit für die Herausbildung einer vom Staat unabhängigen, klassenkämpferischen Position. Auch die Sozialistische Partei mit ihren Gewerkschaften kollaborierte zeitweise mit dem Somozastaat, wenn sie auch in den verschiedenen Epochen in der Organisation der Arbeitskämpfe eine wichtige Rolle spielte.

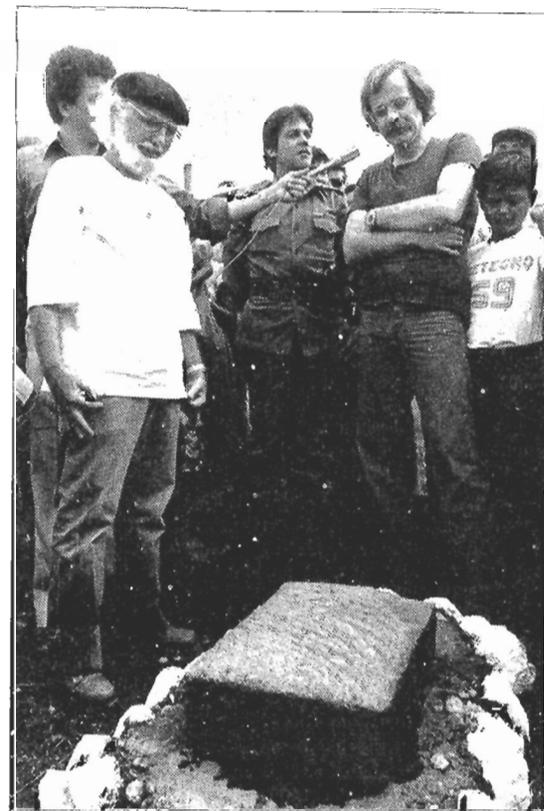


Das ist das Erbe, mit dem sich die CST heute auseinandersetzen muß.

Der Vorwurf der IBFG-Gewerkschaften, die CST sei eine "Staatsgewerkschaft" und deshalb nicht unabhängig, ist geradezu lächerlich angesichts der Tatsache, daß die CST mit vollem Recht und in der moralischen Tradition des Befreiungskampfes die Verteidigung der Revolution gegen den US-Imperialismus als Hauptaufgabe begreift.

Daß sich in breiten Teilen der DGB-Gewerkschaften ein solidarisches Verhältnis zu den sandinistischen Gewerkschaften herausbildet, ist eine notwendige Voraussetzung, um die IBFG-Politik langfristig zu ändern. In den meisten Fällen interessiert den gewerkschaftlichen "Basisarbeiter" die IBFG-Position wenig. Wozu auch, wenn die Hürden in der Gewerkschaft zu groß werden, wird die Solidarität neben der Gewerkschaft mit den Gewerkschaftskollegen organisiert. Der Sog der Nicaragua-Solidarität sorgt für ein breites interessiertes Gewerkschaftspublikum der Solidaritätsgruppen.

Trotz der offiziellen IBFG-Position organisiert die DGB-Jugend am 31.10. eine Großveranstaltung mit Comandante Omar Cabezas, und die GEW hat auf ihrem letzten Gewerkschaftstag offizielle Beziehungen zur sandinistischen ANDEN aufgenommen. Eine ANDEN-Delegation besuchte im Frühjahr 1984 die GEW, und Anfang 1985 wird sich eine GEW-Delegation zum Gegenbesuch nach Nicaragua aufmachen. In der GEW war diese Position nach 4jähriger Auseinandersetzung mehrheitsfähig. Trotz heftiger Proteste des DGB lebt man heute in GEW und DGB mit diesem Widerspruch: Beziehungen zu ANDEN - Mitgliedschaft im IBFG mit dem angegliederten IVFL (Internationaler Verband Freier Lehrgewerkschaften).



Grundsteinlegung in  
Solentiname  
Ernesto Cardenal  
Jaime Wheelock  
Dieter Eich  
(DGB-Jugend)

Die breite Nicaragua-Solidarität in den Gewerkschaften schafft die Grundlage für die Überwindung der kompromißlosen Ablehnung aller Beziehungen zu sandinistischen Gewerkschaften. Bürokratische Hindernisse können diesen Prozeß behindern, aber nicht aufhalten.

Daß allerdings heute die IBFG-Politik gegenüber Nicaragua, die auf Druck der US-amerikanischen Gewerkschaft AFL-CIO zustandekommt, in den gewerkschaftlichen Solidaritätsgruppen so wenig diskutiert wird, ist auf unser eigenes "unhistorisches" Bewußtsein gegenüber unseren eigenen Gewerkschaften zurückzuführen. Einerseits werden Spenden für Projekte in Nicaragua gesammelt, andererseits wird aus unseren Gewerkschaftsbeiträgen die Destabilisierungspolitik des IBFG gegen Nicaragua finanziert - ein Unding! Die gewerkschaftliche Solidarität mit sandinistischen Gewerkschaften wird auch mit diesem Widerspruch vorerst weiterleben.

Oktober 1984:

**JETZT ERST RECHT!**

Arbeitsbrigaden für das befreite Nicaragua -  
Unterstützung des Befreiungskampfes in El Salvador

Die US-Army dirigiert bereits die Bombardements gegen die  
Zivilbevölkerung in El Salvador  
US-Söldner fliegen bereits die Einsätze der Contras in  
Nicaragua  
... und die Regierung unseres Landes leistet dabei Schüt-  
zenhilfe

Jetzt erst recht:

- bauen wir das wieder auf, was die Contra zerstört hat  
- wollen wir in Nicaragua das verteidigen, wofür die Be-  
freiungsbewegung in El Salvador kämpft

Deshalb suchen wir weiterhin Zimmerleute, Maurer, Schrei-  
ner, Sprachkundige und Menschen mit handwerklichem Geschick  
für einen zweimonatigen Arbeitseinsatz im Häuserbau und  
besonders auch finanzielle Unterstützer für diese Kampagne

Vorbereitungsgruppen  
Norden: Ch. Greiner, Michaelisbrücke 1, 2000 Hamburg 11  
Mitte: K. Hess, Jägerhofstraße 42, 5600 Wuppertal 1  
Süd: A. Stietz, Moldenhauer Weg 37, 6100 Darmstadt

**SONDERKONTO: 963611**

Informationsbüro Nicaragua e.V.,  
Stadtparkasse Wuppertal

Alle eingehenden Gelder gehen je zur Hälfte nach  
Nicaragua und El Salvador

weitere Informationen und v.i.S.d.P.: Informationsbüro Nicaragua e.V.  
Katernberger Schulweg 123, 5600 Wuppertal 1

ANZEIGE

## BRD

### Der Herbst des Deutschen Entwicklungsdienstes

Zur Charakterisierung des intellektuellen und entwicklungspolitischen Niveaus der höheren DED-Chargen und BMZ-Beamten kursierte schon vor mehreren Jahren unter den DED-Mitarbeitern ein Spruch, der auf einer Berliner Toilette gefunden wurde: "Wo die Sonne der Kultur niedrig steht, werfen selbst Zwerge lange Schatten." Im Licht dieser Erkenntnis sollten auch die Auseinandersetzung zwischen BMZ und DED und den DED-Oberen und DED-Unteren bewertet werden.

Als am 27.9. der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ), Dr. Volkmar Köhler (CDU), auf einer Pressekonferenz "die Überlegungen der Bundesregierung zu einer Neuordnung des DED" verkündete, handelte es sich dabei um das Ergebnis einer länger vorbereiteten, gezielten Kampagne zur politischen Ausrichtung dieser Institution. Weil dies so offensichtlich ist, versuchte Köhler gleich zu Beginn seiner Erklärung, diesen Eindruck zu verwischen: "Um es gleich vorweg zu nehmen: Diese Überlegungen zielen nicht darauf ab, einen neuen DED nach dem Wohlgefallen der Bundesregierung maßzuschneidern oder ihn an die politische Leine zu nehmen, sondern vielmehr um Fehlentwicklungen, mit denen im übrigen auch Minister Offergeld zu kämpfen hatte, zu korrigieren und die Arbeit der DED-Zentrale in Berlin auf ihren konkreten Auftrag zum Wohl der Menschen in der Dritten Welt zu konzentrieren." Im einzelnen bedeutet das: 1) Die Auswahl zukünftiger Entwicklungshelfer sei politisch orientiert, das würden die zahlreichen Beschwerden beweisen. Tatsache ist aber, daß es in den letzten zehn Jahren nur 50 Beschwerden bei ca. 6 000 Ablehnungen gab. 2) Die Vorbereitung von Entwicklungshelfern konzentrierte sich einseitig auf "entwicklungspolitische oder -pädagogische Theorien" und müsse sich vielmehr an den konkreten Projektanforderungen orientieren. Köhler kam aber selbst nicht umhin, "die ausgezeichnete Arbeit der Entwicklungshelfer" hervorzuheben. Wo ist da also die Fehlentwicklung? 3) Die Mitbestimmung, die schon teilweise zu einer "Selbstbestimmung" geworden sei, soll auf ein unumgängliches Minimum heruntergefahren werden. Keine weitere Begründung.

Diese an den Haaren herbeigezogenen Argumente sollen die eigentliche Hauptkritik bekräftigen, nämlich daß der DED ein zu großes Eigenleben entwickelt habe, seine Abhängigkeit von Bonn seiner privatrechtlichen Stellung als GmbH unterordne, seine eigenen "Grundsätze und Kriterien" höher als die "Entwicklungspolitischen Leitlinien" der Bundesregierung bewerte, die Mitbestimmungspraxis die führende Rolle der Geschäftsleitung abschwäche und sich sogar in tagespolitische Themen einmische. Und hierin liegt tatsächlich das ganze Strukturproblem des DED.

Wer regiert?

Der DED wurde als Gesellschaft mit beschränkter Haftung gegründet, um insbesondere einen größeren Bewegungsspielraum gegenüber Entwicklungsländern zu haben, zu denen die Bundesregierung keine guten Beziehungen unterhielt. (Als Bonn beispielsweise vorübergehend die diplomatischen Beziehungen in den 60er Jahren zu Tansania gemäß der Hallsteindoktrin abbrach, mußte der DED nicht abziehen, auch wenn dies natürlich damals etliche Mitglieder

der CDU gern gesehen hätten.) Es gibt zwei Gesellschafter, denen der DED "gehört": die Bundesregierung mit 19/20 Anteilen und der "Arbeitskreis Lernen und Helfen in Übersee e.V." - ein Zusammenschluß von ca. 30 Entwicklungspolitischen Organisationen, von denen Brot für die Welt, Dienst in Übersee, Eirene, Misereor und der Weltfriedensdienst/Berlin die Wortführer sind - mit einem Gewicht von 1/20. Der Gesellschaftsvertrag stellt fest, daß der DED "Mandatar des Bundes" ist, also im Auftrag der Bundesregierung in Projekten tätig wird, die zwischen der Bundesregierung und der Regierung des jeweiligen Entwicklungslandes vereinbart werden. Die Finanzierung stammt zu 100% aus dem Bundeshaushalt und beträgt gegenwärtig 75 Mio. DM. Kein Arbeitsprogramm, wer auch immer es entwirft, kann sich gegen den Gesellschaftsvertrag stellen. Für den "Mehrheitseigner", die Bundesregierung, ist die gemeinsame Entschließung aller im Bundestag vertretenen Parteien vom 5.3.1982 auch die für den DED verbindliche Grundlage seiner entwicklungspolitischen Tätigkeit. Genau diese entscheidenden Punkte der fast völligen Abhängigkeit des DED von Bonn sind es auch, die Köhler genützlich in seiner Pressekonferenz auflistete.

Zur GmbH gehört auch der Verwaltungsrat, der auf mehrmaligen Sitzungen im Jahr über wesentliche Fragen der DED-Arbeit entscheidet. Er besteht aus 15 Mitgliedern: 4 Vertretern der Bundesregierung (BMZ, Auswärtiges Amt, Finanzministerium, BM für Familie, Jugend und Sport), 4 Vertreter des Arbeitskreises Lernen und Helfen in Übersee, 3 Vertreter der im Bundestag vertretenen Parteien (die GRÜNEN sind immer noch nicht Mitglied, weil man die Neuwahl des Verwaltungsrats auf den spätestmöglichen Termin verschob), 2 Vertreter zurückgekehrter Entwicklungshelfer, 1 Vertreter der hauptamtlichen Mitarbeiter und als Vorsitzender Warner Conring von der EKD. Auch in diesem Gremium hat Bonn das eindeutige Übergewicht.

Innerhalb des DED gibt es einen geschäftsführer (Bonn will jetzt zur Verstärkung einen zweiten einsetzen) und drei Abteilungsleiter, bei denen auf den Besitz des Parteibuchs geachtet wird: alle sind Sozialdemokraten, mit Ausnahme eines Abteilungsleiters und stellvertretenden Geschäftsführers, der aus Proporzgründen Christdemokrat ist.

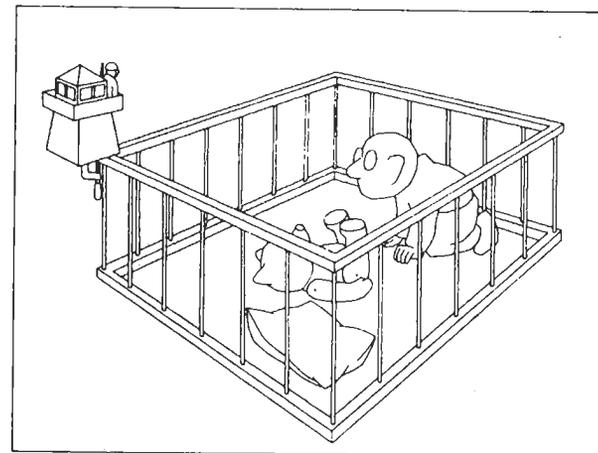
Angesichts dieses gewaltigen bürokratischen Gewölbes scheint es schon unvorstellbar, wie es überhaupt zu den genannten "Fehlentwicklungen" und einem "linkskonformistischen Druck" kommen konnte.

#### Die Mitbestimmung

Die Antwort lautet: durch die von Bonn zugestandene gute Arbeit der Entwicklungshelfer. Sie ist das Ergebnis von inzwischen 20 Jahren Erfahrungen und kontroversen Diskussionen um das Selbstverständnis von personeller Entwicklungshilfe. In den 60er Jahren wurden die Entwicklungshelfer noch nach Albert-Schweitzer-Manier in den Busch geschickt, wo sie ihre "Projekte" suchen sollten. Zur Vorbereitung gehörte der morgendliche Frühsport und die Abschlußprüfung vor Vertretern aus Bonn. Mit den Diskussionen der Studentenbewegung und den Brandt'schen Reformverkündungen krepelten die Entwicklungshelfer Teile der inhaltlichen Arbeit von unten her um. Die Mitbestimmung wurde auf verschiedenen Ebenen eingeführt: in den "Gastländern" fanden von da an jährliche Vollversammlungen statt, auf denen mit Vertretern der DED-Zentrale die Schwerpunkte der Arbeit bestätigt bzw. festgelegt wurden. Auf Regionalkonferenzen trafen sich jährlich die Länderbeauftragten und Delegierten der Entwicklungshelfer eines Kontinents, um ihre länderspezifischen Erfahrungen auszutauschen; alle zwei Jahre fand die Mitarbeiterkonferenz mit Delegierten aller Bereiche von Mitarbeitern des DED statt, deren Beschlüsse dem Verwaltungsrat vorgelegt wurden; er konnte sie natürlich ablehnen, aber immerhin mußte er, teilweise über Monate hin, die z.T. unbequemen Themen behandeln.

Besonders die Mitbestimmung im "Gastland" ist für die Arbeit des DED unverzichtbar geworden. Kein Länderbeauftragter (seit kurzer Zeit müssen auch sie die psychologische Auswahl wie die Entwicklungshelfer durchlaufen)

ist in der Lage, die Probleme von 30 bis 50 Projekten im ganzen Land so gründlich zu kennen, daß er auch vernünftige Entscheidungen fällen kann. So wurde die Arbeit der "Mitbestimmungsausschüsse" zum wichtigsten Element in der DED-Arbeit überhaupt bei der Bewertung laufender Projekte, der Prüfung neuer und besonders bei den entwicklungspolitischen Diskussionen darüber, welche Art von Projekten in den entsprechenden Ländern überhaupt sinnvoll sind. Im Lauf der Jahre stellte sich auch heraus, daß nicht die fachlichen Fähigkeiten von Entwicklungshelfern für den Erfolg der Arbeit entscheidend sind, sondern das Einfühlungsvermögen in andere Kulturnormen und die Kenntnisse über die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Abhängigkeits-, Ausbeutungs- und Widerstandsstrukturen. Diese Kenntnisse sind umso wichtiger, als der DED überwiegend in kleineren Projekten zugunsten marginalisierter Bevölkerungskreise arbeitet. Daraus ergeben sich nicht nur die politischen Diskussionen über die Verhältnisse im Land (z.B. über die Probleme, die eine zu fördernde ländliche Genossenschaft mit der staatlichen Agrarpolitik und dem wuchernden Zwischenhandel hat), sondern auch über die angemessenen Schritte eines Entwicklungshelfers: den Einheimischen keine Rezepte aufdrücken, sie nicht in finanzielle Abhängigkeit treiben, ökologische Schäden vermeiden, die Auswirkungen der angestrebten Veränderungen auf die Stellung der Frauen und die Familien berücksichtigen, etc. Diese Erfahrungen wurden in den "Grundsätzen und Kriterien" des DED zusammengefaßt, an denen seit 1975 gebastelt wurde, bis sie 1982 endlich verabschiedet wurden, und deren besondere Betonung die Bonner Bürokraten nun heftig kritisieren. Nach diesen "Grundsätzen" soll sich die Arbeit des DED an die Benachteiligten wenden bzw. benachteiligte Regionen fördern, zur Selbstversorgung und Unabhängigkeit des Landes beitragen, keine einheimischen Fachkräfte verdrängen, und die Entwicklungshelfer sollen die Fähigkeiten erwerben, sich den Vorstellungen und Bestrebungen der Einheimischen unterzuordnen, sich - wenn nötig - auch kritisch mit der Politik der Bundesrepublik gegenüber der Dritten Welt auseinanderzusetzen und nach ihrer Rückkehr ihre Erfahrungen sinnvoll in unserem Land einzusetzen.



Es gibt für die gesamte Entwicklungshilfe keine Erfolgsbilanz, da das Geschick der Länder von der Außenpolitik und den Weltwirtschaftsinteressen der Industrieländer bestimmt wird. Aber der große Vorteil des DED ist, daß er den Schaden, der normalerweise von Ausländern angerichtet wird, sehr gering hält und sich dabei von anderen bundesdeutschen Institutionen sehr positiv abhebt. Die jemenitische Regierung z.B. hob die Arbeit von DEDlern

gegenüber der Arbeit hochdotierter GTZ-"Experten" hervor, und in Peru suchten diese Experten bei DEDlern angesichts der katastrophalen Wirtschaft im Land um Rat nach; sie wußten nicht mehr, wo es weitergeht.

In dieser Art von Arbeit ist aber natürlich auch die Kontroverse von Entwicklungshelfern und Bonner Bürokraten angelegt, bei der sich zwangsläufig die Entwicklungshelfer quasi zu Verteidigern des "Südens" gegen den "Norden" machen. In alter obrigkeitstaatlicher Tradition verfolgen die BMZ-Beamten die Linie, Diskussionen und kritische Anfragen, meist in Form von Briefen oder Presseerklärungen, mit Nichtbeachtung bei gleichzeitigem Druck auf den DED insgesamt zu beantworten. Die Tatsache, daß die Bonner Entwicklungspolitiker bei jeder Diskussion mit erfahrenen Entwicklungshelfern den Kürzeren ziehen würden, kann die wütenden Reaktionen nur z.T. erklären; angesichts eines DED, dessen Entwicklungshelfer gute Arbeit leisten, die hierzulande niemand weh tut, und dessen Etat nur 1% (!) des BMZ-Etats ausmacht, könnte sie das schreckliche Recht auf Meinungsfreiheit auch noch über sich ergehen lassen, ganz "gelassen", wie Helmut Kohl zu sagen pflegt. Offensichtlich tritt aber hier ein eigentümliches Gesetz innerer Unterdrückung in Bürokratien in Kraft, zu deren Zweck eine ganze Schlachtordnung aufgebaut wurde: Zu ihr gehörten der Haushaltsausschuß des Bundestags, der über die Gelderverteilung des jährlichen Bundeshaushalts - auch für den DED - entscheidet, der Bundesrechnungshof - der im Auftrag des Parlaments die Ausgabe öffentlicher Gelder überprüft (eine theoretisch sinnvolle Einrichtung zur Begrenzung kleinerer und mittlerer Korruptionsfälle) und die für den DED zuständige BMZ-Abteilung (Näheres nachzulesen in der taz vom 1.10.84, S.8). Der Haushaltsausschuß drohte mit Mittelsperre, wenn sich die Verhältnisse im DED nicht ändern würden, der Bundesrechnungshof suchte nach Beweisen für finanzielle Schlampe, um Auswahl und Vorbereitung der Entwicklungshelfer inhaltlich angehen zu können, und die Stelle im BMZ, die über die jeweilige Verwendung der Gelder im DED wacht, mischte sich in ungekannter Weise in die laufenden Geschäfte; angeblich hatte die Mitbestimmung den Geschäftsführer an den Rand gedrängt; in Wirklichkeit aber wurde er vom BMZ zum Hausmeister gemacht: jegliche Werbung für Nicaragua wurde verboten und die sofortige Halbierung des dortigen Programms gefordert, die jetzt aufgrund eingegangener Verpflichtungen etwas langsamer bis Anfang 1986 erreicht wird; die Personalpolitik im DED wird vom BMZ bis zum Abschluß der "Neuordnung" kontrolliert.

#### Die Zukunft

1) Man kann angesichts der strukturellen Abhängigkeitsverhältnisse des DED von BONN nur darüber staunen, daß er während der letzten acht Jahre überhaupt ein solches Maß an innerer Freiheit erleben konnte. Außenstehende wunderten sich, daß so etwas im öffentlichen Dienst möglich war oder vermuteten dahinter eine besondere Perfidie des "Staates". Möglich wurde diese Freiheit aufgrund der Reformbewegung Ende der 60er Jahre, die die Studentenbewegung und die regierende SPD so eigenartig vereinte.

2) Die Wendebewegung heute erfaßt wieder einmal alle Kreise, und es liegt ebenso wie 15 Jahre vorher eine eigenartige Gemeinsamkeit in der mehrheitlichen Wahl der CDU an die Macht und dem Ausstieg aus dem Sozialstaatsnetz. Für den DED bedeutet das z.B. eine Veränderung in der Bewerberstruktur; die Engagierten von damals starten heute eigene Initiativen und brauchen dafür keinen DED. Und die ehemals optimistischen Diskussionen über revolutionäre Veränderungen in der Dritten Welt sind einer bleiernen Lähmung der entwicklungspolitischen Diskussion gewichen; neuere Themen wie die Ökologie- und Frauenfragen wurden im DED zwar von Einzelnen immer wieder angesprochen, versandeten aber immer wieder in der allgemeinen Unlust der Mitarbeiter. So war auch die Mitarbeiterkonferenz im September kein Ort der schöpferischen Unruhe mehr sondern eher der resignierten Taktiererei, mit der Bonn nicht zu sehr gereizt werden sollte. Daß sich Köhler den Termin dieses obersten Mitbestimmungsgremiums für seine öffentlichen

Angriffe aussuchte, weist auf die Schwäche der einen und das Gespür der anderen dafür hin.

3) Der DED hat aufgrund seiner ungewöhnlichen Entwicklungshelfer der BRD ein Image im Ausland verschafft, das keineswegs den Realitäten entspricht. Alle jetzt von Bonn beim DED angestrebten Veränderungen führen zu seiner Dequalifizierung und Technokratisierung, die Fehlschläge werden zunehmen und "dem Ansehen der BRD" schaden.

4) Weder wird der DED abgeschafft, noch die Mitbestimmung hinsichtlich ihrer Arbeitseffektivierung. Und nach dem allgemeinen Trägheitsgesetz werden auch die Änderungen im DED viel langsamer durchgeführt als zunächst befürchtet. Aber die wenigen Höhepunkte, bei denen man glaubte, im DED herrsche eine febrile Atmosphäre spannender Dritte-Welt-Diskussionen, weichen spätestens jetzt dem lähmenden bürokratischen Stumpfsinn, der latent immer vorhanden war, und dem Zynismus der Mitarbeiter.

5) Wenn auch einige Mitarbeiter gegangen sind, weil sie ihr Leben anders besser zu gestalten glauben, bleiben doch immer noch genügend übrig, mit denen sich auch von außen, auch von Seiten der Solidaritätsgruppen eine Zusammenarbeit lohnt. Man sollte sie nicht abschreiben und den Bonner Bürokraten überlassen, sondern mit ihnen zusammen vernünftige Projekte aushecken und technokratische verhindern. Auch in nächster Zeit wird man noch ganz gut als Entwicklungshelfer in dieser Institution arbeiten können, wenn man einfach so selbstbewußt ist, die Alternativbewegung in diesen Apparat hineinzutragen.

Interessenten sollten sich mit der "Unabhängigen Vereinigung ehemaliger und aktiver Mitarbeiter des DED e.V." in Verbindung setzen (c/o Jenner-Jahn, Fredericiastr. 11, 1 000 Berlin 19, Tel.: 030/3028743).

#### UNABHÄNGIGE VEREINIGUNG VON EHEMALIGEN UND AKTIVEN MITARBEITERN & MITARBEITERINNEN DES DEUTSCHEN ENTWICKLUNGSDIENSTES

#### PRESSEERKLÄRUNG

Berlin, den 9.10.1984

Betr.: Bonner Angriffe auf den Deutschen Entwicklungsdienst (DED)

Als ehemalige und aktive Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Deutschen Entwicklungsdienstes (DED) verwehren wir uns entschieden gegen die vom Parlamentarischen Staatssekretär des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ), Dr. Volkmar Köhler, am 27.9.1984 in einer Pressekonferenz aufgestellte Behauptung, im DED herrsche "linkskonformistischer Meinungsdruck", der eine Neuordnung notwendig mache. Die Erklärung, bei dieser Neuordnung gehe es nicht darum, den DED nach dem Wohlgefallen der Bundesregierung maßzuschneidern, ist fadenscheinig.

Wir stellen aus eigener Erfahrung fest:

1) Die Arbeit von mehr als 800 Entwicklungshelfern und -helferinnen in 28 Ländern der Dritten Welt wird von den einheimischen Partnern, darunter vielen staatlichen Stellen, ausgesprochen positiv bewertet. Daß diese Bewertung nicht nur verbale Höflichkeit ist, wird durch die Forderung nach mehr DED-Entwicklungshelfern belegt. Auch die Leitung des BMZ widerspricht dieser Bewertung nicht. Um

so absurder mutet es an, wenn sie freimütige und kontroverse Meinungen von Entwicklungshelfern zu entwicklungspolitischen Fragen als "Fehlentwicklungen" bezeichnet. Kritisches Engagement ist notwendige Voraussetzung für die Arbeit im Entwicklungsdienst.

2) Kritische Meinungsäußerungen von Entwicklungshelfern und anderen Mitarbeiter/innen des DED gibt es seit Ende der 60er Jahre in unterschiedlichem Ausmaß. Ihr Ursprung liegt im erklärten Ziel der vergangenen Bundesregierungen und dem programmatischen Selbstverständnis des DED, daß seine Arbeit sich auf die Unterstützung der benachteiligten Bevölkerungsgruppen in den Entwicklungsländern, auf Hilfe zur Selbsthilfe und auf Minderung von wirtschaftlichen und sozialen Ungerechtigkeiten und Abhängigkeiten richten sollte. Dies steht oft genug im Widerspruch zur faktischen Wirtschafts- und Außenpolitik der Bundesregierung.

In der Entwicklungspolitik gibt es manche Interessen, aber keine fertigen Rezepte. Weder die UNO mit ihrer regelmäßig wiederkehrenden Bestimmung von "Entwicklungsdekaden" noch Staatssekretär Köhler besitzen den Stein der Weisen. Auch Entwicklungshelfer besitzen ihn nicht. Aber sie haben Erfahrungen gemacht. Die darauf basierenden Diskussionsbeiträge sollten von Bürokraten und Ministern, die sich gegenüber Steuerzahlern und Wählern zu verantworten haben, erwünscht sein und ernstgenommen werden.

3) Staatssekretär Köhler hat mit seinen Äußerungen zum DED unmißverständlich klargemacht, daß das BMZ keine kritisch engagierten Entwicklungshelfer mehr sehen möchte. Nach allen in der personalen Entwicklungshilfe bisher gemachten Erfahrungen kommt es aber in erster Linie darauf an, fremde Kulturen und uns unbekannte Strukturen von Arbeitswelten verstehen zu lernen, um das eigene Fachwissen sinnvoll einbringen zu können.

Die vom BMZ offensichtlich angestrebte einseitige Ausrichtung der Entwicklungshelfer bzw. deren Gleichrichtung mit Bonner Ministerialbürokratievorstellungen muß zu einem spürbaren Niveauverlust führen und das bisher ausgezeichnete Ansehen des DED in den Entwicklungsländern schädigen.

4) Das Ansehen des zuständigen Ministeriums - BMZ - bei Entwicklungshelfern war möglicherweise nie sonderlich hoch entwickelt. Das mag zum Teil "naturbedingt" sein, weil nach Richtlinien und Erlassen tätige Karrierebürokraten meist auf anderer Wellenlänge funken, als praktisch denkende und handlungsorientierte Entwicklungshelfer empfangen. Es ist sicherlich auf dem Tiefstand, seit leitende Politiker sich in eklatanten Widerspruch zu den Erfahrungen dieser engagierten Fachkräfte begeben und sich dank ihrer Macht ohne Rücksicht auf Tatsachen durchzusetzen versuchen. Der Sache des Entwicklungsdienstes ist damit nicht gedient.

Ist die Unfähigkeit der Politiker zum Dialog mit kritischen Entwicklungshelfern vielleicht nur Beweis für mangelnde Bereitschaft, die Not in der Dritten Welt ernst zu nehmen?

Sie sind uns eine Erklärung schuldig.

Wer den Dialog im Land nicht führen will, kann den Nord-Süd-Dialog nicht aufrichtig bestreiten.

Ein Widerspruch bleibt ohnehin unauflösbar:

Selbst das BMZ bestreitet nicht, daß Entwicklungshelfer ausgezeichnete Arbeit leisten.

ABER: Ihre Auswahl soll falsch sein.

Und ihr Vorbereitung auf die Arbeit soll falsch sein.

Wie können falsch ausgewählte und falsch vorbereitete Entwicklungshelfer gute Arbeit leisten?

Wir bitten um Aufklärung!

## ARGENTINIEN

### Bericht der Sábado-Kommission

*70 000 Menschen begleiteten die Sábado-Kommission zur Casa Rosada, wo sie am 20. September der Regierung ihren Bericht über das Schicksal der unter der Militärdiktatur Verhaftet-Verschwundenen übergab. Nachdem in den letzten Monaten das Thema Menschenrechte in der veröffentlichten Meinung Argentiniens durch Wirtschaftskrise und Auslandsverschuldung in den Hintergrund getreten war, hat nun die Veröffentlichung der Ergebnisse der Kommissionsarbeit noch einmal die Diskussion angefacht. Jetzt müssen sich Regierung und Gerichte mit den Ergebnissen befassen. Eine politische Entscheidung darüber, was mit den von der Kommission auch namentlich benannten Schuldigen geschehen soll, ist nun nicht mehr hinauszuschieben.*

Die "Nationale Kommission über das Verschwinden von Menschen" (Comisión Nacional por la Desaparición de Personas, CONADEP) wurde im Dezember 1983 von Präsident Alfonsín eingesetzt, um das Schicksal der rund 30 000 unter der Militärdiktatur "verschwindenen" Personen aufzuklären. Diese unabhängige Gruppe unter dem Vorsitz des Schriftsteller Ernesto Sabato sollte innerhalb von 6 Monaten einen Bericht vorlegen. Die Menschenrechtsorganisationen sprachen sich damals gegen die Kommission aus und verlangten die Einrichtung einer Parlamentskommission mit exekutiven Befugnissen. Aus diesem Grund verweigerte z.B. der Friedensnobelpreisträger Perez Esquivel seine Mitarbeit in der Kommission.

Parallel zur Einrichtung der Sábado-Kommission verfügte ein Gesetz zur Reform der Militärgerichtsbarkeit, daß die Verbrechen der Militärs vor Militärgerichten abgeurteilt werden sollten, was ebenfalls auf heftigen Widerstand der Menschenrechtsorganisationen stieß. (Vgl. LN 124, 125)

Der argentinische Journalist Luis Barbieri kommentiert in der peruanischen Zeitschrift Noticias Aliadas (23.8.1984) den weiteren Prozeß dieser Vergangenheitsbewältigung so:

"Die Regierung erreichte mit diesen beiden Maßnahmen zu einem großen Teil ihre damit verfolgten Ziele: Sie wollte vermeiden, daß eine tiefgreifende Untersuchung und eine Verurteilung der für die Repression Verantwortlichen die fundamentalen Institutionen - einschließlich der Parteien und Kirchenhierarchie - erschüttern würden, und sie wollte verhindern, daß die Militärs vereint gegen die Beschuldigungen reagierten.

In den ersten Wochen der Demokratie wurden die Bürger von Informationen über den Terror überflutet. Durch das Land ging eine Welle der Empörung. Aber die Journalisten, Intellektuellen und Politiker hörten bald auf, in diesen Spiegel zu sehen, der ein korruptes und brutales, bis an die Wurzeln vergiftetes Argentinien zeigte, und folgten dem von der Regierung gewünschten Weg. Die schwere Wirtschaftskrise trug dazu bei und gab dem Argument Gewicht, es sei notwendig, die Vergangenheit zu vergessen und das Land jetzt vorwärtszubringen. Indem das institutionelle Argentinien sich von der Idee einnehmen ließ, eine vielversprechende Zukunft könne auf Verbrechen und Ungerechtigkeit aufbauen, zeigte sich wieder einmal die tiefe moralische Krise.

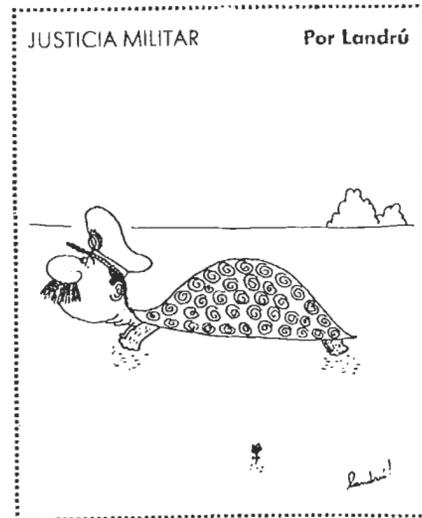
Nach einigen Wochen der Aufregung waren die Militärs wieder beruhigt. In den sechs Monaten seiner Amtshandlungen hat das Hohe Militärgericht kein einziges Urteil gefällt. Mit Ausnahme der Mitglieder der Militärjunta unter General Leopoldo Galtieri (1981-1982), die wegen ihrer Verantwortung für den Malvinenkrieg angeklagt sind, sind die anderen derzeit inhaftierten Offiziere infolge individueller Beschuldigungen seitens der Angehörigen von Opfern der Repression angeklagt. (Bisher wurden 896 Offiziere vor Gericht gestellt. Anm. d. Red. nach Informationen von LARR.) General Jorge Videla, Präsident während der Periode der schlimmsten Repression sitzt in Untersuchungshaft. General Luciano B. Menendez, Kommandant der Garnison von

Córdoba und wahrscheinlich verantwortlich für Konzentrationslager, Folter und Morde in dieser Provinz befindet sich in Freiheit und nimmt - wie viele andere hohe, an der Repression beteiligte Offiziere - an allen offiziellen Akten des Heeres teil. Admiral Emilio Massera (Mitglied der ersten Junta) - verantwortlich für das geheime Haft- und Folterzentrum in der Marineschule ESMA, das mehr als 5000 heute verschwundene Menschen pasierten - ist in Untersuchungshaft wegen Mordes an einem Geschäftspartner in privaten Unternehmen. General Ramón Camps, der gegenüber einer spanischen Zeitung die Verantwortung für das Verschwinden von 5 000 Menschen übernommen hatte, blieb solange auf freiem Fuß, bis die Regierung unter dem Druck der öffentlichen Meinung und unter Umgehung des Militärgerichts ein Dekret erließ, das seine Inhaftierung veranlaßte. Camps war Chef der Polizei von Buenos Aires gewesen. Ex-Präsident General Reynaldo Bignone (1982-1983)

war wegen der Verschleppung eines Soldaten unter seinem Befehl in Untersuchungshaft, Ex-Präsident General Roberto Viola (1981) wegen des Verschwindenlassens eines bekannten Wissenschaftlers; beide wurden wieder freigelassen.

Die Mehrheit der Fälle, die vor Zivilgerichte gebracht wurden, werden vor Richtern verhandelt, die unter der Militärdiktatur ernannt wurden. Nach Angaben der Anwaltsvereinigung von Buenos Aires waren "fast 90% der von der Regierung zur Erneuerung der Justiz vorgeschlagenen Richter bereits unter dem Militärregime im Amt".

Die Arbeit der CONADEP entsprach dann aber doch nicht ganz den Erwartungen der Regierung. Die CONADEP sorgte dafür, daß die Militärs und die Hierarchien von Parteien und Kirche von der öffentlichen Meinung verurteilt wurden. Am 4. Juli präsentierte die Kommission eine Fernsehsendung mit dem Titel "Nunca más" - Nie wieder. In der 90minütigen Sendung kamen Angehörige und Opfer der Repression zu Wort; die Kommission veröffentlichte aussagekräftige Zahlen: zu diesem Zeitpunkt lagen ihr 8 800 Anzeigen wegen verschwundener Personen vor; die Mehrzahl war zwischen 20 und 35 Jahren; 160 waren Jugendliche zwischen 13 und 18; 120 Soldaten wurden aus den Kasernen, wo sie ihren Militärdienst leisteten verschleppt; 52 Verschwundene waren zwischen 55 und 77 Jahren; 172 Kinder wurden zusammen mit ihren Eltern verschleppt.



Diese Beweise für die Repression und die Straflosigkeit der Verbrechen brachten die Regierung in Schwierigkeiten. Sie versuchte einerseits, die Forderungen der Angehörigen teilweise zu erfüllen, wollte aber andererseits die Streitkräfte nicht irritieren; damit provozierte sie jedoch nur die Ablehnung beider Seiten. Auf die Ausstrahlung von "Nunca más" hin legte eine Geheimkommando eine Bombe in der Fernsehstation. Der Innenminister (Troccoli, Anm. d. Red.) erklärte in einer Diskussion, die Exzesse der Militärs seien die unvermeidbare Folge der Subversion gewesen. Dies wurde von allen Menschenrechtsorganisationen, Partei- und Gewerkschaftsführern und Persönlichkeiten, die sich gegen die Repression einsetzten, scharf verurteilt. Eine Stunde vor Ausstrahlung der Sendung sah sich Präsident Alfonsín gezwungen, die wichtigsten Offiziere des Heeres in den Ruhestand zu versetzen, da die Veröffentlichung der Ergebnisse der Kommission eine Krise zwischen Militärführung und Regierung ausgelöst hatte.

Nach Ablauf der für die Kommissionsarbeit vorgesehenen Frist bat die CONADEP um eine dreimonatige Verlängerung ihres Mandats. Das Militärgericht verlangte eine Verlängerung der Frist für die Militärgerichtsprozesse um 30 Tage. Nach Ablauf dieser Frist müßten die Prozesse an zivile Gerichte übergehen.

Die Mütter der Plaza de Mayo und sieben weitere Organisationen legten ein Dokument vor, indem das Fehlen "eines Willens zur Aufklärung der schrecklichen Verbrechen, die von Mitgliedern der Streitkräfte und Geheimdienste begangen wurden" beklagt wurde. Pérez Esquivel kritisierte die "Untätigkeit der Militärgerichte" und die Stellungnahme des Innenministers, denn "die Repression habe sich gegen die ganze Gesellschaft und nicht nur gegen die Subversion gerichtet." Soweit der Kommentar von Luis Barbieri.

Am 20. September nun übergab die Sábato-Kommission ihren lang erwarteten Bericht an die Regierung. 70 000 Menschen folgten dem Aufruf zu einer De-



Ernesto Sábato übergibt Alfonsín und Troccoli den Kommissionsbericht

monstration zum Regierungsgebäude. Die Mütter der Plaza de Mayo nahmen an dieser Kundgebung nicht teil, da sie sich von Anfang an gegen die Sá-bato-Kommission ausgesprochen und mit diesem Fernbleiben auch gegen die Verzögerungstaktik der Regierung protestieren wollten.

Der Bericht der CONADEP umfaßt 50 000 Seiten. Eine 300seitige Zusammenfassung wurde der Presse zugänglich gemacht; diese enthält aber nicht die Namen der beschuldigten Offiziere. Die zentralen Aussagen des Berichts lauten (Übersetzung der wörtlichen Wiedergabe in El Clarín vom 17.-23.9.1984):

- "Zur Zeit der Vorlage dieses Berichts schätzt die CONADEP die Zahl der Personen, die sich weiterhin in der Situation des erzwungenen Verschwindens befinden, auf 8 960."
- "Diese Zahl kann nicht als endgültig betrachtet werden, da die CONADEP festgestellt hat, daß viele Fälle von Verschwundenen ihr nicht angezeigt wurden."
- "Bereits vor dem Putsch vom 24.3.1976 gab es einige Fälle von Verschwundenen. Aber ab dem Zeitpunkt, als das Militär die Macht übernahm und damit die absolute Kontrolle über die Staatsgewalt ausübte, wurde diese Methode verallgemeinert."
- "Der Verschleppte wurde zu einem der damals existierenden 340 geheimen Haftzentren gebracht."
- "Diese Zentren wurden von hohen Offizieren der Streitkräfte und Geheimdienste geleitet."
- "Die Gefangenen wurden unter unmenschlichen Bedingungen eingekerkert und allen Arten von Folter und Erniedrigungen unterworfen. Aus den bisherigen Untersuchungen geht hervor, daß 1 300 Personen in den geheimen Haftzentren gesehen wurden, bevor sie endgültig verschwanden."
- "Die Beweise für die Folter und den Sadismus der Folterer sind erschreckend. Für einige Foltermethoden gibt es keine Präzedenzfälle in anderen Teilen der Welt."
- "Es gibt verschiedene Anklagen wegen Folter an Kindern und Greisen, um deren Angehörige zur Preisgabe von Informationen zu zwingen."
- "Die CONADEP hat 7 380 Akten zusammengestellt, die Anklagen von Angehörigen der Verschwundenen, Aussagen von aus den geheimen Haftzentren Freigelassenen und Erklärungen von Militärangehörigen enthalten."§
- "Aus der Arbeit der Kommission resultiert die Formulierung von Anklagen vor der Justiz, die 1 086 Akten umfaßt; danach muß die Existenz der wichtigsten geheimen Haftzentren, eine unvollständige Liste der Verschwundenen, die in den Zentren gesehen wurden und der Mitglieder der Streitkräfte und Geheimdienste, die von den Opfern als Verantwortliche für die schweren Vergehen bezeichnet wurden, als gesichert gelten."
- "Die Kommission unterstreicht, daß es sich dabei nicht um Exzesse in dem Sinn besonders abartiger Vergehen handelt. Diese Grausamkeiten waren allgemeine und normale Praxis und gehörten zum Alltag der Repression."
- "Die Zerstörung oder das Entfernen der Dokumentation, die minutiös das Schicksal der Verschwundenen festhielt, vor der Regierungsübergabe an die verfassungsmäßigen Autoritäten, erschwerte die Arbeit der Kommission."

Der Bericht der Sá-bato-Kommission kann sicher nicht als die Aufklärung des Schicksals der Verschwundenen gelten, das die Mütter der Plaza de Mayo fordern. Zuviele Fälle sind ungeklärt. Die Zahl der Verschwundenen lag weitaus höher als die von der Kommission angegebene Zahl von 8 960, was sie ja auch selbst bestätigt. Trotzdem ist dies ein sehr wichtiges Dokument, da eine Kommission unabhängiger Persönlichkeiten Beweise gesammelt hat, die nun den Gerichten vorgelegt werden müssen. Außerdem hat die Vorlage des Berichts noch einmal die Diskussion über die Bewältigung der Vergangenheit aufflammen lassen.

Jetzt wird sich die Justiz mit den Anklagen beschäftigen müssen, die die Kommission zusammengetragen hat.

Kurz vor Ablauf der ihm durch ein Gesetz vom 13.12.1983 gesetzten Frist hat das höchste Militärgericht erklärt, daß es zu keinem Urteil gegen die Mitglieder der drei ersten Militärjuntas kommen wird. In der Erklärung vom 25.9.84 heißt es, daß die "Dekrete, Anweisungen und Einsatzbefehle" in den 70er Jahren "in Inhalt und Form unanfechtbar" gewesen seien. Den beklagten Generälen könne nur eine "indirekte Verantwortung" angelastet werden wegen "eines Mangels an angemessener und wirksamer Kontrolle zur Verhinderung, Vereitelung oder Verurteilung der Straftaten, die hätten begangen werden können." Das Gericht begründete dies u.a. damit, daß die Ermittlungen vor allem auf Klagen von direkt Betroffenen oder Angehörigen beruhten, die nur eine "relative Glaubwürdigkeit" gewährleiste. Übereinstimmung in Inhalt und Stil der Klagen ließen den Verdacht zu, die Kläger hätten sich untereinander abgesprochen. Eine Aufklärung der Fälle und die Entscheidung der Schuldfrage sei aufgrund der Beweismittel nicht möglich.

Am 4.9. beschloß daraufhin das zivile Bundesberufungsgericht (Cámara Federal de Apelaciones) den Prozeß gegen die 9 Junta-Mitglieder an sich zu ziehen. Dieses Vorgehen war in dem genannten Gesetz bei "unzulässiger Verzögerung" durch die Militärgerichte vorgesehen. Die übrigen Prozesse gegen Militärs wurden an das Militärgericht zurückverwiesen, ohne daß diesmal ein Datum für die Beendigung festgesetzt wurde. Der Prozeß vor dem zivilen Gericht wird - im Unterschied zu den Militärgerichtsverfahren - öffentlich sein.

Kurz danach erklärten die Generäle Videla und Agosti (Angehörige der ersten Militärjunta von 1976 bis 1979), sie würden sich weigern, vor einem Zivilgericht zu erscheinen, da dies verfassungswidrig (!) sei. Das Gericht wird wohl ihr Erscheinen durch Inhaftierung erzwingen müssen.

General Ramón Camps hatte unterdessen die Frechheit, eine einstweilige Verfügung gegen den Bericht der Sá-bato-Kommission zu verlangen, da in diesem Bericht die Namen beschuldigter Offiziere genannt seien, was ebenfalls der Verfassung widerspreche; auf keinen Fall dürften die Namen der Beschuldigten öffentlich werden.

#### KOMMENTAR

Der Bericht der Sá-bato-Kommission hat die Diskussion um die Verbrechen der Militärdiktatur neu angefacht, die während des Untersuchungszeitraums nach einer ersten Welle von ständig neuen Informationen und Empörung fast eingeschlafen war. Es ist zu hoffen, daß die Öffentlichkeit eines Gerichtsverfahrens gegen die 9 Junta-Generäle dazu beitragen wird, diese Diskussion noch weiterhin im Gang zu halten.

Zu Befürchten ist allerdings das Gegenteil: Eine lange Prozeßdauer mit ermüdender, komplizierter Beweisaufnahme und die drängenden wirtschaftlichen Alltagsprobleme werden die Menschenrechtsdiskussion wieder in den Hintergrund drängen. Die veröffentlichte Meinung der Presse hat Interesse an einigen Sensationsmeldungen, nicht an einer gründlichen politischen Berichterstattung, die dann vielleicht auch die Rolle der heute führenden und in der Militärdiktatur oft kollaborierenden Blätter untersuchen müßte. Keine der Tageszeitung, die die Diktatur überlebten, hat 1976 nicht den Putsch begrüßt. Ähnliches gilt auch für Parteien, Gewerkschaften und Kirchenhierarchie. Die heute regierende Radikale Partei begrüßte 1976 den Putsch gegen die peronistische Regierung. Ihr damaliger Vorsitzender Ricardo Balbín erfand den Begriff der "industriellen Subversion", der den Militärs die ideologische Rechtfertigung des Vorgehens gegen Streikende lieferte. Die Peronisten haben schon vor dem Putsch mit Hilfe ihrer rechten Schlägertrupps und in Zusammenarbeit mit dem Militär mit der Repression begonnen und Menschen "verschwinden" lassen; darüber darf auch die Tatsache nicht hinwegtäuschen, daß das Militär gegen die peronistische Regierung geputscht hat. Die engen

Verbindungen zwischen rechter Gewerkschaftsbürokratie und der berüchtigten AAA (Antikommunistische Argentinische Allianz) sind bekannt. Die Kirchenhierarchie hat bis auf wenige mutige Ausnahmen jahrelang zu den Verbrechen geschwiegen, Bischöfe haben unter der Diktatur Fahnen und Soldaten gesegnet. Diese wenigen Beispiele zeigen schon, wie sehr das institutionelle Argentinien eine wirkliche Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit fürchten muß.

Aber auch "das Volk", das so sehr unter der Repression gelitten hat, wird sich nicht einfach zum Fürsprecher der Forderungen der Madres der Plaza de Mayo nach restloser Aufklärung des Schicksals der Verschwundenen und der Schuldigen machen. Zu verbreitet war vor allem in den Mittelschichten die Zustimmung zum Putsch. Und jeder einzelne müßte sich fragen, was er während der Diktatur getan hat. Es geht nicht nur um echte Kollaboration, sondern um die verbreitete Mitläuferschaft, das Schweigen, das nicht allein - wenn auch zu einem guten Teil - aus der Angst vor der Repression zu erklären ist.

Schon hört man Kommentare, man solle die Vergangenheit ruhen lassen, jetzt komme es darauf an, die Ärmel hochzukrempeln, die Wirtschaft in Gang zu bringen und ein besseres Argentinien aufzubauen. Fragt sich nur, auf welcher Basis dieses neue Argentinien stehen soll. Fast gewinnt man den Eindruck, die Madres seien bald schon wieder die einsamen Ruferinnen und man fragt sich, wann sie zum ersten Mal von einer zivilen Regierung als die "locas", die "Verrückten" (wie die Militärs sie nannten) bezeichnet werden, weil sie gegen den Trend der Zeit auf ihren Forderungen bestehen.

Die Lateinamerika Nachrichten haben vor einigen Wochen eine Abo-Kündigung bekommen, weil der ehemalige Abonent nicht mit unserer Argentinienberichterstattung einverstanden ist. "Ich könnte mir vorstellen, daß manche südamerikanische Nation froh wäre, eine solche Regierung zu haben." Wir können uns das auch sehr gut vorstellen. Aber das kann nicht heißen, daß die LN kritiklos die Regierung Alfonsín unterstützen oder Menschenrechtsverletzungen nicht mehr wichtig nehmen, weil es nur noch wenige sind. Gerade im Sinne einer Solidarität mit der Demokratisierung in Argentinien ist es notwendig, die Defizite und Halbheiten zu sehen. Und solange es noch politische Gefangene in Argentinien gibt, werden wir über sie berichten und zu ihrer Unterstützung aufrufen.

## Politische Gefangene wieder im Hungerstreik

Nach dem Hungerstreik der politischen Gefangenen im Juni dieses Jahres (vgl. LN 128) wurde auf Grund des von den Menschenrechtsorganisationen vorgeschlagenen Gesetzes zur Mehrfachanrechnung der Haftzeit wegen verschärfter Haftbedingungen ein Großteil der Gefangenen freigelassen. Immer noch sitzen 17 politische Häftlinge, die meisten davon seit 1974, im Gefängnis. Sie haben erneut einen Hungerstreik angefangen.

Bei diesen 17 Gefangenen, unter ihnen eine Frau, handelt es sich um lebenslänglich Verurteilte oder um solche, deren Prozeß wieder aufgenommen werden soll. Auf sie fand das genannte Gesetz keine Anwendung. Am 10. September traten sie erneut in Hungerstreik. Wir wissen nicht, ob sie noch im Streik sind, unsere letzten Informationen stammen vom 7. Oktober. Die einzige Frau unter ihnen, Hilda Nava de Cuesta, ist als einzige politische Gefangene in einem Frauengefängnis untergebracht. Sie ist in einem besonderen Trakt isoliert. Es geht ihr besonders schlecht, da sie wegen des Hungerstreiks eine postoperative Behandlung unterbrach. Die anderen Gefangenen haben um besondere Unterstützung dieser Frau gebeten.

Die 8 Menschenrechtsorganisationen fordern weiterhin die Annahme eines Gesetzes, das die sofortige Wiederaufnahme des Prozesses gegen die lebenslänglich Verurteilten vorsieht, wobei sie in dieser Zeit auf freiem Fuß sein sollen.

### NOCH GIBT ES 18 POLITISCHE GEFANGENE

Sie wurden vor Richter der Militärdiktatur gestellt und von ihnen verurteilt.

WIR FORDERN die sofortige Verabschiedung des von den 8 Menschenrechtsorganisationen vorgelegten Gesetzentwurfes, der die Wiederaufnahme der Verfahren und die Freilassung der Inhaftierten vorsieht.

Familienangehörige der aus politischen Gründen Verschwundenen und Inhaftierten

Wir bitten um Unterstützung dieser Forderung durch Briefe und Telegramme an:

Raúl Alfonsín  
Balcarce 50  
Capital Federal  
Argentinien

Botschaft der Republik Argentinien  
Adenauerallee  
5300 Bonn 1

Inhalt:

Ich unterstütze den von den acht Menschenrechtsorganisationen Argentiniens vorgelegten Gesetzesvorschlag.

Ich bitte um die Wiederaufnahme der Verfahren und um die sofortige Entlassung der politischen Gefangenen aus den Gefängnissen.

## BRASILILIEN

### Präsidentennachfolge: Die Kandidaten sind gekürt

Nachdem im April dieses Jahres der Versuch der Oppositionsparteien, auf parlamentarischem Weg ein Gesetz zu ändern, das die Wahl des nächsten Präsidenten durch ein Wahlmännnergremium festlegt, gescheitert war, wurde es zunächst etwas ruhiger in der brasilianischen Politik. Doch während die Millionen, die Direktwahlen zur Präsidenten-Nachfolge forderten, von den Straßen und Plätzen fernblieben, begannen hinter den Kulissen immer emsiger die Verhandlungen zwischen den einzelnen politischen Gruppen. Für die Politiker des größten Teils der Opposition schien die weitere Alternative klar: Wenn es Direktwahlen noch nicht geben kann, dann muß versucht werden, einen eigenen Kandidaten indirekt zu wählen. Daß damit der zentrale Begriff, und vielleicht auch der Inhalt der Kampagne "Diretas Já" (Direktwahlen jetzt) verloren ging, schien für die Berufspolitiker von nachgeordneter Bedeutung zu sein. Für sie stellte sich sodann das Problem, einen Kandidaten zu finden, der sowohl die Unterstützung der Oppositionsparteien hat, als auch die Attraktivität, Teile der Regierungspartei umzustimmen, denn im "Colegio Eleitoral" (Wahlkolleg) besitzt letztere die numerische Mehrheit. Im Juli präsentierte sich dieser Kandidat, der Ex-Gouverneur von Minas Gerais, Tancredo Neves (siehe LN 129).

#### DIE KRISE DER REGIERUNGSPARTEI

Während die Suche nach einem passenden Kandidaten in der PMDB relativ schnell und harmonisch verlief, wurden bei der Regierungspartei PDS die unterschiedlichen Positionen immer deutlicher. Im partei-internen Rennen um die Kandidatur ging es zum Schluß nur noch um Andreazza, Ex-Innenminister, und der Abgeordnete und Ex-Gouverneur von São Paulo, Paulo Salim Maluf. Beide Kandidaten zur Präsidenten-Kandidatur waren jedoch innerhalb der Partei umstritten. Maluf stieß indes bei einem Teil der PDS auf so große Vorbehalte, daß es mehrere Abgeordnete und Delegierte schon vorher abgelehnt hatten, ihn im Falle seiner Ernennung zum offiziellen Kandidaten zu unterstützen. Trotzdem wurde Maluf auf dem PDS-Parteitag im August zum Kandidaten der PDS gekürt.

Die Reaktion hierauf war, daß sich die Gruppe der PDS-"Dissidenten", die bereits unter der Führung von Vize-Präsidenten Aureliano Chaves

im Vorfeld des Parteitages entstanden war, noch weiter wuchs. Selbst die Führungsspitze der Partei war über die Frage der Präsidentennachfrage zerstritten, und dies verschärfte sich noch nach der Festlegung von Maluf's Kandidatur. Auf der anderen Seite versuchte die Regierung, und vor allem Präsident Figueiredo, Einheit zu demonstrieren und Maluf zu unterstützen, wenngleich bekannt ist, daß dieser keineswegs Figueiredo's Idealkandidat ist. Um auch noch ein höheres Maß an Einheit in Partei, Regierung und Administration zu erreichen, laufen inzwischen schon Disziplinierungsmaßnahmen. In wichtigen Positionen sind bereits zahlreiche Anti-Malufisten entlassen worden. Diese autoritären Praktiken zeigen auch, was Brasilien im Falle einer Wahl Malufs erwarten würde.



Tancredo Neves auf einer Veranstaltung im Süden

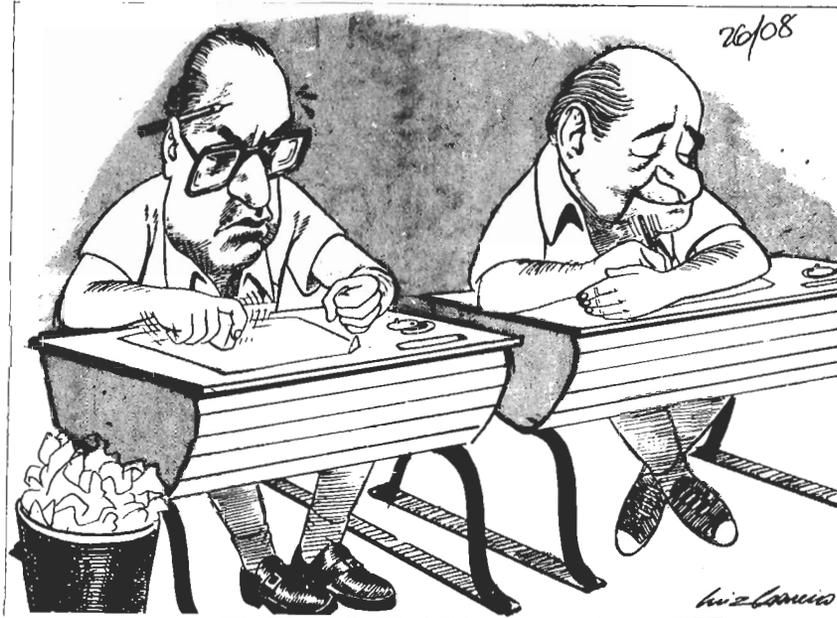
#### DER TAKTIKER TANCREDO

Obwohl die PMDB mehr oder weniger ein künstliches Produkt des Militärregimes von 1964 ist, hat sie die politische Entwicklung der vergangenen 5 Jahre seit der Zulassung anderer Oppositionsparteien relativ gut überstanden. Zwar existieren jetzt noch drei weitere Oppositionsparteien, doch ist die PMDB, ein breites Bündnis, das von Christdemokraten bis zu verbotenen kommunistischen Parteien reicht, die stärkste oppositionelle Kraft geblieben. Allein schon die Unterstützung dieser Partei und ihrer unterschiedlichen Flügel für die Präsidenten-Kandidatur zu erreichen, erfordert einiges an taktischem Geschick. Tancredo Neves besitzt es in so hohem Maße, daß bei der PMDB seine Kandidatur von fast allen Tendenzen unterstützt wurde. Doch sein Geschick und politisches Gespür reichen noch weiter: Er schaffte es auch, die Unterstützung zwei weiterer Oppositionsparteien, der PTB und der PDT, zu erhalten. Und schließlich verstand es Tancredo auch, jene PDS-Dissidenten, die sich inzwischen zu einer "Frente Liberal" (Liberale Front) zusammenschlossen haben und möglicherweise auch eine liberale Partei gründen, hinter seiner Kandidatur zu sammeln.

Daß derlei Unterstützung auch seinen politischen Preis kosten wird, zeichnet sich schon jetzt ab. So hat es die Liberale Front geschafft, José Sarney, PDS-Abgeordneter und bis vor wenigen Wochen noch PDS-Parteivorsitzender, als Kandidat zum Vizepräsidenten der Opposition zu präsentieren. Und wiederum war es Tancredo, der die PMDB dazu brachte, dies zu akzeptieren.

Lediglich die gewerkschaftsorientierte PT und eine kleine Gruppe aus der PMDB versagen Tancredo die Unterstützung, vor allem weil sie nach wie vor Direktwahlen für den nächsten Präsidenten fordern.

Alles in allem scheint Tancredo Neves die Fähigkeit und die Persönlichkeit zu haben, Brückenbauer in einer in 20 Jahren Militärdiktatur zersplitterten politischen Landschaft zu sein.



Maluf (links) und Tancredo (rechts) zählen ihre Stimmen

## DIE WAHLKAMPAGNE

Nur einige Monate nach der bisher größten Massenmobilisation Brasiliens für die Direktwahlen läuft jetzt die großangelegte Wahlkampagne der beiden Kandidaten an. Großveranstaltungen, Ansprachen, ganzseitige Zeitungsannoncen usw. erwecken den Anschein eines Wahlkampfes, als ob er um die Stimmen der Brasilianer ausgetragen würde. In Wirklichkeit geht es aber nur um die Stimmen von einigen hundert Wahlmännern des "Colegio Eleitoral", die am 15. Januar den nächsten Präsidenten Brasiliens ernennen werden.

Tancredo verfügt dank seines Bündnisses mit den PDS-Dissidenten über einen komfortablen Vorsprung von ca. 100 Stimmen in diesem Gremium. Maluf versucht mit allen Mitteln diesen Unterschied zu seinen Gunsten zu verringern. Mit Versprechungen oder Drohungen bemüht sich die PDS in den einzelnen Bundesstaaten die Auswahl der noch nicht feststehenden Wahlmänner für "Malufisten" zu sichern. So ist es

Maluf beispielsweise gelungen, in einem Bundesstaat des Nordostens (Sergipe) die PDS-Abgeordneten auf seine Seite zu ziehen. (das Abgeordnetenhaus jedes Bundesstaates ernennt 6 Wahlmänner für das Kolleg), obwohl der Gouverneur ihm nicht seine Unterstützung zugesagt hatte.

Andererseits zeichnet sich aber eine wachsende Unterstützung der PDS-Gouverneure für Tancredo ab. Die Gouverneure von Rio Grande do Sul und Santa Catarina haben sich schon geweigert, Malufs Kandidatur zu unterstützen. Am 9. Oktober versammelten sich 9 der 12 Gouverneure des Nordostens (alle PDS), um über ihre Konflikte mit der Bundesregierung zu beraten. Diese verzögert im Augenblick die finanzielle Unterstützung für den Nordosten, um so eine Position pro-Maluf zu erzwingen. Dagegen sagten sich die Gouverneure gegenseitige Unterstützung zu, damit es ihnen möglich sei, sich für Tancredo zu entscheiden. Außer Luis Rocha, Gouverneur und Verbündeter von Sarney, haben auch schon Antonio Carlos Magalhaes, Ex-Gouverneur und einflußreichster Politiker des Bundesstaates Bahia, sowie der Gouverneur von Rio Grande do Norte Tancredo ihre Unterstützung zugesagt. Der Absprung von diesen mächtigen Politikern kurz vor der Wahl ist symptomatisch für das Auseinanderfallen der Regierungspartei.

Auch Malufs Kampagne in der Öffentlichkeit, die sein bis jetzt recht negatives Image aufpolieren soll, stößt bislang auf Schwierigkeiten. In Rondonia wurde er zusammen mit Präsident Figueiredo auf einer Veranstaltung von mehreren Tausend Personen mit Buh-rufen begrüßt. In Sergipe erreichten ihn Tomaten und Eier von aufgebracht demonstrierenden PDS-Dissidenten Sarney, sagen ihm Berichte des Geheimdienstes "Störungen" seines Besuchs voraus.

Tancredo hingegen scheint die Unterstützung der Massen sicher. Selbst seinen Verbündeten vom PDS konnte er die Auspiffe ersparen. In Rio, Goiania und im Süden waren seine Veranstaltungen die Wiederbelebung der Bewegung für die "Diretas já", die jetzt zu "Tancredo já" geworden ist. Trotzdem geht Tancredo vorsichtig mit diesen Massenbädern um, weil er weiß, daß ihm dadurch die Sympathie von den Militärs und den konservativen Unternehmern verloren gehen kann.

## STEHT TANCREDOS SIEG NICHTS MEHR IM WEG?

Welcher Stellenwert kommt den Erklärungen von hohen brasilianischen Militärs zu, die vor dem Abgleiten in das "Chaos" warnen oder wieder das Gespenst der roten Unterwanderung an die Wand malen (und als Beweis z. B. die Anwesenheit von roten Fahnen kommunistischer Parteien bei den Veranstaltungen Tancredos anführen)? Es scheint, daß die Militärkreise nervös geworden sind, weil ihre ursprünglicher Plan (ziviler ihnen genehmer PDS-Nachfolger für Figueiredo) nun nicht unbedingt in Erfüllung geht. Tancredos gute Verbindungen zu Teilen des Militärs (z.B. der Marine) bürgen dafür, daß es unter einer von ihm geführten Regierung nicht zur Verfolgung von früheren Verbrechen von Militärs kommen würde. (Letzteres wird von den Militärs selbst als die Gefahr des "Revanchismus" umschrieben.) Da aber Tancredo auch für die Militärs ein akzeptabler Kandidat ist, wird eine Putschgefahr allgemein ausgeschlossen. Allerdings bliebe dem Militärregime immer noch die Möglichkeit, das Mandat von Präsident Figueiredo zu verlängern. Die Warnungen könnten wohl eher der Versuch sein, von Tancredo möglichst viele Zugeständnisse zu bekommen, die jeden "Revanchismus" ausschließen, im Falle seiner Wahl den Geheimdienst und das Verteidigungsministerium mit einem Militär zu besetzen, sowie ihre Posten und Pfründe in den staatlichen Unternehmen zu bewahren. Tancredos Vorsicht und vermittelnde Rolle läßt sich gut an seiner Haltung zum Militärputsch von 1964 illustrieren. Während die Linken

und die Linksliberalen dieses Ereignis auch als "Putsch" bezeichnen, gebrauchen alle Sympathisanten des Regimes dafür die Bezeichnung "Revolution von 1964". Tancredo aber spricht nur von den "Ereignissen von 1964" oder dem "Regime der letzten 20 Jahre"...

Wenn Tancredo's Sieg nicht mehr allzu viel im Wege steht, stellt sich dafür um so mehr die Frage nach dem Preis für diesen Sieg. Die "Liberalen Front" hat schon angekündigt, daß sie für ihre Unterstützung des Innenministeriums, des Energieministeriums, des Justizministeriums sowie die Direktion des Banco do Brasil in einer Regierung Tancredo will. Das würde eine Kontinuität in so vielen Bereichen bedeuten, daß das ursprüngliche Vorhaben der PMDB, die radikale Demokratisierung Brasiliens und die Umstrukturierung der Wirtschaft dabei weitgehend auf der Strecke bliebe. Nicht zufällig geraten die liberalen Politiker der alten PP (Partido Popular, liberale Partei die sich 1982 zum größten Teil in die PMDB integrierte) immer mehr in den Vordergrund dieser Kampagne. Tancredo's Sieg bedeutet nicht unbedingt einen Sieg der bisherigen Oppositionspartei PMDB, sondern der "Liberalen" von PDS und PMDB, die sog. "Aliança Democrática". Zudem rechnen viele damit, daß der jetzt 74jährige Tancredo sein Mandat nicht bis zu Ende ausüben könnte. Dann übernehme sein Vize Sarney die Präsidentschaft. Unter diesen Umständen können die alten politischen Eliten wieder vorläufig vor abrupten Veränderungen sicher sein.

Quellen: Veja, Senhor, Globo, Jornal do Brasil, Folha de Sao Paulo



## CHILE

### Wer spaltet wen?

Die chilenische Opposition gegen die Diktatur des Staatspräsidenten General Augusto Pinochet ist sich zwar über das Ziel, nämlich das Ende der Diktatur, einig. Über den Weg dahin herrscht aber Ratlosigkeit. Der für den 30. Oktober vorgesehene Generalstreik, der außer dem Protest gegen die jüngste Teuerungswelle auch politische Inhalte haben soll, verspricht wenig Aussicht auf Erfolg. Der Diktator hat die Protestwelle des letzten Jahres überstanden und bereitet sich auf weitere dreizehn Jahre "verfassungsmäßiger" Regierung vor.

Die nationalen Tage des Protests, die im Jahr 1983 in monatlichem Abstand stattfanden und mit ihrer wachsenden Wucht das Ende der Diktatur einzuläuten schienen, haben nach der Sommerpause zu Beginn dieses Jahres nicht mehr die gleiche Wirkung zeigen können. Pinochet, die Militärjunta und Innenminister Jarpa haben es verstanden, die Proteste zu überstehen, indem sie je nach Bedarf heftige Repression oder Dialogbereitschaft spüren ließen, um dann nach Beseitigung der unmittelbaren Gefahr wieder zum Alltag der Diktatur überzugehen.

Nach den Protesttagen vom 4. und 5. September, bei deren Unterdrückung die Polizeikräfte insgesamt acht Menschen, darunter einen französischen Priester, töteten, ist die Ratlosigkeit groß. Wie soll es weitergehen? Wie kann die Opposition auf dem Weg zur Demokratie einen Schritt weiterkommen?

Bevor diese Frage gründlich diskutiert werden konnte, nahm die Wirtschaftspolitik die Aufmerksamkeit wieder voll in Anspruch. Am 17. September, am Vorabend des Nationalfeiertags also, verkündete Finanzminister Luis Escobar eine Abwertung des chilenischen Peso um fast 24 Prozent und eine Steigerung der Einfuhrzölle von 20 auf 35 Prozent, um auf diese Weise entsprechenden Forderungen des Internationalen Währungsfonds zur Verbesserung der Außenhandels-situation nachzukommen. Das Ergebnis war eine schlagartige Verteuerung aller importierten und vieler nicht importierten Waren und damit eine Verschlechterung des Lebensstandards aller derer, die von Lohn oder Rente leben und frühestens für Januar mit einer Anhebung rechnen können. Da die Diktatur unter Hinweis auf den Rückgang der Inflation alle Schutzmechanismen gegen die Inflation abgebaut hatte, treffen jetzt die Preiserhöhungen umso härter.

Das war der Anlaß für die Vertreter der wichtigsten Gewerkschaften im Nationalen Arbeiter-Kommando (CNT), für den 30. Oktober zu einem allgemeinen Generalstreik aufzurufen. Allerdings hat sich diese Waffe in der Vergangenheit als ziemlich stumpf erwiesen, weil die ungeheure Konkurrenz um die Arbeitsplätze bei einer realen Arbeitslosenquote von etwa 32 Prozent jeden dauerhaften massiven Streik praktisch unmöglich macht.

Die Einrichtung der Protesttage verdankt ihr Entstehen geradezu der Tatsache, daß sich im Mai 1983 in einer ähnlich dramatischen Wirtschaftssituation ein geplanter Generalstreik als nicht erfolgreich durchführbar erwies. Es ist schwer zu sehen, warum die Situation jetzt günstiger sein sollte. Wahrscheinlich wird man den Einzelhandel und den Transport zeitweilig stoppen können, aber ein wirklicher Durchbruch erscheint auf diese Weise kaum möglich.

Erscheint die Opposition auf der Gewerkschaftsebene noch ziemlich einig, so ergeben sich zwischen den politischen Parteien, die eine relative Handlungsfreiheit genießen, erhebliche Differenzen, wobei die Christdemokraten innerhalb der Demokratischen Allianz (AD) auf der einen Seite, die Kommunisten innerhalb der Demokratischen Volksbewegung (MDP) auf der anderen Seite den Ton angeben.

Deutlich wurden diese Differenzen vor allem wieder Ende September, als Luftwaffenchef und Juntamitglied General Fernando Matthei plötzlich in einem Zeitungsinterview Töne hören ließ, die auf eine Abkürzung der Diktatur als Ziel schließen ließen. Die meisten Sprecher der Christdemokraten und der Radikalen, Sozialdemokraten und Sozialisten in der AD nahmen diese Töne begeistert auf, um sie im Sinne einer Spaltung der Militärs zu interpretieren. Genauer betrachtet erwies sich Mattheis Gerede dann doch wieder als Teil der üblichen Hinhaltenaktik, weswegen sich dann auch Pinochet mit dem Inhalt ganz einverstanden erklären konnte.

Die Kommunisten, der MIR und die mit ihnen verbündeten Teile der Sozialistischen Partei (Richtung Almeyda) gehen auf solche Versuchsballons in der Regel **erst gar nicht ein**. Die Kommunistische Partei hat einen zunehmend starken Anhang in der Jugend der Elendsviertel gefunden, die in ihrer Wut und Verzweiflung auf die Partei setzen, die von der Diktatur als ihr eigentlicher Gegner bezeichnet wird. In diesem Sinne ist die KP längst nicht mehr die klassische Arbeiterpartei, die sie einmal war. Ihren neuen Anhängern kommt sie inzwischen soweit entgegen, daß sie die Gewaltmethoden der Patriotischen Front Manuel Rodríguez mit ihren Anschlägen auf die Stromversorgung öffentlich gutheißt und sogar Verständnis für Raub und Diebstahl der Armen an den Reichen zeigt. Die Möglichkeiten einer Verständigung mit der Demokratischen Allianz werden auf diese Weise immer geringer.

Als lähmend für den Zusammenhalt der Opposition erweist sich vor allem, daß wegen der Spaltung der Sozialistischen Partei eine stärkere Kraft zwischen Christdemokraten und Kommunisten nicht wirksam werden kann. Der 1983 gegründete Sozialistische Block (BS), in dem sich die Sozialisten aus der AD (Richtung Briones - Lagos), die Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre von den Christdemokraten abgespaltenen Parteien MAPU, MAPU-OC und Christliche Linke (IC) und andere Gruppen zusammengefaßt haben, hat zwar immer wieder wichtige Initiativen für eine einheitliche Aktion der Opposition ergriffen. Da aber die Sozialisten dieser Richtung politische Aktivität vor allem in Zusammenarbeit mit den Christdemokraten in der AD suchen und die Sozialisten der anderen Richtung trotz wachsender Kritik an der KP einen Absprung vom MDP zum Sozialistischen Block auch deshalb nicht finden können, haben Christliche Linke und MAPU die Lust verloren, sich schnell in einer großen Sozialistischen Partei aufzulösen, wie sie es ursprünglich vorhatten. Damit hält die Zersplitterung der Opposition an.

Jedermann weiß in Chile, daß ein Ende der Diktatur nur über eine Spaltung der Militärs erreicht werden kann. Gespalten zeigt sich aber heute vor allem die Opposition.

## ...am Grab Allendes

Weit mehr als eine Gedenkfeier hielt die chilenische Opposition am 11. September 1984 am Grab Salvador Allendes auf dem Friedhof San Inés bei Viña del Mar ab. Es glich einer Manifestation, die Militärjunta beseitigen zu wollen, welche Kraft auch immer dazu nötig sei. Zum gleichen Zeitpunkt als Augusto Pinochet in Santiago seine Militärparade abhielt, trafen sich auf dem Friedhof alle oppositionellen Gruppen von den Christdemokraten bis zum MIR - mehr als 5000 Menschen -, um zu zeigen, daß alle Drohungen von Seiten der Junta ihren Kampf gegen die Militärdiktatur nicht stoppen können.

Die Ansprachen der Vertreter aller oppositionellen Gruppen, der Jugendorganisationen, der Poblaciones und der verschiedenen Bündnisse beschrieben im Detail, was Manuel Almeyda als Präsident der Demokratischen Volksbewegung (MDP) folgendermaßen zusammenfaßte: "Mit jedem Tag schreitet unser Kampf gegen die Junta fort. Jeden Tag werden wir entschlossener, stärker, und einiger. Die Mobilisation schreitet voran, und wir werden sie vorantreiben bis wir die Demokratie zurückerobern, im Gedenken an unseren großen Präsidenten Salvador Allende."



Die Kundgebung lief ohne größere Störungen ab, bis sich die Menschenmenge zum geplanten Marsch ins Stadtzentrum von Viña del Mar formierte. Die Carabineros hatten das gesamte Gelände abgeriegelt, schlugen auf die ersten Herauskommenden ein und bombardierten den Friedhof mit Tränengas. Die meisten der derart Eingeschlossenen entkamen durch ein Loch in der Friedhofsmauer über ein angrenzendes freies Hanggelände. Die Zurückbleibenden lieferten sich eine Stunden dauernde Schlacht mit den Carabineros, bei der es mehrere Verletzte und 31 Verhaftungen gab.

Unterdessen verlief in Santiago die Militärparade ungestört. Auseinandersetzungen gab es am Tag nur, als sich Arbeiter der Mindestbeschäftigungsprogramme PEM und POJH weigerten, der obligatorischen Anordnung nachzukommen, die fähnchenschwenkende Kulisse für den staatlichen Aufmarsch abzugeben.

Zu vorgerückter Stunde, zwischen 23 Uhr und 2.30, gab es jedoch in verschiedenen Stadtteilen Santiagos, insbesondere in San Miguel, La Victoria und Pudahuel, schwere Straßenschlachten beim Bau von Straßensperren und Barrikaden. Die dort eingesetzten "Ordnungskräfte" hatten Schießbefehl und ermordeten in der Nacht vom 11. zum 12. September 17 Menschen. Unter anderem einen Vater, der seinem Sohn zur Hilfe eilen wollte, als er sah, daß dieser von einem Carabiniero verprügelt wurde.

Zusätzlich bedienten sich die Carabinieros einer neuen Taktik, indem sie den Barrikadenbau abwarteten und die Beteiligten bei ihrer Rückkehr in ihre Häuser verfolgten, um sie im eigenen Haus vor den Augen der Familienangehörigen zu foltern.

Aus dem Norden Chiles wurden verschiedene Aktivitäten bekannt. In Arica beispielsweise formte eine Frauengruppe vor der Kirche einen Blumentepich mit dem Aufruf "Demokratie jetzt". Auch in Copiapo fanden friedliche Protestaktionen statt.

Immerhin hat die Junta ihre fürchterliche Drohung, den 11. September 1973 zu wiederholen, nicht wahrgemacht. Doch hielten sich die Aktionen der Opposition auch in einem vollständig kontrollierten Rahmen. Die Demokratische Allianz hatte ebenso wie die Demokratische Volksbewegung und der Sozialistische Block bewußt darauf verzichtet, den 11. September zu einem Protesttag zu machen, der wahrscheinlich ein unvorstellbares Massaker heraufbeschworen hätte.

So präsentierte sich die Militärjunta zum elften Mal als "Befreier des Landes" und veröffentlichte zum 11. September gar eine Liste mit den Namen von 4900 Exilierten, die unter keinen Umständen nach Chile zurückkehren dürfen, während alle anderen Exilierten ungehindert in ihre Heimat zurückkehren können. Diese "Großzügigkeit" und "politische Öffnung", wie es Augusto Pinochet in einer einstündigen Rede nannte, dämpfte er im gleichen Atemzug mit der Ankündigung weiterer und massiverer Repressionsmaßnahmen gegen die fortschreitende Opposition.

## KOLUMBIEN

### Waffenstillstandsabkommen mit der Guerilla

Nach monatelangen Verhandlungen, die bis zuletzt auf Messers Schneide standen, wurden Ende August 1984 im Auftrage des kolumbianischen Präsidenten, Waffenstillstandsabkommen mit den Guerillaorganisationen M-19 und EPL (Ejército Popular de Liberación - maoistischer Orientierung) unterzeichnet. Eine ähnliche Obereinkunft mit der der Kommunistischen Partei Kolumbiens nahestehenden größten Guerillagruppe FARC ist bereits seit Mai dieses Jahres, auf zunächst ein Jahr beschränkt, in Kraft. Mit den genannten Organisationen und der kleineren Gruppe ADD (Autodefensa Obrera - trotzkistische Orientierung) hat sich der größte Teil der kolumbianischen Guerilla zu einer Feuerpause mit den Streitkräften bereit erklärt. Nur die ELN (Ejército de Liberación Nacional) und einzelne Verbände der FARC haben sich gegen den Friedensdialog mit der Regierung ausgesprochen und setzen ihre militärischen Operationen fort.

An einem bis kurz zuvor geheimgehaltenen Ort, dem Museum von Antioquia in Medellín, vollzog sich am 23. August der erste Akt einer denkwürdigen Inszenierung, der eingerahmt in pathetische Reden, den Klang von Champagnergläsern und dem Absingen der Internationale, in der Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens mit der EPL gipfelte. Weit volkstümlicher, mit Tanz und Aguardiente, wurde am darauffolgenden Tag der zweite Akt in den Ortschaften Corinto (Cauca) und Hobo (Huila) eingeleitet. Schließlich kam es zur Unterzeichnung des Abkommens mit der M-19 erst mit Stunden Verspätung, nachdem eine nach Corinto anreisende Gruppe von M-19 Mitgliedern in einem Nachbardorf in ein Gefecht mit dem Militär verwickelt wurde und das Abkommen kurz vor der feierlichen Unterzeichnung noch einmal in Frage gestellt war.

Zuletzt jedoch wurde der Pakt von dem aufgrund des bewaffneten Zusammenpralls verspätet und mit verbundenem Arm eintreffenden Comandante Pizarro abgesegnet, genauso wie von den Comandantes Boris (er hatte im April einen Überfall auf die Hauptstadt des Caquetá geleitet) und Rosenberg Pabón, der am 11. August 200 Guerilleros gegen die Industriestadt Yumbo in der Nähe von Cali führte, eine Aktion die sich einen Tag nach der Ermordung von Toledo Plata, einem amnestierten Gründungsmitglied der M-19, durch ein Killerkommando in Bucaramanga ereignete. Sowohl Boris als auch Pabón war aufgrund der erwähnten Aktionen angelastet worden, die Friedensverhandlungen zu sabotieren. Es hatte symbolische Bedeutung, daß sie als Repräsentanten ihrer Organisation die "Friedensakte" unterzeichneten.

Das spektakuläre Ereignis wurde im kolumbianischen Radio im Stile einer Fußballreportage über mehrere Stunden live kommentiert. Die gedruckte Presse verhielt sich distanziert bis aggressiv zurückweisend. Die größte Tageszeitung "El Tiempo" konstatierte beim Präsidenten Belisario Betancur eine "sehnsüchtige Besessenheit nach Frieden", und ein Kommentator der Zeitung "El Espectador" sah bereits die Gespenster des internationalen Kommunismus von Mittelamerika und Cuba her in kolumbianische Gefilde eindringen, nur noch die Wahl zwischen der faschistischen Diktatur Pinochets und der "kirchlich-militärischen" Diktatur Nicaraguas offenlassend: "Mir scheint, daß sich die Regierung zu allem und die Guerilla sich zu nichts verpflichtet".

Einige Punkte, die das Waffenstillstandsabkommen, das in Kolumbien zu Befürchtungen und Hoffnungen Anlaß gibt, vereinbart:

- Der Waffenstillstand zwischen den Streitkräften und der Guerilla tritt zum 30. August in Kraft.
  - darauf aufbauend soll ein "großer Nationaler Dialog" eröffnet werden, der politische, ökonomische und soziale Reformen zum Ziel hat.
  - M-19 und EPL stellen alle militärischen Operationen ein, lassen die in ihrer Gewalt befindlichen Personen frei und entsagen jeglicher Form des Terrorismus.
  - Der kolumbianische Präsident wird den ihm unterstellten zivilen und militärischen Autoritäten befehlen, alle Aktionen gegen die Organisationen M-19, EPL und die Kommunistische Partei ML und gegen deren Mitglieder einzustellen.
  - Die Regierung wird die Generalstaatsanwaltschaft unterstützen, damit diese mit mehr Erfolgsaussichten die Untersuchungen über die Fälle verschwundener Personen und über bewaffnete Gruppen und Institutionen, die Terror und Völkermord verbreiten, durchführen kann. Anzeigen der Komitees der Familienangehörigen und der lokalen Menschenrechtskomitees, werden mit Priorität behandelt und mit Sorgfalt geprüft.
  - Die Regierung leitet die notwendigen Maßnahmen ein, um für alle Kolumbianer die Bürgerrechte wiederherzustellen und diese forthin zu garantieren (freie Meinungsäußerung, Versammlungs- und Organisationsfreiheit, Freiheit sich uneingeschränkt im Land zu bewegen).
  - Die verschiedenen nationalen Kräfte werden zur Teilnahme am "nationalen Dialog" eingeladen.
  - Die Unterzeichner des Abkommens rufen die verbleibenden Guerillaverbände auf, in Verhandlungen mit der Regierung einzutreten, um das Waffenstillstandsabkommen zu erweitern.
- Ohne sie dazu zu zwingen ihre Waffen auszuhändigen, sollen den Guerilleros der genannten Organisationen FARC, M-19, EPL und ADO Möglichkeiten und Sicherheitsgarantien geboten werden, um sich in das zivile Leben zu reintegrieren. Im Rahmen des "Nationalen Dialogs" sollen innerhalb eines Jahres die Weichen für Reformen gestellt werden, die das soziale und politische Leben in Kolumbien verändern. Vorstellungen der Guerilla, wie in den Dialog zu intervenieren sei, gehen aus einem gemeinsamen Kommuniqué von M-19 und FARC hervor: "Wir machen den Dialog via: Demonstrationen, Volksbewegungen in Dörfern, Stadtteilen und



*Paz...  
¿Cuál paz?  
sin tierra,  
sin crédito,  
sin servicios...*

Friede ... Welcher Friede?  
ohne Land, ohne Kredite, ohne  
soziale Dienstleistungen

und Regionen, Kundgebungen in Schulen und Universitäten, Solidaritätsmärschen, über Elternversammlungen, Sport- und Kulturverbände, über die Tarifverhandlungen und Streiks der Arbeiter - und wenn nötig über einen großen nationalen Zivilstreik (paro cívico)". Es bleibt abzuwarten welche Spielräume die politischen Machtverhältnisse Kolumbiens für die vielbeschworene demokratische Öffnung zulassen. Weder in seiner eigenen Konservativen Partei, noch innerhalb des Militärs findet die "Entspannungspolitik" des Präsidenten uneingeschränkte Unterstützung. Die Mehrheit des Kongresses will von "Nationalem Dialog" nichts hören, da sie sich als einzige legitime Volksvertreter verstehen, obwohl sie nur von 30-40 % der kolumbianischen Bevölkerung gewählt wurden. Von aktiven und pensionierten Militärs, dem Industrieverband ANDI und verschiedenen mächtigen regionalen Landwirtschaftsverbänden kolportiert, sind in den letzten Wochen vermehrt Putschgerüchte aufgetaucht, die Präsident Betancur zwingen, öffentlich dazu Stellung zu nehmen, um die Putschgeister verbal auf ihre Ränge zu verweisen.

Auf Hoffnungen und Möglichkeiten oppositioneller Kräfte in den "Nationalen Dialog" einzugreifen, soll im nachfolgenden Artikel, der uns aus Kolumbien erreichte, eingegangen werden. Zum Gegenstand hat er ein Treffen von Repräsentanten regionaler Volksbewegungen, "Basis"bewegungen, die in den letzten Jahren entstanden, um sich gegen Regierungswillkür (Zivilstreiks in Antioquia und Narino - vgl. LN 125) oder gegen die Auswirkungen des Bürgerkriegs im Magdalena Medio unmittelbar zur Wehr zu setzen, oder die Geschicke in die eigene Hand zu nehmen, wenn eine korrupte Zivil- und Militärverwaltung wie im Fall des großen Erdbebens von Popayan 1983, nicht in der Lage ist, das Überleben der Bevölkerung zu sichern.

#### ZEITEN DER VOLKSMACHT?

Vor wenigen Wochen fand ein zwar unspektakuläres aber gleichwohl wichtiges Treffen von sich als "politisch" verstehenden regionalen Bewegungen statt. Die in manchen linken kolumbianischen Publikationen erfolgte Charakterisierung, hier habe die in den verschiedenen regionalen Bewegungen repräsentierte Volksmacht Form und Größe gewonnen, mag zur Zeit noch Euphorie und Übertreibung zugeschreibensein. Aber die Tatsache, daß sich politische Gruppen und Bewegungen auf die Suche nach einer nationalen Koordination begeben -zwecks Beteiligung nicht zuletzt am "Nationalen Dialog"-, und die entscheidenden Diskussionen weniger den parteipolitischen (das gabs natürlich auch) sondern sehr eingehend den regionalen bzw. departamentalen Eigenarten und spezifischen Problemen gewidmet waren diese Tatsache verdient, historisch betrachtet, durchaus eine besondere Hervorhebung. Oder mit den Worten eines Delegierten: "Bisher haben die linken Gruppen in Kolumbien ihr Hauptaugenmerk immer auf die Stärkung ihrer eigenen Ideologie, ihrer eigenen Methodik gelegt, im Hinblick auf einen zukünftigen revolutionären Staat. Und von dieser Sicht aus haben diese Gruppen die realen Probleme betrachtet. Die Regionalbewegungen spiegeln spezifische Probleme wider, die authentisch sind, und aus dieser Authentizität muß die nationale Bewegung erwachsen."

Als Rahmenorientierung der Gruppen gab man zwar "demokratisch" und "sozialistisch" an, aber diese in Kolumbien inzwischen gleichfalls fragwürdig gewordene Begrifflichkeit löste sich in diesem Fall auf in kulturelle regionale Eigenständigkeit, die Notwendigkeit politischer Artikulation auf regionaler Ebene, das so häufig bei anderen Gelegenheiten mißbrauchte "Volk" in seinen unterschiedlichen (in den meisten Fällen so gar nicht revolutionären) Interessen wahrnehmend und von diesen Interessen ausgehend. Letzteres bedingte auch,



*Paz ...  
Cuál paz?  
sin respeto  
a la cultura  
indígena  
Despojados  
de la  
tierra madre...*

Friede ... Welcher Friede?  
ohne die indianische Kultur zu respektieren,  
ihres Bodens beraubt, den sie Mutter Erde  
nennen.

Zwei Themenkomplexe bestimmten den Ablauf des Treffens: 1. Die aktuelle Konjunktur und 2. Mechanismen der Zusammenarbeit.

1. Was bedeuten die zwischen Guerilla-Gruppen und Regierung formal ausgehandelten Punkte Waffenstillstand, Friedensgespräche, Nationaler Dialog und Demokratische Öffnung für die einzelnen Gruppen/Regionen? Zu welchem Zweck will man eingreifen?

Der Waffenstillstand zwischen Teilen der Guerilla und der Regierung sei ein bilateraler Akt gewesen, aber die sich daran anschließenden politischen Projekte müßten multilateral Art sein. Wenngleich man im politischen Bereich ein Auseinanderfallen der Vorstellungen von Guerilla und Regionalbewegungen nach Möglichkeit vermeiden will, so war man sich umgekehrt weitgehend einig, daß man keine weitere Stellvertretung wünscht und Friedensgespräche, Nationaler Dialog auch dezentralen Dialog bedeuten. Oder anders ausgedrückt: Wenn es keine reale Beteiligung der Basis gebe, gebe es auch keinen nationalen Dialog. Und um in Zukunft nicht nur allein gute Bücher und Ideen zu produzieren, einigte man sich auf, im wahrsten Sinne des Wortes, Volksbefragungen auf der Ebene von Stadtvierteln, Dörfern, Gremien, Organisationen etc., um darüber eine breit angelegte Mobilisierung der Bevölkerung auf der Grundlage ihrer Interessen zu initiieren. Eine Mobilisierung, die bereits von ihrer Struktur her auf Vermittlung/vermittelnde Parteien zur Darstellung der Inhalte und politische Transformation verzichten kann.

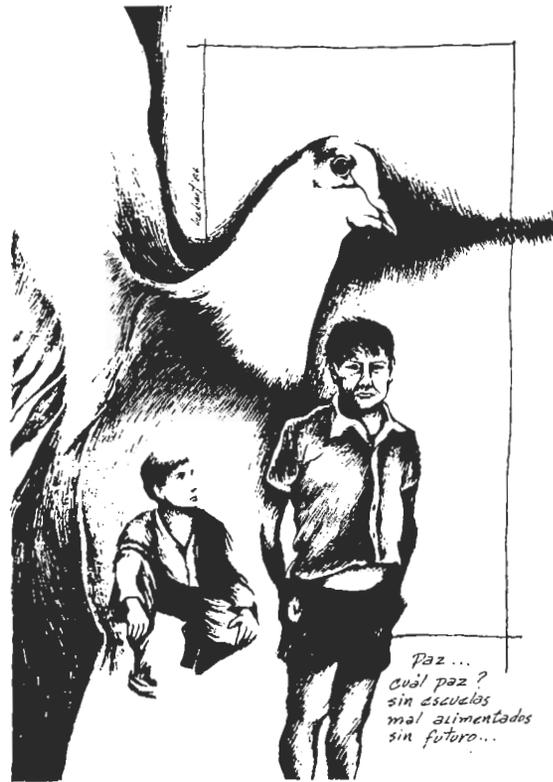
daß die Fülle an verschiedenen Erfahrungen in der Mobilisierung der Bevölkerung nicht als Mangel im Sinne fehlender Einheit, sondern als je wertvoller Beitrag zum Erfahrungsaustausch bewertet wurde, den je verschiedenen Hintergrund und Ausdruck der Gruppen und Bewegungen akzeptierend.

Um nicht selber einer Überbewertung zu verfallen, sei darauf hingewiesen, daß die knapp 50 vertretenen regionalen und lokalen Gruppen und Bewegungen schon allein von der Anzahl her keine umfassende Repräsentation von Bestehendem beanspruchen können. Darüberhinaus besitzen manche der Anwesenden allenfalls lokale Bedeutung; andere, wenige dagegen organisierten bereits regionale "paros cívicos" (Zivilstreik, zu dessen Zweck sich verschiedene, in der Regel einkommensschwache Schichten der Bevölkerung um Probleme im reproduktiven Bereich organisieren; (Ab)wasser-, Elektrizitätsversorgung, Buspreise etc.), oder konnten ihre politische Resonanz unter anderem in Sitze für den Consejo Municipal umsetzen (Consejo Municipal entspricht etwa einem Kreistag).

Daß die abzusehenden Inhalte wenig Neues bringen werden, liegt nicht am Mangel an Vorstellungskraft, sondern an der historischen, strukturellen Unfähigkeit des Staates, seinen, die Mehrheit der Bevölkerung betreffenden (Versorgungs-) Aufgaben nachzukommen. Neu wird vielleicht sein, daß in den vorgesehene Foren alle Facetten der Probleme erhalten bleiben sollen, und z.B. Agrarreform sich nicht allein im Synonym Landverteilung erschöpft. Unter Berücksichtigung regionaler Besonderheiten könnte dann auch Zugang zu adäquaten Krediten, technischer Beratung, das Schaffen von (ländlichen) Informationskanälen ein Hauptpunkt werden. Hier liegt die besondere Relevanz der Regionalbewegungen, auch im Sinne einer Einmischung der Regionen in das bisherige Politikspiel mit der fast ausschließlichen Konzentration auf die Hauptstadt Bogotá. Gleichwohl bestehe die Notwendigkeit, auf der Ebene der nationalen Repräsentation und Koordination der Regionalbewegungen Schlaglichter zu setzen, d.h. einige wenige fundamentale Reformprojekte zu präsentieren. Reformprojekte, die mehrheitlich in den Foren zur Sprache kommen. Man muß kein Prophet sein, um vorauszusagen, daß dies unter anderem Agrarreform, politisch/konstitutionelle Reformen, Entmilitarisierung ländlicher Gebiete oder die Garantie der öffentlichen Ausbildung etc. sein werden.

Die demokratische Öffnung sei Mittel und Voraussetzung, die Freiräume für Aktionen

und die Entwicklung gesellschaftlicher Alternativen zu schaffen, die die Interessen der sogenannten Volksklassen zum Inhalt haben. In diesem Sinne stelle die momentane Amtsführung von Betancur einen ersten Schritt und einen wichtigen Unterschied zu der von Turbaydar, auch wenn sich am Niveau der Lebensgestaltung für die Mehrheit der Bevölkerung keine positive Änderung ergeben habe. Die Teilnahme an den aktuell auch von Teilen der herrschenden Schichten verkündeten politischen Projekten leide sich nicht (so sehr) von der Absicht her, als Institution in Machtzentren vorzustoßen, sondern zuallererst, um Interessen der Basis zu organisieren, die Basis zu mobilisieren. Die nationale Koordination sei eine Notwendigkeit, um zu verhindern, daß in diesem Prozeß regionale Ungleichzeitigkeiten sich in Nachteile verwandeln, und um zu versuchen, diesen Prozeß auf nationalem Niveau real abzusichern - eigenbestimmt und nicht per Delegation an nahestehende Parteien und Gruppen.



*Paz ...  
Cuál paz?  
sin escuelas  
mal alimentados  
sin futuro...*

Friede ... welcher Friede?  
ohne Schulen, schlecht ernährt,  
ohne Zukunft ...

2. Wie kann man sich als Regionalbewegung mittels einer nationalen Koordination in diesen Prozeß einbringen?

Unter dem mehrmals erfolgten Hinweis, Koordination bedeute nicht Direktion, machte man sich daran, gemeinsame begriffliche Grundlagen für die angestrebte Zusammenarbeit untereinander bzw. für die Repräsentation nach außen zu diskutieren und zusammenzutragen. Als entscheidendes Merkmal, auch der internen Zusammenarbeit hob man die regionale Unabhängigkeit der Gruppen und Bewegungen und deren gegenseitige Respektierung hervor. Weitere gestaltformende Bestandteile sind Basisdemokratie, Blockfreiheit im internationalen Bereich (womit auch die ideologische Unabhängigkeit gemeint war, um nicht als Anhängsel externer Ideologiemodelle zu agieren), Pluralismus, Abschaffen des "Clientelismo" und des (auch linken) "gamonalismo" (mit diesen Begriffen bezeichnet man in Kolumbien die paternalistische Politstruktur), die Rückeroberung der eigenen kulturellen Identität und der eigenen Geschichte. Als Ausdruck der Koordination bildete man einen Arbeitsausschuß, der Informationen der teilnehmenden Gruppen sammelt und verteilt, der im Namen der Regionalbewegungen an Veranstaltungen im Rahmen des Nationalen Dialogs teilnehmen, der für eine Aufrechterhaltung, Institutionalisierung des Dialogs zwischen den regionalen Bewegungen sorgen und schließlich weitere Vollversammlungen zur Auswertung der Volksforen organisieren soll.

Kann man nach allen Erfahrungen in Kolumbien von diesem Ausschuß die Bewältigung der Aufgaben erwarten? Inwieweit kann man grundsätzlich von einem Treffen dieser Art Weitergehendes, gesellschaftsverändernde Zukunft erwarten? Gewiß, die nominelle Installierung eines Arbeitsausschusses besagt nichts, vom Problem der schlichten Finanzierung der Arbeit ganz zu schweigen. Die Veranstaltung als solche besagt dagegen schon mehr, als Ausdruck eines Teils der kolumbianischen Linken, die sich hinterfragt und eine neue Identität gewinnt. Ein Treffen, das geprägt ist von Gruppen und Bewegungen, die ihre Existenz auf die aktive Intervention, das selbsttätige Handeln jeder/jedes Einzelnen gerade auch im Alltag gründen, ein solches Treffen weist zumindest eine Richtung. Eine Richtung für Kolumbien, wo die Gängelung der Person, Erblast nicht nur der politischen Geschichte ist. Zieht man allerdings noch einmal den aktuellen gesellschaftlichen Stellenwert der einzelnen Teilnehmer und der Koordination ins Katkül, weiß man, daß es ein langer Weg ist.

## BOLIVIEN-DEUTSCHLAND

### Coca und Nazis

Im Anschluß an unsere Berichterstattung in der letzten Nummer über die Bekämpfung des Drogenhandels in Bolivien, erschien es uns interessant, das Thema Drogenmafia und Verbindung zu alten und neuen Nazis genauer darzustellen. Dieser Artikel wurde uns zugeschickt. Er handelt von der Geschichte langjähriger intimer Beziehungen zwischen dem deutschen Militarismus und den bolivianischen Militärs, und er deutet an, welche Rolle der Kokainhandel in den letzten Jahren in dieser Beziehung spielte

Die deutsch-bolivianische Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet hat Tradition. Nachdem schon seit Anfang des 19. Jahrhunderts diplomatische Beziehungen zwischen Preußen und dem Andenland existierten, kam es "erst" 1911 zur offiziellen militärischen Zusammenarbeit, nachdem der bolivianische Präsident Villazoñ 1910 bei der kaiserlichen deutschen Staatsregierung um die Entsendung einer deutschen Militärmission nachgesucht hatte. Leiter der Mission war der Major Hans Kundt, der bis zu seiner Entsendung dem Generalstab und dem Kriegsministerium angehört hatte. Schon nach wenigen Monaten erfolgreicher Beratertätigkeit wurde Kundt vom bolivianischen Kongreß zum Chef des Generalstabs ernannt, womit der Oberbefehl über das Heer im Frieden verbunden war. Wie es sich für gute Patrioten gehörte, kehrte der deutsche Berater 1914 nach Deutschland zurück, um das Vaterland zu verteidigen und München von der Räteherrschaft zu "befreien". 1926 reiste eine neue Militärmission nach Bolivien, diesmal unter Führung von Oberstleutnant Weber. Und 1928 kam auch Kundt noch einmal --- auf dringende Bitte bolivianischer Militärs - in das unruhige Andenland, um der vom aufständischen Volk bedrängten Militärregierung bei der Niederschlagung der Juni-Revolution von 1930 behilflich zu sein. Diese ruhmreiche Heldentaten verschafften dem deutschen Militarismus bei der bolivianischen Oberschicht einen guten Ruf, der bis zum heutigen Tag unzerstörbar geblieben ist. Noch bis vor kurzem zog man deutsche Söldner anderen ausländischen Repressionsberatern vor.

Ab 1934 wurden neben den amtlichen deutschen Vertretungen in Bolivien auch Parteiorganisationen der NSDAP aufgebaut. Im "Landeskreis Bolivien der NSDAP" waren die "Ortsgruppe La Paz", der "Stützpunkt Oruro", der "Stützpunkt Cochabamba", der "Stützpunkt Santa Cruz", die "Zelle Potosi" und der "Block Sorata" zusammengeschlossen. Nach dem damaligen Direktor der Deutschen Schule in La Paz, Dr. Fritz Kübler, "ist es das Ziel, in unseren Auslandsorganisationen der NSDAP die gewaltige, zukunftsreiche Aufgabe in Angriff zu nehmen und das zu schaffen, was bis jetzt noch fehlte, was in seinen ungeheuren Zielen erst die Idee unseres Führers Adolf Hitler schuf: das auf der ganzen Welt in sich stets geschlossene, im Sinne des Führers einige, zielbewußte und volksverbundene Auslandsdeutschtum als einer kämpferischen Vorpostenarmee unserer nationalsozialistischen Bewegung draußen in der Welt". Mit Hilfe dieser Organisationen sollte auch verhindert werden,

daß - so der gleiche Autor - "die deutschen Kinder dem fremden Volkstum anheimfallen."

Die meisten Geschäftsleute, die im 19. Jahrhundert und in der 20er Jahren dieses Jahrhunderts nach Bolivien auswanderten, ließen sich große und einträgliche Handelshäuser, Sägewerke, Alkoholfabriken und Viehzuchtfarmen errichten. Die bekanntesten Deutschen dieser Kategorie waren und sind z.T. bis heute noch: Elsner, Gasser, Hochschildt, Sickinger, Martins, Nolte, Brandes, Methfessel, Kullmann, Busch u.a. Teile ihrer Familien bildeten das Rückrat der Nazi-Organisationen in Bolivien. Ihr wichtigstes Kommunikationsmittel war der in Chile erscheinende "Westküstenbeobachter". Es war in dieser Zeit der 30er Jahre, in der Zeit der deutschen Barbarei, als die Idee geboren wurde, das östliche bolivianische Tiefland mit Deutschen zu besiedeln.

Hier steht billiges Land zur Verfügung, so hieß es damals, und es ist fruchtbar dazu. Es gibt billige Arbeitskräfte und weite, unbewohnte Landstriche - die darin lebenden Indianerstämme wurden nicht als Menschen betrachtet. Ein ähnlicher Plan tauchte 1978 wieder auf, als 150.000 deutschstämmige Siedler aus dem südlichen Afrika (Südafrika, Namibia, Rhodesien/Zimbabwe) mit bundesrepublikanischer Hilfe nach Bolivien umgesiedelt werden sollten. - Damals kam diese Idee zum ersten mal in einem Schreiben des deutschen Konsuls Heinrich Schnack Mitte der 30er Jahre zum Ausdruck: "Ich habe mich seit längerer Zeit bemüht, unsere Regierung auf die Möglichkeit einer Kolonisation des Ostens aufmerksam zu machen. Aber man ist in Deutschland vorerst so stark mit der Binnensiedlung beschäftigt, daß man für Auswanderung kein Interesse hat." Nicht nur dieser erste, sondern auch der zweite Plan von 1978 kann als gescheitert betrachtet werden, obwohl es einigen Hundert Südafrikanern wohl gelungen ist, mit argentinischen und australischen Pässen einzureisen und größere Ländereien im Tiefland aufzukaufen.

Nach dem Ende des 2. Weltkrieges verschwanden natürlich die auffälligen Organisationsnamen wie "Ortsgruppe" oder "Stützpunkt", nicht aber die Organisationsstrukturen als solche. Sie wurden großenteils Bestandteil der seit 1937 existierenden rechtsgerichteten falangistischen Partei FSB (Falange Socialista Boliviana), die in sog. Zellen und bewaffneten Schlägertrupps organisiert war und ist. Beim faschistischen Militärputsch vom 21.8.1971 war die FSB neben der direkten Mitwirkung der Familien Elsner und Gasser die stärkste politisch-militärische Kraft, die dem deutschstämmigen Hugo Banzer zum Präsidentenamt verhalf. Auch ehemals aktive SS-Funktionäre und aktive Faschisten wie Klaus Barbie, Herberg Kopplin ("Ike"), Manfred Kullman, Heinz Lauer, Hans Jürgen Lewandowski, Methfessel, Hans Joachim Stellfeld, u.a. waren mit von der Partie und machten in der darauffolgenden Zeit wieder von sich reden. Unter dieser Militärdiktatur Banzer, die bis 1978 dauerte, wurde die Opposition systematisch verfolgt, gefoltert und zum Teil physisch vernichtet; dank der Hilfe und aktiven Beteiligung deutsche Faschisten. In jener Zeit entstand ein perfekter Repressionsapparat, mit dem systematisch gearbeitet wurde; und mit Hilfe ausländischer Kredite (bis 1978: US-Dollar 3,50 Mio!), die von der Oberschicht und den hohen Militärs auf schweizerische Privatkonten transferiert wurden, wurde das Land wirtschaftlich an den Rand des Abgrundes geführt.

Die von der bolivianischen Bevölkerung erkämpfte demokratische Öffnung Anfang 1978 wurde bereits am 17. Juli 1980 wieder rückgängig gemacht, als General Garcia Meza und Oberst Arce Gomez die Macht gewaltsam und in verfassungswidriger Weise an sich rissen. Garcia Meza machte sich zum neuen Präsidenten und Arce Gomez zum Justiz- und Innenminister. Zwar war das bolivianische Militär an der Durchfüh-

rung auch dieses Putsches beteiligt, aber das Rückrat bildeten diesmal die paramilitärischen Terrorkommandos, die nach dem Vorbild der deutschen SA und SS von Barbie und seinen Freunden aufgestellt worden waren. Sie verrichteten die Schmutzarbeit der Repression: Verschwindenlassen, Foltern und Ermorden politischer Gegner und mißliebiger Personen. Aber sie sorgten auch für den reibungslosen Ablauf der Kokainschmuggelgeschäfte, die hauptsächlich von hohen Militärs betrieben wurden: einem Großteil der neuen Minister - allen voran Arce Gomez - und vielen Staatsbediensteten konnte ihre einträgliche



García Meza



Putsch-General Banzer

Nebentätigkeit nachgewiesen werden. Eigentlich war das Kokaingeschäft die Haupttätigkeit der neuen Machthaber, denn der gesamte Staatsapparat wurde in den Dienst der Kokainmafia gestellt; bis es so offensichtlich und weltöffentlich wurde, daß selbst die USA Druck auszuüben begann. Das Ergebnis dieses sanften Druckes aus dem fernen Norden war nichts weiter als eine Kosmetik: lediglich zwei Minister wurden ihrer Ämter (Arce Gomez und Ariel Coca), nicht aber ihrer Macht enthoben. Eine Anzahl kleiner Kokainhändler ließ man auffliegen, die sowieso nur lästige Konkurrenten waren.

Nach dieser Kosmetik blühte das Kokaingeschäft auf wie nie zuvor. Die persönliche Raffgier von Generälen, Offizieren, ausländischen Söldnern und Paramilitärs, die sich auch auf allen Ebenen des Staatsapparates durchsetzte, gepaart mit der unbegrenzten Macht eines Militärstaates, führte Bolivien dazu, zum ersten Land auf der Erdkugel zu werden, das ausschließlich von einer Drogenmafia beherrscht wurde. Aufgrund des Fehlens jeglicher wirtschaftlicher und politischer Perspektiven und jeglicher staatspolitischer Projektion führte diese Unregierung sehr bald zum totalen Staatsbankrott und zu einer nie dagewesenen Verarmung breiter Teile der Bevölkerung.

Erst unter dem massiven Druck der demokratischen Volksorganisationen, deren treibende Kraft die Gewerkschaften der Berg- und Fabrikarbeiter sowie der Kleinbauern und Landarbeiter sind, gaben die Kokain-Militärs die Regierungsgeschäfte ab - aber nicht ihre Macht. Anfang

Oktober 1982 übernahm die im Jahre 1980 verfassungsmäßig gewählte Regierung unter Siles Zuazo die Amtsgeschäfte im Staat. Die in sie gesetzte Hoffnung, mit den Drogenhändlern und Paramilitärs aufzuräumen, konnte bis heute nicht erfüllt werden.

Welche Rolle nun spielen die deutschen Alt- und Neonazis im Kokaingeschäft und damit im politischen Leben des Landes?

Neben Altnazi Klaus Barbie wurde bald der deutsche Jungfaschist Joachim Fiebelkorn nicht nur wegen seiner paramilitärischen Aktivitäten in Bolivien bekannt. Barbies Arbeit für den us-amerikanischen Geheimdienst CIA und zeitweise für das bundesdeutsche BKA sind mittlerweile öffentlich geworden. Auch Fiebelkorns Verbindung zu italienischen Faschisten. Von den anderen deutschen Neonazis, die im Auftrag der bolivianischen Kokainmafia Söldnerdienste tun, weiß man weniger: Kai Gwinner, bei dessen Vater Barbie 1952 Unterschlupf fand, als er nach Bolivien untergetaucht war, gehört mit zur Partie, Elias Hirsch, Franz Josef Höfle, Köller (El Largo), Manfred Konter und zahlreiche andere, deren Namen (noch) nicht bekannt sind. In der Werteskala der Kokainmafia gelten die deutschen Söldner als besonders zuverlässig. Hinter Ihnen rangieren neben einzelnen italienischen Neo-nazis die französischen und belgischen Fremdenlegionäre, die ihre Lehrzeit im Kongo gemacht haben, und die Südafrikaner.

Nachdem sich am 17. Juli 1980 die illegalen Kokainexporteure Luis Garcia Meza und Luis Arce Gomez mit Hilfe der Armee und einigen paramilitärischen Terrorkommandos an die Macht geputscht hatten, riefen sie die Geheimdienstspezialgruppe Nr. 2 ("Grupo Especial de Inteligencia Nr. 2") ins Leben und beauftragten sie, mit allen wichtigen Kokainexporteuren des Landes Kontakt aufzunehmen. Dieser Auftrag beinhaltete die Auskundschaftung aller im Kokainexport tätigen Personen und Gruppen. Mit Hilfe dieser Informationen, die diese Geheimdienstgruppe in einem Bericht für "Präsident" General Luis Garcia Meza zusammenstellte, schufen sich die neuen Machthaber ein effektives Instrument, das Kokaingeschäft im Lande unter ihre Kontrolle zu bringen.

Neben den zahlreichen Namen, die in diesem Geheimbericht vom 20.12.1980 ("Plan 001.-FRGE") im Zusammenhang von Produktion und Export von Kokain erwähnt werden, kommt auch das klare Ziel der neuen Machthaber zum Ausdruck: Konzentration der Kokainproduktion in wenigen - aber dafür kontrollierbaren - Händen. Um dieses Ziel der Produktionskonzentration zu erreichen, sollen die Kleinproduzenten und -Händler mittels der staatlichen Drogenbekämpfungsbehörde, die auf US-Druck und mit US-Hilfe geschaffen wurde, verfolgt und vernichtet werden. Das von dieser Behörde bei Razzien aufgebrachte Kokain und Kokasulfat soll nicht vernichtet, sondern an übergeordnete staatliche Stellen weitergegeben werden. Die Kokaingroßhändler, die in ihre eigenen Taschen wirtschaften - also solche, die weder für den Innenminister und Barbie-Schüler Arce Gomes noch für Garcia Meza's Kokainring arbeiten - sollen dazu angehalten werden, eine sog. geheime Kokainexportsteuer an die Regierung zu entrichten. Für jedes exportierte Kilo zweitausend US-Dollar. Dies würde ein zusätzliches jährliches Steueraufkommen von gut 200 Mio US-Dollar bringen. "Hätten wir den gesamten Kokain-Industrialisierungsprozeß in unseren Händen", heißt es in o.g. Bericht wörtlich weiter, "und könnten wir alle Klein- und Zwischenhändler ausschalten, dann kämen wir ohne Schwierigkeiten auf eine jährliche Gesamtsumme von 600 Mio US-Dollar". Um diese Größenordnung einschätzen zu können, sei eine Vergleichszahl genannt: Der Wert der jährlichen Einnahmen Boliviens aus dem statistisch erfaßten Export betrug 1981 895 Mio US-Dollar.

In diesem Zusammenhang ist es verständlich, daß die kleineren Kokainproduzenten und -exporteure sowie jene den Machthabern aus der Kontrolle geglittene Kokainringe in diesem Bericht auffällig negativ bewertet werden. Ebenso schlecht kommen jene Gruppen weg, die anderen "anerkannten" und großindustriell arbeitenden Gruppen ins Geschäft rüschten, z.B. durch Entführungen, Überfälle und Morde; und zuletzt auch jene, die unnötiges öffentliches Ärgernis erregen, wie z.B. Söldner, die im besoffenen Kopf alles ausplaudern; oder Paramilitärs, die sich verselbständigen haben und jetzt von Raubüberfällen leben. Interessanterweise äußert sich der Berichteschreiber auch recht unmutig über die deutschen und südafrikanischen Söldner, die - wie alle Paramilitär-s - mit Spezialausweisen des Innenministeriums ausgestattet sind. Sieben von ihnen arbeiten für einen Herrn Suarez und zehn andere für den ehemaligen Präfekten von Santa Cruz und Banzer-Freund Widen Razuk. Ausbezahlt wurden diese Herren angeblich direkt vom Präsidenten des bolivianischen Rechnungshofes, Herrn Aldo Ustariz, für ihre Arbeit in der Absicherung des Kokainexports, wozu im weiteren Sinne natürlich auch die politischen Repressionsmaßnahmen gehören.

Alle wichtigen Kokainexporteure waren mit dem o.g. Besteuerungsprojekt - pro kg exportiertem Kokain US-Dollar 2 000 - von Präsident Garcia Meza einverstanden und bezahlten. Dadurch konnte Präsident Garcia Meza, so die Wochenzeitschrift "Aqui" in ihrer Nummer 74 vom Februar 1983, Hunderte von Millionen Dollars an zusätzlichen Einnahmen verbuchen.

Aus einem Teil seiner illegalen Exporteinkünfte "finanziert Razuk die Aktivitäten des Herrn Carlos Valverde," wird in dem Bericht weiter angemerkt. Carlos Valverde ist seit langen Jahren schon der Chef des FSB, die in den letzten Jahren zu einem Haufen schwerbewaffneter Delinquenten verkommen ist. Unter Banzer war Valverde Gesundheitsminister.

Im o.g. Bericht, der von Oberstleutnant J. Lopez M. unterzeichnet ist, wird bemerkt, daß "Razuk ohne Zweifel der wichtigste Kokainexporteur ist und die bestorganisierte Untergrundstruktur aufgebaut hat. Er selbst bezeichnet sich als persönlichen Freund des Sohnes von Präsident Stössner in Paraguay". Weiter heißt es in dem Bericht, daß Razuk seine "gesamte Produktion über Paraguay nach Europa und den mittleren Osten exportiert". Es ist wohl kein Zufall, daß gerade Razuk's Produktion und Export, die von deutschen Neonazis geschützt und organisiert werden, nach Europa gehen. Es bliebe lediglich noch der Nachweis zu erbringen für die Vermutung, daß westdeutsche und andere europäische Neonazikreise am Weitervertrieb des Kokain in Europa beteiligt sind.

## Zwischenbilanz nach dem Pyrrhussieg

In wenigen Wochen gehen die ersten zwei Jahre der Regierungszeit von de la Madrid zu Ende. Die auf kurzfristige Erfolge hin ausgerichtete Politik hat sich zwar in den Zahlen als Erfolg niedergeschlagen, die Kehrseite dieses Erfolges aber sind die ungezählten sozialen Opfer die dafür erbracht werden, sind die Vertiefungen der strukturellen Verwerfungen und die Zerstörung mühsam errungener Erfolge.

Das erste Thema beschreibt unter Verwendung verschiedener Zahlen den Pyrrhussieg der mexikanischen Regierung, der auch ein Ergebnis weltwirtschaftlicher Anpassungsleistungen ist. Die starke Integration der Schwellenländer in die Weltwirtschaft öffnet ihnen zwar in den Zeiten des Wachstums die Märkte, führt in den Zeiten der Stagnation und der Anpassung aber dazu, daß sie in vermehrtem Maße zu den Kostenträgern dieser Entwicklung werden.

Auch wenn es Mexiko diesmal wieder gelingt den Berg zu erklimmen, zeichnen sich die nächsten Anhöhen aber bereits ab.

So stellt, wie das zweite Thema zeigt, die Bevölkerungsentwicklung das Land in den kommenden Jahrzehnten vor große Probleme. Mexiko ist zwar ein Land der Jugend, aber keines für die Jugend. Im direkten Zusammenhang mit der Bevölkerungsentwick-



MEXICO 1984

lung stehen beispielsweise folgende Problemfelder, der Arbeitsplatzbedarf, die Stadtentwicklung und die zunehmende Unkontrollierbarkeit der Entwicklungen. Wie eine Stadt wie Mexico City im Jahre 2000 mit 32 Mio. Einwohnern noch lebensfähig und funktionsfähig sein soll, kann wohl niemand beantworten.

Das dritte Thema macht deutlich, daß es neben der von oben initiierten Entwicklung und ihrem Niedergang auch noch eine Entwicklung von unten gibt, die sich im Schatten des Finanzdebakels weitgehend unbeschadet entfaltet. Das hier beschriebene Projekt zeigt, daß die mit Fremdkapital finanzierte Entwicklung auf tönernen Füßen steht.

Was dem Land bleibt ist sein Eigenkapital, das sind die Menschen, ihre Träume ihre Kapazitäten und ihr Wille zur Veränderung. Nur wenn das Land vorrangig dieses Kapital zum Wohle aller einsetzt, wird auch die Entwicklung von entsprechen-der Qualität sein.

## EINEINHALB JAHRE NACH DER KRISEBEWÄLTIGUNGSPOLITIK UNTER DE LA MADRID

Während bisher vorwiegend Aspekte aus dem sozialen Umfeld der Krise betrachtet wurden, soll hier noch einmal eine Gesamtbetrachtung der polit-ökonomischen Situation vorgenommen werden. Dabei wird deutlich, welche Bedeutung und Auswirkungen die von der Regierung aufgestellten Ziele haben. Betrachtet man neben den Erfolgen der Regierung,

	1982	1983
- Senkung der Inflation	100%	80%
- Verringerung der öffentl. Ausgaben	17,6%	8,5%
- Positive Zahlungsbilanz (Ausgaben in Mio. \$)	-3.184,7	3.105,9

Quelle: Banco de Mexico, Informe Anual 1983.

auch noch andere Elemente der wirtschaftlichen Entwicklung, dann zeigt sich deutlich, mit welchem Preis diese Erfolge 1983 erkaufte wurden.

- BIP	-5%
- Entlassungen in der Großindustrie	13%
- Gesamtnachfrage	-22%
- Investitionsrückgang	-26%
- Autoindustrie (Produktionsrückgang)	-60%
- Bauwirtschaft	-18%
- Löhne	-36%
- Wert der landwirtschaftlichen Importe in U.S.\$	1,131 Mrd.

Quelle: Punto Critico, numero 138, febrero 1984.

Nachdem das BIP schon 1982 einen Rückgang um 5% aufwies, hat es inzwischen das Niveau von 1979 erreicht. Nähere Betrachtungen zeigen, daß die Produktion von Dauerhaften und Kapitalgütern durch die Entwicklung besonders stark betroffen wurde.

Dagegen läßt sich im Bereich der landwirtschaftlichen Produktion eine leichte Verbesserung der Situation erkennen. So fiel das BIP im Bereich der landwirtschaftlichen Produktion 1981 von 80,3 Mrd. Pesos auf 79,8 Mrd. 1982 und stieg 1983 wieder auf über 82 Mrd. an und bildet so einen der wenigen Lichtblicke der derzeitigen Entwicklung.

Die leichte Erholung in diesem Sektor zeigt, daß es sich bei der Krise ausschließlich um eine Akkumulationskrise der Industrie handelt, mit einem besonderen Schwerpunkt auf den dauerhaften Konsum- und Kapitalgütern.

Die Situation der Auslastungen und Verkäufe der Unternehmen spiegeln sich seit 1981 in sinkenden Börsennotierungen und in einer gesunkenen Gesamtnachfrage wider. Mit am stärksten betroffen war dabei die Autoindustrie. Beim Privatkonsum läßt sich einerseits ein Rückgang der Gesamtnachfrage verzeichnen, bedingt durch die hohe Arbeitslosigkeit und die Preissteigerungen und zum anderen eine Veränderung der Konsum- und Ausgabenstruktur.

#### Veränderungen in der Zusammenstellung des durchschnittlichen monatlichen Haushalts einer Familie

	1977	1983
1. Nahrungsmittel und Getränke	37,39	46,73
2. Kleidung und Schuhe	9,88	9,78
3. Wohnen	17,77	15,72
4. Möbel und Einrichtungsgegenstände	6,21	7,49
5. Gesundheit und persönliche Sicherheit	5,81	6,34
6. Transport	11,25	6,83
7. Erziehung und Freizeit	5,75	4,02
8. Andere Leistungen	5,92	3,10
Total	100 %	100 %

Quelle : Banco de Mexico, primera estimacion, 1983

(Anmerkung zur Statistik: Wie die Datenstruktur und die Herkunft der Statistik zeigen, besitzt diese Statistik für die Unterschicht keine repräsentative Aussage. Sie unterstreicht lediglich die Aussage, daß sich durch die Krise Veränderungen in der persönlichen Ausgabenstruktur ergeben haben, die in den einzelnen Gruppen unterschiedlich stark sind.)

Wie Untersuchungen zeigen, handelt es sich bei der Krise Mexicos sowohl um eine strukturelle, als auch um eine durch die Stabilisierungspolitik verursachte, die die erste überlagert. Denn für den starken Rückgang der wirtschaftlichen Aktivitäten in den letzten eineinhalb Jahren ist in erster Linie die Austeritätspolitik verantwortlich.

Die von der mexikanischen Regierung und dem IWF hervorgehobenen Erfolge in der Inflationsbekämpfung, bei der Senkung der öffentlichen Ausgaben und das Erreichen einer positiven Zahlungsbilanz müssen im Sinne der Entwicklung als zweitrangig angesehen werden.

Zweifel sind angebracht, ob die von der Regierung für 1984 anvisierten Ziele erreicht werden können. Nachdem die Inflationsrate in den ersten 3 Monaten bereits

17% (laut Regierung), 25% (laut UNAM)\*erreichte, ist das Ziel, in diesem Jahr auf eine Inflationsrate von 40% zu kommen, in die Ferne gerückt. Die Regierung hat in den letzten Monaten auch begonnen, in einzelnen Sektoren Zugeständnisse, wenn auch nur minimalster Art, zu machen, um so den massiven Forderungen nach höheren Löhnen etwas entgegenzusetzen zu können. Insgesamt gesehen unterschätzt oder mißachtet die Regierung drei wichtige Faktoren, die den Erfolg des Stabilisierungsprogrammes entscheidend mitbestimmen.

- Die Situation der Entwicklung der Weltwirtschaft, vor allem die Erholung der nordamerikanischen Wirtschaft bildet einen Faktor, dessen Entwicklung nicht in der Hand der mexikanischen Regierung liegt. Diese setzt hier auf eine positive Entwicklung, obwohl langfristig Protektionismus und ein laues Wirtschaftswachstum vorherrschen. Damit muß auch die Hoffnung auf den Ausbau der zukünftigen mexikanischen Exporte gedämpft werden. Der internationale Erdölmarkt bleibt weiterhin unsicher und die Last der Verschuldung wird in Zukunft, wenn die Amortisationen wieder gezahlt werden müssen, noch schwerer werden.
- Die Investitionen des privaten Sektors sind erheblich zurückgegangen. Angesichts der unsicheren polit-ökonomischen Situation und wegen des, durch die Verstaatlichung der Banken erlittenen, Vertrauensbruchs lassen die Privatinvestitionen, auf die die Regierung setzt, nachdem sie durch die Beschneidung der öffentlichen Ausgaben ihren Wachstumsmotor stillgelegt hat, auf sich warten.
- Das Ausmaß der sozialen Kosten und die Folgen der Kürzungs- und Austeritätspolitik stellen den Optimismus der Regierung zusehends in Frage.



Bei den vorgegebenen Einschränkungen und den weltwirtschaftlichen Rahmendaten ist es nur schwer vorstellbar, wie hier eine für das Land erfolgreiche Entwicklung in die Wege geleitet werden soll. Die scheinbaren Erfolge der Regierung sind nur kurzfristiger Art, denn die massiven Kürzungen, auf deren Kosten sie erzielt werden, lassen sich nicht lange durchhalten, dafür sind die strukturellen Voraussetzungen zu ungünstig. So werden beispielsweise in diesem Jahr die Importe wieder erheblich zunehmen. Dafür sind vor allem strukturelle Faktoren verantwortlich, wie z.B. die Importe der ausländischen Unternehmen in Mexico.

\*Universidad Nacional Autónoma de México - Nationale Autonome Universität

Die Zahlungsbilanz wird bereits durch den mehrmaligen Anstieg der U.S.-Primerate in diesem Jahr belastet, die dadurch den jährlich zu bezahlenden Zinsberg der Mexikaner auf 10 Mrd \$ angehoben hat. Die bisherigen Erfolge im Bereich der Bilanzen sind zu schwach, als daß sie schon wieder als tragend empfunden werden können. Die negativen und ungünstigen Strukturen der mexikanischen Wirtschaft werden nicht abgebaut, sondern nur unterdrückt, wie schon so oft in den letzten 15 Jahren. Spätestens mit Beginn der inzwischen erneut gestreckten Schuldentrückzahlung, werden die Belastungen für Mexico wieder wachsen.

Quellen: Direccion General de Estadisticas Agricolas, SPP 1983; Banco de Mexico, Indicadores Economicos, Marzo 1984.

## Bevölkerungsexplosion und Wirtschaftskrise

Die kontraktionistische Austeritätspolitik der Regierung berücksichtigt die demographischen Entwicklungen theoretisch in ihren Plänen; der realpolitische Kurs dagegen weist in eine andere Richtung.

Die vergangenen drei Regierungen haben in den letzten 15 Jahren immer wieder daraufhingewiesen, daß dem Problem des Bevölkerungswachstums nur mit einem entsprechenden Wirtschaftswachstum beizukommen ist. Tatsächlich aber zeigen die Statistiken eindeutig, daß das Bevölkerungswachstum eine Folge der Industrialisierungs- und Wachstumspolitik ist.

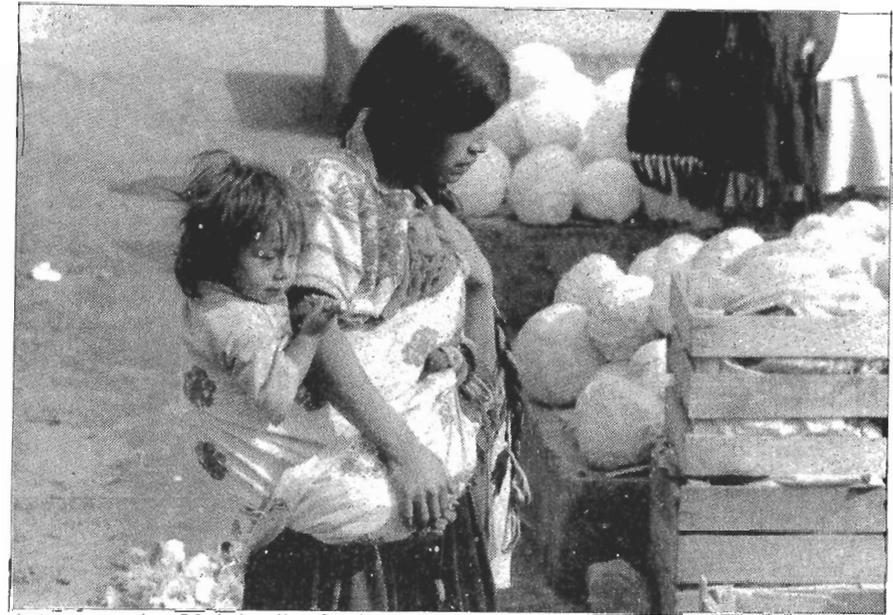
In den 30 iger Jahren lag das Bevölkerungswachstum noch bei 1,7%, in den 40 iger Jahren stieg es auf 2,8%, in den 50 iger Jahren auf 3,1% und für die 80 iger Jahre hofft man, daß das Wachstum unter die 3% Grenze sinkt. Statistische Vergleiche zeigen, daß Wirtschaftswachstumsspitzen mit den Bevölkerungswachstumsspitzen eindeutig korrelieren.

Während das Wirtschaftswachstum rapide Rückgänge aufweist, ist das bei der demographischen Entwicklung nicht der Fall, da sie anderen Mechanismen unterliegt. Seit 1950 ist Mexico um 25 Mio. auf heute 23 Mio. Einwohner angewachsen. Dabei weisen die wirtschaftlich interessanten Regionen über dem Landesdurchschnitt liegende Zuwachsraten auf.

Andere Regionen dagegen hatten einen deutlichen Bevölkerungsabfluß zu verzeichnen, vor allem durch die starke Abwanderung von Arbeitskräften. Zu nennen wären hier Durango, San Luis Potosi, Zacatecas, Hidalgo, Tlaxcala, Puebla, Michoacan, Guerrero, Oaxaca und Chiapas.

Dabei gingen einerseits "Pull-Effekte" von den industriellen Zentren aus und zum anderen gab es "Push-Effekte" durch die Vernachlässigung der Landwirtschaft und der rückständigen Regionen. Eine weitgehend verfehlte Politik hat dazu geführt, daß Mexico, wie ein Symposium der UNAM feststellte, heute weder ein Industrieland noch ein Agrarland ist.

Mexico ist ein Land der Jugend, aber keines für die Jugend. Wie die folgende Abb. zeigt, hat die Bevölkerungspyramide in Mexico eine breite Basis von Kindern und Jugendlichen. Ein "Reserveheer" von Arbeitskräften wartet auf seinen Einsatz. Diese Jugend der Krise ist zu einem Opfer der sozioökonomischen Entwicklung geworden. Die IWF-Politik der Regierung hat auf diese strukturellen und menschlichen Probleme keine Rücksicht genommen. In diesem Punkt versagt auch das IWF-Wachstumskonzept völlig, denn die Erfahrungen der letzten 15 Jahre haben gezeigt, daß diesem Problem mit Wachstum allein nicht beizukommen ist. Das Wachstum wurde bisher immer von einer Minderheit absorbiert, für die große Mehrheit der Menschen



hat es nur den Pfad der Vereindung ausgeweitet. In den letzten Jahren sind mehr als 2 Mio. Menschen arbeitslos geworden. Derzeit nimmt man an, daß etwa 12 Mio. Menschen arbeitslos oder unterbeschäftigt sind. Jährlich drängen etwas weniger als eine Million Jugendliche auf den Arbeitsmarkt. Es ist abzusehen, daß der Präsident in absehbarer Zeit seinen strikten Wirtschaftskurs etwas lockern wird, um ähnlich wie seine beiden Vorgänger die Zügel des Wachstums wieder gleiten zu lassen. Analog der klassischen Ökonomie ging man unter Lopez Portillo davon aus, durch ein Wachstum von 7-8% den 4% igen Zuwachs von Beschäftigten absorbieren zu können. Das gleiche Ziel hatte auch Luis Echeverria verfolgt.

Ein Blick in den Nationalen Entwicklungsplan zeigt, daß auch Madrid dieser Politik treu bleibt. Bei ihm werden lediglich die Wachstumserwartungen etwas niedriger angesetzt. Echeverria halfen die starke Weltwirtschaft und das Öl, Portillo fütterte sein Wachstum durch die Verschuldung und die Petrodollars. Madrid kann auf keine dieser Voraussetzungen ausschließlich setzen, sein Wachstum, so scheint es, soll mit der Substanz der Massen geschaffen werden.

1990 werden 44,2% der Bevölkerung, das sind 38 Mio. zwischen 10 und 29 Jahre alt sein. Schon heute fehlen die Arbeitsplätze, die Schulen, die Wohnungen, die Nahrungsmittel und die erforderliche Politik. So bleibt auch weiterhin die Not eine Realität für viele, eine andere hat es für sie nie gegeben, wie die über Jahre anhaltenden hohen Wachstumsraten zeigen.

Die momentane Situation ist somit für das Volk nicht völlig neu. Neu ist nur der monetaristische Kurs, der den Akzent eindeutig auf die noch stärker ausbeutbare Ressource Mensch legt.

Viele haben es schon lange aufgegeben, auf Hilfe von der Regierung und deren Pläne zu warten. Sie machen sich auf den Weg in die USA. Im letzten Jahr waren es eine Million Mexikaner, die die 3000 km lange Grenze erfolgreich überschritten. In diesem Jahr rechnet man mit 2 Mio.. Die Grenze bildet bis heute ein wichtiges Sicherheitsventil für die mexikanische Regierung. Ähnlich auch die Maquiladores, auf die an anderer Stelle noch eingegangen wird.

Damit nimmt die Wanderung von Arbeitskräften innerhalb des Landes und in die USA eine wichtige Funktion ein. Die Regierung ist bemüht, diese Schleusen auch weiterhin offen zu halten. Das andere Gebiet auf dem sie bisher ebenfalls tätig geworden ist, ist die Geburtenkontrolle, wobei die Bemühungen hier bisher weitgehend wirkungslos geblieben sind. Erfolge waren nur dort zu verzeichnen, wo auch der Lebensstandard angehoben wurde.

Angesichts dieser Realität bleiben auch die hehren Beschlüsse der Bevölkerungskonferenz vor wenigen Wochen in Mexico hohl. 1988 werden 42 Mio. Menschen im reproduktionsfähigen Alter sein, selbst wenn die Wachstumsrate erheblich sinken würde, wird sich von da an die mexikanische Bevölkerung alle 30 Jahre verdoppeln. Ob Mexico möglicherweise einmal eine ähnliche Entwicklung wie im Iran bevorsteht kann heute niemand sagen, überraschend käme sie jedoch nicht.

Die riesigen Städte entwickeln zunehmend eine Eigendynamik. Der folgende Bericht aus Ajusco bietet ein Beispiel dafür.

Quellen: Plan Nacional de Desarrollo 1983-1988; Wharton Econometric Forecasting Associates, 1983; Banamex, Mexico Social 1983, Indicadores Seleccionados; UNO-MAS-UNO, 9.4.84; u.a.;

## Gegen die Zwangsumsiedlung, für eine ökologische Kooperative

Das sprunghafte und chaotische Wachstum der Großstädte führt, wie bereits aufgezeigt, zu einer Reihe von neuen Problemen und Konflikten. Jenseits aller Verschuldungsfragen kämpfen Millionen in den Armenvierteln um menschenwürdige Lebensbedingungen. Rund um die Ballungszentren konzentrieren sich neue soziale Kräfte.

Diesen städtischen Volksbewegungen dürften bei der zukünftigen gesellschaftlichen Umgestaltung wichtige Rollen zufallen. Die Verschuldungsdiskussion stellt im Rahmen des gesamten Umbruchs lediglich ein Merkmal dar.

Im Süden von Mexico City liegt die Sociedad Cooperativa Bosques del Pedregal en Lucha, S.C.L., Tlalpan. Nach der Metrostation "Universidad" geht es den Ajusco hinauf, vorbei an Luxusvillen, Tennisplätzen, der mexikanischen Variante von Disneyland und amerikanischen Colleges zur Wohnsiedlung Bosques del Pedregal. Seit 1976 kommen die Menschen hierher und besetzen das Land. Es sind landlose Bauern mit ihren Familien, die sich in der Stadt höhere Überlebenschancen ausrechnen. "Wenn ich daran denke, wie wir Tag für Tag geschuftet haben und doch nichts zu essen hatten, will ich nicht mehr dahin zurück." Des weiteren Familien aus dem Stadtkern, die Mietwucher und Bodenspekulanten vertrieben haben. Und nicht wenige kommen aus anderen Colonias Populares, wie man die mexikanischen Armenviertel nennt.

Die Regierung selbst beabsichtigt, diese Menschen zwangsweise umzusiedeln. 10 000 Familien, das sind mehr als 50 000 Personen würden auf diese Weise erneut vertrieben. Durch die starke Unterstützung aus dem Ausland durch Karten, Telegramme und Finanzmittel konnten die Menschen dort bisher ihre Position gegenüber der Regierung halten.

"Wir sind nun mal Exempel in den Augen der Regierenden. Alles was man hier sieht, den Kindergarten, das medizinische Zentrum, die Häuser, die Straßen, die Schule, die Bibliothek u.s.w. haben wir selbst erbaut. Jedes Wochenende arbeiten mehrere hundert Menschen. Alle beteiligen sich. Von der Regierung haben wir bisher noch keinen Peso erhalten. Sie will uns vertreiben, damit sich hier die Superreichen im geplanten nationalen und internationalen Touristenzentrum vergnügen können."

Nachdem sie alles selbst aufgebaut haben, "ordnet" die Stadtverwaltung die Besitzverhältnisse. Obwohl das Land den Genossenschaftsbauern regulär abgekauft wurde, erkennt der Staat diesen Handel nicht an. Das Land wurde

nach der mexikanischen Revolution landlosen Bauern als genossenschaftlicher Grundbesitz (Ejido) zur Bebauung übergeben und nicht zum Verkauf.

"Ordnung der Besitzverhältnisse" heißt das von Millionen Menschen gefürchtete Schlagwort: Der Staat enteignet die Genossenschaftsbauern gegen eine Entschädigung. Die unrechtlich angesiedelten Familien müssen dem Staat nochmals für den Boden bezahlen. Und diesmal einen viel höheren Preis, denn die Anschlüsse an das öffentliche Licht-, Wasser- und Verkehrsnetz usw. müssen mitbezahlt werden. Egal, ob sie die Leitungen selbst verlegt, die Kanäle und Straßen selbst gebaut haben.

Doch die Leute von Bosques wollen diese Doppelzahlung vermeiden. Sie haben deshalb das Land besetzt. Es war die letzte offiziell zugelassene Invasion, sie wurde von der Regierungspartei selbst organisiert, aus wahltaktischen Gründen.

"Sie nennen uns "Fallschirmspringer" und Invasoren. Als ob wir vom Himmel oder von einem anderen Stern kämen. Dabei haben wir uns ein Stück Land genommen, auf dem wir leben können, das ohnehin nur Boden 2. Klasse darstellt und nicht bebaut werden kann. Als wir die politische Kontrolle der Regierungspartei dann ablehnten und uns unabhängig organisieren wollten, haben sie uns wieder gewaltsam vertrieben. Dreimal gelang ihnen das, doch wir kamen immer wieder. Wir brauchen doch ein Stück Land, wo wir leben können. Beim vierten Versuch uns zu vertreiben, haben wir uns gewehrt. Das war der Beginn und erste Sieg unserer selbständigen Bewegung.



Heute ist die Wohnsiedlung für ihre Basisdemokratie bekannt. Die 56 Häuserblockvertreter werden demokratisch auf 6 Monate gewählt. Wichtige Entscheidungen trifft die Vollversammlung am Wochenende. Für die ständige Leitung wurde ein 16 köpfiges Komitee gewählt. Daneben gibt es die aus Frauen bestehende Organisation an den Wasserstellen. Hier werden die alltäglichen Probleme besprochen und kurzfristig entschieden. Die Verwaltung und Organisation von längerfristigen ökonomischen Projekten wie den Milchladen, den Markt usw. übernimmt die Genossenschaft. Präsi-

dent, Sekretär und Kassier sind Frauen. Selbst organisierte Aufsichtsorgane lassen niemand von der Regierung in die Wohnsiedlung.

Die Umsiedlung scheint nun definitiv für den Dezember dieses Jahres festgesetzt zu sein. "Nein, ich sehe keinen Verhandlungsspielraum mehr. Die irregulären Wohnsiedlungen am Ajusco verschmutzten die gesamte Umgebung mit ihren Abfällen und zerstörten damit eine wichtige ökologische Schutzsubstanz, eine der letzten Lungen von Mexico City. Kanalisation und Wassersysteme kämen in dem felsigen Lavagestein viel zu teuer."

So die Aussage des Bürgermeisters von Mexico City. Das soll das Ende der Wohnsiedlungen am Ajusco bedeuten. 200 000 Menschen müßten ihre Häuser, ihr Land verlassen. Unter dem Deckmantel des Umweltschutzes bereitet die mexikanische Regierung die größte Zwangsumsiedlung der lateinamerikanischen Geschichte vor.

Großgrundbesitzer wie die Familie Teresa (Verwandte des früheren Präsidenten Lopez Portillo), Carlos Hank González (Ex-Bürgermeister von Mexico City und einer der 10 reichsten Männer der Welt), um nur zwei Beispiele aufzuzählen, spekulieren mit ihren Latifundien auf die Errichtung eines riesigen Touristenzentrums. Sie erhoffen sich aus diesem Geschäft hohe Profite und die mexikanische Regierung Devisen.

Das zeigt, daß es hier nicht um Ökologie allein, sondern vornehmlich um Geld geht. Zur Entkräftung der offiziellen Regierungsargumentation hat die Kooperative in Zusammenarbeit mit einer Gruppe für alternative Technologie in Mexico ein System entworfen, mit dem sich alle organischen und wässrigen Abfälle der Siedlung verarbeiten lassen. Gleichzeitig werden Dünger und Nutzwasser für Gärten, für die Wiederaufforstung und auch nährstoffreiches Wasser zur Fischzucht gewonnen.

Durch Aufforstung mit tausenden von Bäumen (auch Obstbäume) und eine überlegte Terrassierung sollen Verödung und Bodenerosion aufgehalten werden. Diese Terrassen können rampenartig angelegt werden mit Straßen, die für den Autoverkehr zu steil sind und ebenfalls mit Bäumen bepflanzt werden. Errichtung und Bau der Terrassen kann wie auch die Wohnhäuser selbst - billig durch natürliche Materialien der Umgebung erfolgen (Sand, Steine, Lehm). Die Quellen in den höhergelegenen Gebieten werden in Zisternen gefaßt, um die Wasserverschwendung zu vermeiden. Das erlaubt mit Hilfe der Schwerkraft eine Wasserversorgung, die billiger als das traditionelle System ist.

Zentraler Punkt jedoch ist die Wiederverwertung organischer Abfälle als wirtschaftliche Hilfsmittel und die gleichzeitige Schaffung neuer Arbeitsplätze. Herkömmliche Kanalsysteme sind teuer und eine aufwendige Art, um Schmutz von einer Stelle zur anderen zu bringen, ohne das eigentliche Problem der Vermeidung von Umweltverschmutzung zu lösen.

Daher sollen alternative Techniken zur Verarbeitung von Abfällen benutzt werden. Mit dem unter dem Namen S.I.R.D.O. bekannten System ("Sistema Integral de Reciclamiento de Desechos Orgánicos") werden also nicht nur die organischen Abfälle dem Recycling zugeführt, sondern auch wirtschaftliche Hilfsmittel und Arbeitsplätze erhalten.

Unter der Parole: für den gemeinsamen Aufbau einer ökologischen Wohn- und Arbeits-siedlung bitten die Compañeros um Hilfe. Unterstützen wir ihre Forderung durch:

1. Unterschriftenaktionen gegen die Umsiedlungspläne der Regierung: an Presidente Miguel de la Madrid
2. Zusendung von Karten und Telegrammen an: Señor Ramón Aguirre Velasques, Jefe del Departamento del D.F. Plaza de la Constitución y Pino Suarez, Z.P. 1 Mexico D.F.
3. Solidaritätsschreiben und Spenden von Organisationen, Institutionen und Gruppen von Wissenschaftlern an: Sociedad Cooperativa Bosques del Pedregal en Lucha, S.C.L., Apartado Postal 20-819, Administración de correos 20, Mexico 20 D.F.

Weitere Auskünfte und Informationen über dieses Projekt sind erhältlich bei

"I G L A" Mexico-Gruppe  
Münzwardeingasse 2  
A - 1061 Wien



FORSCHUNGS- UND DOKUMENTATIONSZENTRUM  
CHILE - LATEINAMERIKA gemeinnütziger e.V.  
GNEISENAUSTRASSE 2 1000 Berlin 61 030/6934028

### ÜBER DIE WOHLTÄTIGKEIT VON GELDBUSSEN ODER WIE EINE STRAFE DER SOLIDARITÄT DIENEN KANN

Was tun, wenn man von einem Gericht zu einer "Zwangsspende" an eine gemeinnützige Organisation verdonnert wird? Eine Geldbuße ist ja immer etwas Unangenehmes, aber sie kann wenigstens einem guten Zweck dienen, zum Beispiel der Unterstützung des FDCL, das dringend auf Spenden angewiesen ist.

Das FDCL ist jetzt in das Verzeichnis der Richter aufgenommen worden, in dem die Organisationen aufgelistet sind, die mit Geldbußen an gemeinnützige Vereine bedacht werden können. Solltet Ihr also in eine derartige Verlegenheit kommen, könnt Ihr - auch gegen den Vorschlag des Richters - das FDCL als Empfänger benennen. Wir wollen Euch ja trotz unserer finanziellen Interessen keine Geldbußen wünschen, aber wenn schon, denn schon ...

Das FDCL ist seit seiner Gründung 1974 zum größten unabhängigen nichtstaatlichen Archiv über Lateinamerika im deutschsprachigen Raum geworden. Es ist ein Informations- und Kontaktzentrum für die Solidaritätsbewegung.

Im Rahmen des FDCL beschäftigen sich mehrere Arbeitsgruppen mit Themen wie: Rüstungsexport, Bevölkerungspolitik, Multinationale Konzerne; hier arbeiten auch mehrere Länderkomitees. Eine Selbsthilfegruppe von Lateinamerikanern kümmert sich um spezifische Probleme lateinamerikanischer Exilierter in Berlin.

Im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit veranstaltet das FDCL politische Informations- und Diskussionsabende und Seminare, sowie Konzerte, Theateraufführungen, Lesungen, Ausstellungen und Filmabende. Das FDCL hat die Lateinamerika-Tage 1980 und 1982 und die Chile-Tage 1983 gemeinsam mit Berliner Lateinamerika-Gruppen und Organisationen von Lateinamerikanern veranstaltet.

Das FDCL publiziert Bücher und Dokumentationen, in denen wichtige Entwicklungen in Lateinamerika dargestellt und analysiert werden.

Durch Spenden fördert es gemeinnützige Projekte in Lateinamerika.

Das Archiv des FDCL ist öffentlich benutzbar. Unsere Öffnungszeiten sind: Dienstag, Mittwoch und Freitag von 14 bis 18 Uhr.

BEIRAT DES FDCL: Pfr. Heinrich Albertz (ehem. Reg. Bürgermeister von Berlin), Osvaldo Bayer (argentinischer Schriftsteller), Hildegard Blum-Lüning (Journalistin), Heinrich Böll (Schriftsteller), Manfred Coppik MdB, Dr. Ingeborg Drewitz (Schriftstellerin), Erich Fried (Schriftsteller), Prof. Dr. Helmut Gollwitzer (Evang. Theologe), Prof. Dr. Norbert Grahnacher (Kath. Theologe), Prof. Dr. Ernst Käsemann (Evang. Theologe), OKR I.R. Dr. h.c. Heinz Kloppenburg, Peter Lienthal (Filmemacher), Prof. Dr. Dr. Johann Baptist Metz (Kath. Theologe), Klaus Thüsing MdB, Volker von Törne (für Aktion Suhnezeichen/Friedensdienste e.V.), Arbeitsgemeinschaft Kath. Studenten- und Hochschulgemeinden (AGG), GEW Landesverband Berlin, Internationaler Versöhnungsbund deutsche Sektion

POSTSCHECKKONTO: Berlin-West 176966-104  
Bank für Gemeinwirtschaft Berlin West 1617647300

## Letzte Gedanken

Obwohl die Verschuldungsdiskussion noch immer die Entwicklungspolitik und die Auseinandersetzungen um die Weltwirtschaft beherrschen, zeichnet sich bereits eine Abkehr von diesem Thema ab. Die Banken haben ihre großen Auftritte gehabt und die verschuldeten Länder der Dritten Welt können nicht nur glücklich sein, über die Rolle, die sie in diesem Stück gespielt haben.

Der mit dem Fremdkapital erzwungene Fortschritt hat sich als sehr zerbrechlich und zweifelhaft erwiesen. Er hat auch viele neue Fragen aufgeworfen.

Eine Entwicklung ohne Kapital macht das Ganze auch nicht unbedingt leichter. Der lange Weg zwischen Scylla und Charybdis stellt eine große Herausforderung für die verschuldeten Länder dar.

### STICHWORTE

- Die Jahrestagung von Weltbank und Weltwährungsfond, die in Washington Ende September stattfand, hat deutlich gezeigt, daß auch weiterhin die alten neuen Rezepte für die Zukunft Wachstum und wirtschaftliche Anpassung heißen. Selbst wenn, wie angekündigt wird (FR. 10.10.84), sich die Weltbank, der größte Geldgeber der Entwicklungshilfe in einem Prozeß des Nachdenkens befindet und mit den für die afrikanischen Staaten südlich der Sahara vorgesehenen Hilfsprogrammen (Aktionsprogramme), die sich auf rund 2Mrd. \$ belaufen, nicht so sehr industrielle Großprojekte fördern will, sondern vielmehr die primäre landwirtschaftliche Produktion, kann man noch keinen Rollenwechsel der Weltbank sehen.
- Weitere Ergebnisse der IWF Tagung sind die Vereinbarung eines intensiven Dialogs zwischen Entwicklungsländern und Industrieländern über wirtschaftliche und finanzielle Grundfragen, sowie eine geringfügige Kürzung der Kreditmittel des IWF. Im Frühjahr 1985 wollen sich auf einem Sondertreffen die Schuldnerländer und die Industrieländer an einen gemeinsamen Tisch setzen, um weitere Einzelfragen der Verschuldung zu klären. Da die Industrieländer sich gegen Pauschalösungen sträuben, wird es auf dieser Konferenz ebenfalls nur um Modalitäten gehen.
- Anfang Juni brachten die Grünen im Bundestag drei große Anfragen an die Bundesregierung gerichtet ein. Ziel dieser Anfrage sollte sein, eine öffentliche politische Debatte über den Zusammenhang von Hunger in der Dritten Welt und der internationalen Wirtschaftspolitik zu entfachen. Von der Bundesregierung wollten sie unter anderem wissen,
  - welchen Zusammenhang sie zwischen IWF-Auflagenpolitik, Verelendung der Dritten Welt und der Einrichtung von Rechtsdiktaturen sieht;
  - welche Vorstellungen sie von der Lösung der Schuldenkrise hat;
  - ob sie Pläne hat, wie der Zusammenbruch einzelner Banken oder des gesamten Finanzsystems zu verhindern ist und wer ihrer Meinung nach die Zeche zahlen soll;
  - wie die internationalen Finanzierungsinstitutionen so neugestaltet werden können, daß sie weitgehend eigenständige, schuldenfreie Entwicklungswege der Dritten Welt fördern, die unter Berücksichtigung ökologischer Kriterien vor allem die Selbstversorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln und anderen Grundbedarfsgütern sichern.
 (Diese Anfrage der Grünen kann zusammen mit den Antworten der Bundesregierung in der Geschäftsstelle der Grünen in Bonn angefordert werden.)

## REZENSION

### Soja

Soja ist mehr als nur Viehfutter. Während Jahrtausenden wurde die Sojabohne von Menschen direkt konsumiert. Erst das industrielle Zeitalter hat dieses Nahrungsmittel zum Viehfutter gemacht. Es ernährt heute das Tier, welches wiederum den Menschen ernährt. Proteine und Kalorien kann sich der Mensch aus tierischen und pflanzlichen Nahrungsmitteln verschaffen.

Der Umweg über das Tier bringt jedoch große Verluste. Ein Tier muß mehrere Kilogramm von pflanzlichen Proteinen verzehren, bis man daraus ein Kilogramm tierisches Protein erhält.

Die Wiederkäuer ( Rinder, Schafe, Ziegen etc. ) haben die Fähigkeit, für den Menschen unverdauliche Pflanzenbestandteile wie das Gras zu verwerten. Sie liefern Proteine, ohne dem Menschen die Nahrung wegzuzessen.

Bei jenen Tierarten und Zuchtformen, die Futtermittelkonzentrate ( Preßkuchen, Getreide usw.) benötigen, ist dies nicht der Fall. Die industrialisierten Schweine-, Geflügel- und Kälberzuchten zweigen einen ansehnlichen Teil der weltweit zur Verfügung stehenden Proteinmengen für sich ab.

Zwar wäre es unrichtig, tierische und pflanzliche Proteine in eine simple Konkurrenzbeziehung zu setzen: Nicht alle Proteine haben die selbe Zusammensetzung und daher dieselbe Qualität. Aber der Durchgang durch das Tier ist Vergeudung und impliziert zusätzliche Kosten.

Man muß deshalb fragen; warum sollen die pflanzlichen Proteine nicht direkt verzehrt werden? Dies würde im weltweitem Maßstab die Eiweißverschwendung reduzieren. In der westlichen Welt scheint Soja als Futter für die Viehzucht das geworden zu sein, was für das Auto das Benzin ist. Die Sojabohne ist so zur unverzichtbaren Grundlage unseres Stils von Produzieren und Konsumieren geworden.

In einer sachlichen, gut verständlichen Sprache werden die wichtigsten Stationen der Entwicklung dieses " Heiligen Kornes" dargestellt. Detailliert wird der globale und industrielle Vermarktungsprozeß dieser sogenannten Leguminose nachgezeichnet. Dabei wird deutlich, welchen Stellenwert der Sojakomplex in der heutigen Weltwirtschaft einnimmt. An kaum einem anderen Produkt lassen sich die destruktiven Ausbeutungsstrukturen, die von den Industriestaaten gesteuert werden so klar aufzeigen, wie beim Soja.

Die Dritte Welt als Lieferant setzt sich gegenseitig einer mörderischen Konkurrenz aus. Die führenden Soja-Riesen wie Brasilien, Argentinien und Praguay haben die ehemals klassischen Exporteure für Substitutsprodukte wie Senegal, Indien und den Sudan verdrängt.

Die Mechanismen dieser Entwicklung, ihre Auswirkungen auf die Produzenten- und Konsumentenländer werden in diesem Buch nuanciert dargestellt. Für mit der Weltwirtschaft vertraute Leser bietet dieses Buch eine zusätzliche Bereicherung, da es die Realpolitik widerspiegelt, ohne selbst politisch zu sein. Das letztere ist leider auch das große Defizit dieses Buches.

Wenn hier über die Agrarmultis geschrieben wird, die den internationalen Sojaproduktmarkt von der Plantage bis zum Konsumenten beherrschen, dann hätte es sich angeboten auch stärker auf die dazugehörigen politischen Strukturen einzugehen.

Dieses Defizit ist aber noch verkräftbar, da es sich anderweitig beheben läßt. Auf den 100 Seiten dieses Buches erfährt der Leser mehr, als in vielen anderen endlosen Publikationen über weltwirtschaftliche Zusammenhänge.

# SOLIDARITÄT

## Ausschreibung eines ASA-Projekts in Nicaragua

Die "Wende" trifft auch das Stipendienprogramm ASA, das seit 25 Jahren Studienaufenthalte in der 3. Welt finanziert: Durch Kürzungen der Gelder werden Projekte in politisch mißliebigen Ländern kurzerhand verboten, so z.B. in Nicaragua. Deshalb bemühen sich die studentischen Vertreter im ASA-Programm um eine Durchführung außerhalb des normalen Stipendienprogramms.

Interessierte an dem folgenden Projekt wenden sich bitte mit einer kurzen Beschreibung, weshalb sie sich auf das Projekt bewerben, an: M. Schwarzkopf, Kopischstr. 4 1 000 Berlin 61

### UNTERSTÜTZUNGSPROJEKT SCHREINERLEHRWERKSTATT "TONIO PFLAUM"

Die Bedeutung von privat organisierter "entwicklungspolitischer" Solidaritätsarbeit untersucht am Beispiel der Schreinerlehrwerkstatt "Tonio Pflaum"

**PROJEKTbeschreibung:** Seit ca. 4 Jahren hat sich der Dietzenbacher Verein Monimbó zur Aufgabe gesetzt, durch personelle und finanzielle Hilfeleistungen - eingebettet in eine politische Solidaritätsarbeit - Projekte in Nicaragua zu unterstützen, die der Entwicklung eigenständiger sozialer und wirtschaftlicher Strukturen dienen sollen. Im Laufe dieser Jahre haben sich vielfältige Kontakte zwischen der Stadt Masaya und ihren Bewohnern sowie den Bewohnern der Stadt Dietzenbach entwickelt, die dazu führten, daß der Verein im Rahmen seiner Solidaritätsarbeit heute die Koordination einer Vielzahl von Schul- und Ausbildungsprojekten in der Region Masaya wahrnimmt.

Zentrales Projekt ist seit zwei Jahren eine selbstverwaltete Ausbildungswerkstatt im indianischen Stadtteil Monimbó, die als erste Lehrwerkstatt die Ausbildung von Schreinerlehrlingen ermöglicht. Ziel dieser Ausbildungswerkstatt ist es zum einen, die beschränkten Ausbildungsmöglichkeiten der traditionellen Handwerksbetriebe quantitativ zu verbessern, zum anderen aber auch qualitativ veränderte Ausbildungsmöglichkeiten anzubieten. Neben Basiswissen im Umgang mit Werkzeugen, Werkzeugkunde, Maschinenbenutzung und Wartung erwerben die Lehrlinge auch theoretisches Wissen und wirtschaftliche Kenntnisse. Die Konzeption der Werkstatt beinhaltet den Gedanken, nach Beendigung der Ausbildung die Werkstatt als Kooperative weiterzuführen, die den lokalen Markt mit billigen Gebrauchsmöbeln versorgen kann, für die bisher jedes Angebot fehlt.

**ARBEITSHYPOTHESEN/FRAGESTELLUNGEN:** In welcher Weise ist die Werkstatt in den Stadtteil Monimbó integriert? Gibt es Unterschiede zwischen der traditionellen Ausbildung und der Ausbildung in der Lehrwerkstatt? In wie weit sind die Lehrlinge an der Organisation der Ausbildung beteiligt? Läßt die Ausbildungssituation und andere Gegebenheiten es sinnvoll erscheinen, die Werkstatt nach Abschluß der Ausbildung als Kooperative weiterzuführen? Welche Bedeutung liegt in der bestehenden Zusammenarbeit zwischen Dietzenbachern und Bewohnern der Stadt Masaya? Welche Erfahrungen ziehen die Betroffenen daraus? Welche Bedeutung kommt dieser Form "alternativer Entwicklungshilfe" gegenüber staatlichen Formen von Entwicklungshilfe zu?

ORT DER DURCHFÜHRUNG: Masaya

DAUER: 3 Monate

TEILNEHMERZAHL: 2

FACHRICHTUNGEN: Sozialwissenschaften, Holzwirtschaft, Holztechnologie

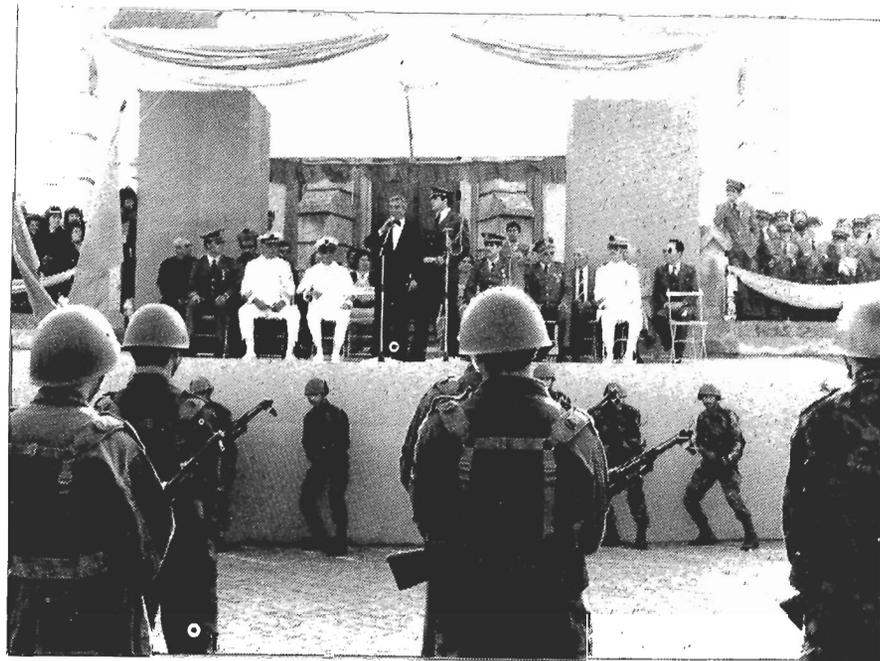
# FILM

Peter Lilienthal: "DAS AUTOGRAMM"

Heute morgen kam die Meldung im Radio, die alten Diktatoren Argentiniens, allen voran Putschgeneral Videla, weigerten sich, sich von zivilen Gerichten den Prozeß machen zu lassen, das sei verfassungswidrig (!). Das Oberste Militärgericht hatte sich kurz zuvor außerstande gesehen, die angeklagten Militärs zu verurteilen, da ihnen keine direkte Schuld nachzuweisen sei (vgl. den Argentinien-Artikel in dieser Nummer). Gleichzeitig gibt es in Argentinien die Tendenz, die Vergangenheit zuzudecken und nun endlich die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Eine Aufklärung der Verbrechen der Militärs und ihrer Verbündeten in Parteien, Gewerkschaften und Kirchen ist da nur störend. Die Madres der Plaza de Mayo kämpfen gegen diese Gleichgültigkeit, verlangen weiterhin die vollständige Aufklärung des Schicksals der Verschwundenen, wehren sich dagegen, daß der Mantel des Vergessens über die jüngste Vergangenheit gebreitet wird.

Von dieser jüngsten Vergangenheit - die gar nicht vergangen ist, solange sie nicht aufgearbeitet ist - handelt der neueste Film von Peter Lilienthal: *Das Autogramm*. Der Film basiert auf einem Roman des argentinischen Schriftstellers Osvaldo Soriano: "Cuarteles de invierno" (Winterquartier).

In einer öden Provinzstadt veranstaltet die Militärgarnison ein "Bürgerfest", zu dem ein bekannter Bandoneon-Spieler und ein schwarzer Boxer aus der Hauptstadt eingeladen werden. Der naive Boxer sonnt sich in seinem Lokalruhm; der Musiker, der bisher nie für die Militärs gespielt hat und in



Ansprache während der Parade zum "Bürgerfest"

der Hauptstadt Auftrittsverbot hat, will diesen Auftritt nutzen, um nach seinem "verschwundenen" Bruder zu suchen. In dieser Stadt des Schweigens und des Sich-Heraus-Haltens geraten die beiden mit den Autoritäten in Konflikt, weil der Musiker den Schlägertrupp des Regimes ein Autogramm verweigert. Er darf auch hier nicht auftreten; der Boxkampf ist getürkt, der schwarze Boxer wird von dem militärischen Gegner zusammengeschlagen. Um das Leben seines Freundes zu retten, gibt der Musiker schließlich doch sein Autogramm.

Der Film beeindruckt vor allem durch die ruhige, unspektakuläre Darstellung des Alltags unter einer Diktatur. Hier geht es nicht so sehr um die beürchtigten Morde, Verschleppungen und Folterungen (sie werden am Rande angedeutet), sondern um die Folgen der Terrorherrschaft auf den Alltag der Menschen. Die einen werden zu geschwätigen Kollaborateuren, andere schweigen, wollen von nichts wissen; einige sehen, was vor sich geht und beweisen dem Musiker durch einen Händedruck ihre Solidarität. Und dann ist da auch noch eines der Opfer der Diktatur: Ignaz, der seinen Job als Maurer verloren hat, der sich jetzt als Bettler durchschlägt; er warnt den Musiker vor den Schlägern des Regimes und bezahlt dafür mit seinem Leben.

Das Autogramm scheint auf den ersten Blick zu spät zu kommen; aber auf den zweiten Blick dann doch nicht; es ist ein Film gegen das Vergessen, gegen die politische Konjunktur, die sich immer nur an den neuesten Nachrichten aufhängt, wo die Diktatur schon fast vergessen ist, nur weil ein ziviler Präsident gewählt wurde. Außerdem: zwar beruht der Film auf einem argentinischen Roman, aber er könnte auch in Uruguay, in Paraguay spielen.

#### Hinweis:

#### HILFE FÜR NICARAGUA

Als Verleiher des Nicaragua-Films von Peter Lilienthal "Der Aufstand" führt der Basis-Film-Verleih Berlin vom 15.10.84 bis zum 15.1.85 eine Hilfsaktion zugunsten der Alphabetisierung und der nationalen Filmkultur Nicaraguas durch. Der Verleih senkt während dieser Zeit den Leihpreis um 30% und überweist für jede Bestellung DM 10,- auf Spendenkonten der GEW Berlin und des Informationsbüros Nicaragua in Wuppertal. Die GEW Berlin sammelt für die Lehrgewerkschaft Nicaraguas, die das Geld zur Anschaffung von Filzschreibern, Farbstiften, Dia-, Overheadprojektoren u.ä. benötigt. Die Spenden für das Informationsbüro gehen an das Nationale Filminstitut Nicaraguas zum Ankauf von Filmkopien für ein Kinomobil. Mit den Dreharbeiten zu **Der Aufstand**, an denen sich auch die unmittelbar Betroffenen beteiligten, hatte Peter Lilienthal unmittelbar nach der Befreiung vom Somoza-Regime in Nicaragua begonnen.

Basis-Film Verleih, Güntzelstr. 60, 1 Berlin 31, Tel: 030/853 30 35

#### EINGEGANGENE BÜCHER

Fernando Arrabal: **Im Schatten der roter Inquisition**. Kuba heute Orwells "1984"? Karin-Kramer-Verlag Berlin 1984, 112 S.

Arbeitsmaterialien zur BUKO-Pharmakampagne: **Medikamente gegen Armut? Pharmaindustrie und Gesundheit in der 3. Welt**. Unterrichtsmaterialien, Loseblattsammlung. BUKO-Pharmakampagne, 3.-Welt-Haus, August Bebel-Str. 62, 4800 Bielefeld 1. 1984

Wolfram Brönnner/Horst-Eckart Groß (Hrsg.): **El Salvador - Die unsichtbare Front**. Aufzeichnungen aus einem mörderischen Bürgerkrieg. Weltkreis-Verlag, Dortmund 1983. 174 S.

Frederick Mayer: **Wahnsinn USA**. Von einem der auszog, die Freiheit zu finden. Weltkreis-Verlag, Dortmund 1984. 215 S.

Horst-Eckart Gross: **Che - Meine Träume kennen keine Grenzen**. Weltkreis-Verlag, Dortmund 1982. 218 S.

Ferdinand Anton: **Altindianische Textilkunst aus Peru**. List-Verlag, München 1984. Großformat, 240S.

Reinhardt Jung: **Kleine Hände - kleine Fäuste**. Ausbeutung und Widerstand der Kinder in Lateinamerika. Verlag Jungbrunnen, Wien 1984. 118 S.

G. Klent-Kozinowski, L. Scherff, H. Wunderlich: **Die Frauen von der Plaza de Mayo**. Lesebuch Menschenrechte. Signal-Verlag, Baden-Baden 1984, 225 S.

P. Körner, G. Maaß, T. Siebold, R. Tetzlaff: **Im Teufelskreis der Verschuldung**. Der IWF und die Dritte Welt. Junius-Verlag, Hamburg 1984, 266 S.

Manfred Ernst: **Costa Rica - die Schweiz Mittelamerikas: Mythos und Realität**. Ila wissenschaftliche Reihe 2, (Ila, Römerstr. 88, Bonn 1), 1984. 230 S.

**Frauen in Cuba**. Interviews, Berichte, Auszüge. Rotpunktverlag, Zürich 1984. 172 S.

Arbeitsgemeinschaft Solidarische Welt (Hrsg.): **"Dritte-Welt-Liederbuch"**. 1984. 184 S. Restelladresse: A. Schußler, Katzbachstr. 2, 4800 Bielefeld 17

Gesundheitsladen Berlin e.V. (Hrsg.): **"Und ich weiß, daß ich bleiben will"** - Gesundheitsbrigaden in Nicaragua. edition schwarze Risse, Berlin 1984. 200 S.

Werner Ollé: **Strukturveränderungen der internationalen Direktinvestitionen und inländischer Arbeitsmarkt**. Empirisch-quantitative Probleme einer makroökonomischen Relevanzanalyse der deutschen Direktinvestitionen im Ausland. Minerva Publikationen, München 1983. 420 S.

**Positionen der chilenischen Linken** mit Beiträgen von: F. Mires, MAPU, MAPU-OC, MIR, PC, PR, PS, PS(cnr) PS (XXIV. congreso) und Renovación Socialista. edition Salvador Allende 1984. Verlag W. Braun, Siegstr. 15, 4100 Duisburg

Florian Maderspacher, Peter E. Stüben (Hrsg.): **Bodenschätze contra Menschenrechte**. Vernichtung der letzten Stannessvölker und die Zerstörung der Erde in Zeichen des "Fortschritts". Junius-Verlag in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für bedrohte Völker, Hamburg 1984. 340 S.

Rainer Hachfeld, Rainer Lückert: **Pancho**. Jugendbuch. Thienemann-Verlag, Stuttgart 1984. 124 S.

William Appleman Williams: **Der Welt Gesetz und Freiheit geben**. Amerikas Sendungsglaube und imperiale Politik. Junius-Verlag, Hamburg 1984. 210 S.

Rolf Hanisch (Hrsg.): **Soziale Bewegungen in Entwicklungsländern**. Nomos Verlagsgesellschaft. Baden-Baden 1984. 345 S.

Kardinal Aloisio Lorscheider: **Parteinahme für die Armen**. Rundfunksprachen aus Brasilien. Kösel-Verlag, München 1984. 156 S.

Iadok - entwicklungsperspektiven 14: George Irvin: **Nicaragua - Die Errichtung des Staates als Akkumulationszentrum**. Kassel 1984.

H. Assmann, F. J. Hinkelannert, J.V. Pixley, P. Richard, J. Sobrino: **Die Götzen der Unterdrückung und der befreiende Gott**. edition liberación. Münster 1984. 200 S.

Tomás Borge Martínez: **Die Revolution kämpft gegen die Theologie des Todes**. Reden eines führenden Sandinisten zur Aufgabe der Christen in neuen Nicaragua. edition liberación/edition exodus. Freiburg (Schweiz)/Münster 1984. 120 S.

Dirk Hegmanns: Überleben im Elend. Eindrücke aus brasilianischen Favelas. Zwiebelzwerg-Dokumente Bd. 3, Düsseldorf 1984

Hernan Valdés: Vom Ende an. Roman. Rotbuch-Verlag, Berlin 1984, 290 S.

#### TERMINE

Seminar: DIE INDIANER PARAGUAYS UND BRASILIENS. Veranstaltet von der Paraguay Arbeitsgemeinschaft und den Brasilien-Nachricht.

Jugendakademie Walberberg / Bonn. 16. - 18. 11. 1984

Nähere Auskünfte und Anmeldung: PAG, Margarethenstr. 11, 4050 Mönchengladbach

\* \* \* \* \*

LANDHAUS "EINE WELT", Alte Reeser Landstr. 51/53, 4240 Emmerich veranstaltet folgende Seminare:

10. - 11.11.1984: Dritte Welt in der Mangel - zum Kampf um eine gerechte Weltwirtschaftsordnung  
30.11. - 2.12.1984: Nicaragua Aktuell

\* \* \* \* \*

Der ARBEITSKREIS ENTWICKLUNGSPOLITIK (AKE), Postfach 1109, 4973 Vlotho veranstaltet die Seminare:

9.11. - 11.11.1984: Reisen nach Exotic-Land. Spannende Fragen an uns selbst zum Tourismus  
16.11. - 18.11.1984: Workshop "Dritte-Welt"-Liederbuch. Singen, Gestalten, Diskutieren.  
30.11. - 2.12.1984: Traditionelle Heilkunde und Volksmedizin in der "Dritten Welt" und in Industrieländern  
30.11. - 2.12.1984: "Dritte Welt" und der Frieden in Europa. Air Land Battle 2000 und Rüstungsexport

\* \* \* \* \*

Gustav-Stresenmann-Institut e.V. für übernationale Bildung und europäische Zusammenarbeit, Haus Lerbach, 50560 Bergisch-Gladbach 2

27.12.1984 - 5.1.1985: Internationaler Theater-, Tanz- und Zirkusworkshop

\* \* \* \* \*

### JOURNALISMUS UND GESELLSCHAFTLICHE VERANTWORTUNG

Wochenendseminar für chilenische Studenten in der BRD und an Journalismus und Lateinamerika interessierte Deutsche am 10./11. November 84 in Berlin

Neben den in der klassischen Gewaltenteilungstheorie verankerten Begriffen Legislative, Judikative und Exekutive wird sowohl in Europa als auch in Lateinamerika von der Presse als Vierter Gewalt gesprochen. Das Seminar soll untersuchen, inwieweit die Presse in ihren mannigfaltigen Abhängigkeiten diese Aufgabe wahrnehmen kann und will und welche Rolle sie in gesellschaftlichen Veränderungsprozessen spielt.

Folgende Arbeitseinheiten werden vorbereitet:

"4. Gewalt und Gesellschaftliche Verantwortung" (Ref. R. Bunzenthal, FR)  
"Lateinamerika Nachrichten - eine journalistische Alternative?"  
"Journalisten in den gesellschaftlichen Veränderungen in Lateinamerika" (Ref. Jose Miguel Varas, Gründungsmitglied des chilen. Journalistenverbands)  
"Noticiero Latinoamericano - eine Zeitschrift von Lateinamerikanern für Lateinamerikaner in Europa"

Veranstalter: Katholische Studentengemeinde Berlin in Zusammenarbeit mit Lateinamerika Nachrichten und der Vereinigung chilenischer Journalisten in der BRD.

Nähere Informationen und Anmeldung über: LATEINAMERIKA NACHRICHTEN  
Gneisenaustrasse 2, 1000 Berlin 61, Tel. 030/693 40 29

## Zeitschriftenschau

Blätter des iz3w Nr. 120/September 1984 Postfach 5328, 7800 Freiburg

Themenswerpunkt: Iran im sechsten Jahr der Revolution  
Iran im Herbst - Was kommt nach Khomeini? - Deutsche Waffen im Iran/Irak-Krieg - Zur islamischen Moralpolitik - Sima und Bijan - Iranische Opposition - Kurdistan-Interview  
Nachrichten und Berichte zu Sri Lanka, Malaysia, Guatemala und Thailand  
Artikel: Chinesische Minderheit - Pestizide - Guatemaltekeische Flüchtlinge in Mexiko

Entwicklungspolitische Korrespondenz Nr. 3/1984 Postfach 2846  
2 000 Hamburg 20

GIFT UND GELD - Pestizide und Dritte Welt  
Das Gift kehrt in die Metropolen zurück. Farben - Giftgas - Pestizide. Die Menschen in der Dritten Welt wehren sich. Werbung für Gift. Ein lohnendes Geschäft für die Multis. Ein liebenswürdiger Mäzen. Gesetze allein genügen nicht; das Beispiel Simbabwe. Zweierlei Maß: das neue Pflanzenschutzgesetz.

ila-info Nr. 79/September 1984 Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

Schwerpunktthema: Cono Sur: Militärs auf dem Rückzug  
"Nur das Volk verteidigt das Volk". Besuch in einem chilenischen Gefängnis. - Dann sah ich ihn zum ersten Mal weinen. Szenen staatlichen Terrors in einem chilenischen Armenviertel. Chiles Demokratie und der befristete Verfassungsartikel Nr. 24. - Uruguay: Das Tauziehen um die Machtverteilung. Militärs schließen 2 wichtige Politiker von den Wahlen aus. - Alle sind gefoltert worden. Politische Gefangene in Argentinien.  
Berichte und Hintergründe: Versinkt die Welt in Schulden? (II): Der Wendeclan. - Mexiko Asylland? Guatemaltekeische Flüchtlinge in Chiapas. - Ein Schritt in die richtige Richtung. Maurice Bishop Patriotic Movement auf Grenada gegründet. - Die Qual mit den Wahlen in Nicaragua. Oppositionskandidat Cruz legitimiert sich durch simple Tricks. - Friedensvertrag in Kolumbien. Beginn eines neuen Zeitalters?  
Solidaritätsbewegung: Inquisition gegen Befreiungstheologie. - Aktion Sobradinho: Hetzkampagne gegen Bischof Rodrigues. - Spendenkampagne für Befreiungsbewegung in El Salvador. - Welthungerhilfe und BAYER-AG: Erstaunliche Bilanz. - Nicaragua-Pantasma. - u.a.

ila-info Nr. 80/Okttober 1984 Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

Schwerpunktthema: Solidarität und Frieden in Mittelamerika  
"Ich glaube, sie wollen die Dinge unter Kontrolle halten". Interview mit Noam Chomsky. - No pasarán. Zwei Kaffeefarnen von Contra zerstört. - Parteien in Nicaragua. - Flächenbombardements in El Salvador. Helft den Opfern. - Honduras Streitkräfte: Nationaler Aufbruch im Schatten des US-Imperialismus - Besser geht's mit Coca Cola. Menschenrechtsverletzungen im guatemaltekeischen Abfüllbetrieb EGSA. - Die formale Demokratie mit Inhalt füllen. Argentinien's schwieriger Weg. - Maluf, das größere Übel. Präsidentschaftskandidaten in Brasilien. Peru wird langsam eine Folterkammer. Eindrücke einer Reise. "Wer wäscht die Wäsche in Kuba?"  
Ländernachrichten: Grenada: ein Jahr Besatzung. Guatemala: Die "zivilen Selbstverteidigungsgruppen" und die Verschuldung der Bauern.  
Solidaritätsbewegung: Plädoyer für Kongreß gegen Krieg, Intervention und imperialistische Politik in der "Dritten Welt". - BRD-Entwicklungshilfe an El Salvador. - Deutsche Waffen - Kommentar zu Octavio Paz - Produkte aus Kinderhand - u.a.

Informationsdienst Südliches Afrika Nr.6/Sept.-Okt. 1984 Blücherstr. 14  
5300 Bonn 1

Schwerpunkt: 100 Jahre Kolonialismus in Namibia  
Die Vergangenheit bewältigen - die deutsche Verantwortung für Namibia / Ein Bremer Kaufmann und die Folgen / Im Dschungel der Bibliotheken / Nation durch Sprache: Eine Herausforderung für Namibia Wilde, Kaffern und Exoten / Der politische Widerstand der Frauen / Zwischen den Stühlen? ... ist in SA kein Platz: Kontroverse um Indaba / ZANU-Kongreß / Interview mit Minister Makoni / Wölfe in Schafspelz: SI-Konferenz in Arusha / Dainler-Benz: Störung im Gottesdienst des Kapitals

ENVIO Nr. 39/1984 Edition Nahua, Postfach 101 320, 56 Wuppertal 1

Die Offensive gegen Nicaragua und seine Wahlen: Ein neuer Schritt hin zur Invasion? - Politische Parteien und Bewegungen in Nicaragua (II) - Die Contadora-Verhandlungen: Erwartungen und Wirklichkeit

\* Der ENVIO ist die Zeitschrift des Instituto Historico Centroamericano in Managua-Nicaragua. \*  
\* Sie erscheint monatlich und enthält jeweils eine detaillierte Analyse der aktuellen Ereignisse \*  
\* und zumeist zwei Hintergrundberichte zu den Bedingungen nicaraguanischer Politik und des nicaraguanischen Alltags. \*

Mittelamerika Magazin Nr. 41/September 1984 Königsweg 7, 2300 Kiel 1

El Salvador: Die Rolle der USA in El Salvadors offiziellen Terror / Guatemala: Coke macht mehr draus Die Juli-Wahlen / Mexico: Neue Flüchtlingspolitik / Honduras: Wasserkraftwerke - Alternative für Honduras / Neuverhandlungen über militärische Zusammenarbeit mit den USA / Nicaragua: Wahlvorbereitungen: Trotz Boykottaufruf - 1,4 Mio schrieben sich ein / Ein willkommenes "Verbot" Gründung der Einheitspartei hat nicht geklappt / Solidaritätsarbeit: Nicaragua-Bundestreffen / Aufruf des El Salvador-Komitees Berlin / TU Berlin: Kooperation mit Uni in Nicaragua / Arbeitsbrigaden / Rezension

BRD und Dritte Welt Nr. 20 Königsweg 7, 2300 Kiel 1

NICARAGUA-SOLIDARITÄT: Entstehung der ersten Nicaragua-Solidaritätsgruppen und ihr Selbstverständnis (1977-1979) / Die Solidarität bis zum Sieg der Sandinisten / Die Diskussion der Solidaritätsbewegung zur "Befreiungsbewegung an der Macht" / Die Anti-Interventionsbewegung / Verbindung der Solidaritäts- zur Friedensbewegung / Auseinandersetzungen über den Weg der FSLN beim Wiederaufbau / Der Konflikt bei den Miskito-Indianern / Wie reagiert die Solidaritätsbewegung auf diese Ereignisse

AIB Nr. 10/1984 Liebigstr. 46, 3550 Marburg

Kommentar: Auf ein Neues mit Reagan / USA: Mondale - Alternative zu Reagan? / Nicaragua: Wahlen gegen den Krieg / Wahlprogramm der FSLN / Gespräch mit Gioconda Belli / El Salvador: Interview mit FMLN-Comandante Villalobos / Chile: Gespräch mit FPMR-Comandante Miguel / Südatlantik: Im Fadenkreuz imperialistischer Interessen (II) / Südafrika: Eine neue Republik / Aufruf des ANC / Saudi Arabien: Gespräch mit Führern des saudischen Widerstands / Ernährung: Hunger - Geißel des Neokolonialismus Sport: Olympia in Los Angeles - "Operation Gold"

FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen Nr. 82-83/1984  
FEA-Verlag, Ruhrstr. 14, 4040 Neuss 21

BUKO-Auswertung / Agro-, Pharma-Rundbrief / Fragebogen-Auswertung / BUKO 9: Ökologie und 3. Welt Vorbereitungssseminar für Kongreß gegen Krieg, Intervention und Imperialismus / Die Erde ist unser gemeinsamer Garten / Comics und Dritte Welt / Aufruf Rüstungsexporte / Rezensionen / Aufruf: Bundeskongreß '84 der Anti-AKW-Bewegung

IKA Nr. 25/1984 CON, Westerdeich 38, 2800 Bremen

Struktureller Massenmord im Wirtschaftswunderland - 4 Biographien / Farbige in Brasilien / Brasilienbild in der BRD / Verarmungshilfe - oder, warum dem Minister "Bitterer Zucker" nicht schmeckt Brasilianische Literatur in deutscher Sprache / Erzählung / Romanauszug

epd-Entwicklungspolitik Nr. 19-20/1984 Friedrichstr. 2-6, 6000 Frankfurt 17

Wirtschaftliche Probleme beim Wiederaufbau Nicaraguas / Das andere Amerika: Dokumente von protestantischen Kirchen, katholischen, ökumenischen und anderen religiösen Organisationen zu Nicaragua und Mittelamerika. Friedensaktivitäten gegenüber Nicaragua. / Europäische Friedensvorschläge für Nicaragua

"ES WIRD SCHON SCHIEF GEHEN"



Praktische Ratschläge zur Organisation von Veranstaltungen

Die vom Chile-Komitee München e.V. herausgegebene Broschüre enthält

- Tips und Hinweise zu
- Planung einer Veranstaltung
- Veranstaltungstypen
- Finanzierung
- Verträge
- Technische Anlagen
- Auswahl des Saals
- Werbung
- GEMA

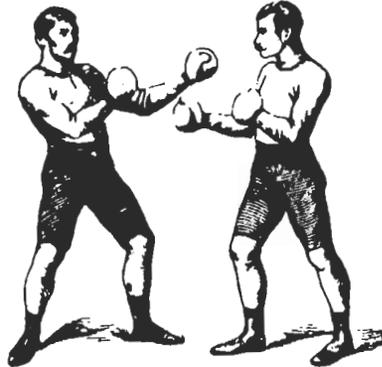
und ein originelles Vorwort, in dem man nachlesen kann, wie man's nicht machen sollte.

Die Broschüre kostet DM 3,-.

Bestellungen an:

LN-Vertrieb, Gneisenaustraße 2  
1000 Berlin 61

# links lesen



...Tatsächlich aber deutet vieles darauf hin, daß die sandinistische Führung ein Projekt autoritärer Herrschaft anstrebt, daß mit der im bisherigen Befreiungsprojekt angelegten Teilhabe der Bevölkerung an der Umgestaltung der nicaraguanischen Gesellschaft unvereinbar ist.

Mehr davon in 'links' Oktober 1984!

Monatlich 36 Seiten, Einzelheft DM 3,80.  
Jahresabo DM 40,- incl. Versandkosten.  
Bezug: Sozialistisches Büro, Postfach 591,  
6050 Offenbach 4.  
Probexemplar kostenlos.

**„Wir beginnen in  
5 Minuten mit der  
Bombardierung...“**



Noch „scherzt“ der US-Präsident, doch seine Witze könnten bald bitterer Ernst werden.

Grenada ist bereits genommen. Rund um Nikaragua gehen die Marines in Stellung. Und in der Bundesrepublik stehen die Pershings bereit, um das „Reich des Bösen“ auszulöschen. Den Leitfaden dazu bietet die US-Militärdoktrin AirLand Battle.

Daß mit Ronald Reagan nicht zu scherzen ist, belegen zwei Sonderhefte des AIB.

AIB-Sonderheft 2/1984

## AirLand Battle und die Rolle der BRD

Inhalt: Sämtliche Dokumente zu AirLand Battle (ALB) • Analysen zur Rolle der BRD und der 3. Welt in der neuen US-Kriegsführungsstrategie • WHNS-Abkommen und Leitliniendokument des Pentagon. (60 S., 4 DM)

AIB-Sonderheft 4/1984

## Nikaragua 5 Jahre Revolution

Inhalt: Bilanz der Innenentwicklung • US-Intervention und Konterrevolution • Wahlen und Volksmacht • Die Bonner Nikaragua-Politik • Interview mit T. Borge. (36 S., 2 DM)

Einzelheft 2,50 DM. Jahresabo 25,- DM. 33 % Rabatt ab 10 Expl. Vorauszahlung in Briefmarken bei Bestellungen unter 10 DM. Porto 0,60 DM je Heft.

### Coupon/Bitte einschicken!

Ich bestelle:

- \_\_\_\_ Ex. AIB-Sonderheft 2/84 ALB  
 \_\_\_\_ Ex. AIB-Sonderh. 4/84 Nikaragua  
 ein kostenloses Probeheft des AIB  
 ein Abonnement ab Nr. \_\_\_\_\_

Name: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

# AIB

DIE DRITTE-WELT-ZEITSCHRIFT

Liebigstraße 46, 3550 Marburg 1

# Junius Verlag



## Lateinamerika

Analysen und Berichte 8

Herausgeber: Michael Ehrke, Tilman Evers, Klaus Meschkat, Clavio und Urs Müller-Plantenberg, Volker Wunderlich

Volkssouveränität und Staatsschuld



### LATEINAMERIKA

Analysen und Berichte 8:  
VOLKSSOUVERÄNITÄT UND  
STAATSSCHULD

ca. 300 Seiten mit Photos, DM 24,80

Hrsg.: Ehrke, Evers, Meschkat, Müller-Plantenberg, Wunderlich

Urs Müller-Plantenberg:

Was heißt Demokratisierung? Chile und die Nachbarländer

Nestor D'Alessio:

Argentinien – Soziale versus politische Demokratie

J.L. Corragio / Mechthild Jungehülsing:

Revolution und Demokratie in Nicaragua – Thesen und Gegen-thesen

Claudia von Braunmühl:

Grenada und wir

Klaus Meschkat:

Bolivien – Demokratie der Produzenten und die COB

Michael Ehrke:

Spekulation und Verschuldung – Mexiko und Argentinien

sowie aktuelle Länderberichte: Brasilien, Costa Rica, Dominikanische Republik, El Salvador, Guatemala, Kuba, Nicaragua, Paraguay, Venezuela, Chile u.a.

\*\*\*

LATEINAMERIKA – Analysen und Berichte 7:

ÖKOLOGISCHE KRISE UND GEGENWEHR

288 Seiten, DM 24,80

Junius Verlag · Von-Hutten-Straße 18 · 2000 Hamburg 50